

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

C O N F I D E N T I A L

REPORT

DATE DISTR.

4 MAY 1962

NO. PAGES

1

REFERENCES

RD

DATE OF INFO.

PLACE &
DATE ACQ.

50X1-HUM

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION. SOURCE GRAD [REDACTED] E DEFINITIVE. APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE.

50X1-HUM

and Paul Verner to the 15th Plenum of the SED.

50X1-HUM

Attachment: 45 pages

50X1-HUM

~~CONFIDENTIAL~~

50X1-HUMS

 M_2 [illegible]

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

50X1-HUM

**Ordnung für den Umgang
mit parteiinternen Material**

1. In bestimmten Gegebenheiten gibt das Zentral-
bureau parteiinternen Material heraus. Dieses
Material dient der Information leitender Partei-
funktionäre und ist nur zum persönlichen Ge-
brauch bestimmt.
2. Die Zustellung solcher Materialien erfolgt nur
durch den von der Partei beauftragten Kasten-
dienst. Über den Empfang des zugeordneten Ma-
terials ist persönlich zu quittieren.
3. Die Aufbewahrung hat so sorgfältig zu erfolgen,
daß niemand herausnehmen kann.
4. Personen, die entgegen den Regeln Umgang mit
parteiinternen Material anstellen, werden zur
Verantwortung gezogen.

50X1-HUM

50X1-HUM

Einige Grundfragen der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik

Referat des Genossen Walter Ulbricht
auf der 15. Tagung des Zentralkomitees der SED
vom 21. bis 23. März 1962

Das Thema „Grundfragen der Entwicklung der DDR“ hat zum Inhalt die Information über die Besprechungen mit Genossen N. S. Chruschtschow und anderen Mitgliedern des Präsidiums des Zentralkomitees der KPdSU, Genossen I. I. Bresnaw, Genossen F. R. Kowlow, Genossen A. N. Kossygin und die Erläuterungen einiger Beschlüsse des Politburos unserer ZK. In den zweitägigen Besprechungen mit Genossen N. S. Chruschtschow wurden erörtert: die Einschätzung der Lage, die Fragen des Kampfes gegen die Atomrüstung und für Abrüstung in Verbindung mit der Tagung des 18-Staaten-Ausschusses in Genf, die Fragen der Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages und Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA über die Westberlinfrage sowie die Beziehungen zur Bundesrepublik, wie sie im Aide-memoire der Sowjetunion und im Memorandum der Bonner Regierung ihren Ausdruck fanden. Es wurden vor allem erörtert die Fragen des Volkswirtschaftsaufbaus der DDR 1962 und die Grundfragen der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR im Zusammenhang mit dem Ausbau der Wirtschaftsgemeinschaft zwischen der DDR und der UdSSR. Die Aussprache wirkte im Geiste echter Freundschaft und zeigte volle Übereinstimmung in allen diesen Fragen.

Im Ergebnis der Beratungen erklärte Genosse N. S. Chruschtschow im Namen des Zentralkomitees der

KPdSU und der Sowjetregierung zu, daß die Wirtschaftsgemeinschaft mit der Sowjetunion zu einer solchen engen Zusammenarbeit führen muß, daß nicht nur wie bisher die Kontrollziffern abgestimmt werden, sondern in den Plänen der UdSSR einbezogen und umgekehrt die Verpflichtungen, die wir gegenüber der Sowjetunion haben, im einzelnen in unserer Planung aufgenommen werden. Der bereits im vorigen Jahr vereinbarte Warenkredit der UdSSR in Höhe von 800 Millionen Valuta-Mark wird auf 1,5 Milliarden Valuta-Mark erhöht. Es wurde vereinbart, daß bereits in den nächsten Wochen die Kontrollziffern für den Friedensvertrag der DDR zunächst bis 1965 gemeinsam durch die Vertreter der Staatlichen Plankommission der DDR und Vertreter der Staatlichen Plankommission der UdSSR ausgearbeitet und dem Politburo der ZK der KPdSU und dem Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU vorgelegt werden.

Das Politburo hat dem Präsidium des ZK der KPdSU und vor allem Genossen Chruschtschow den Dank des ZK unserer Partei und der Regierung der DDR für die großzügige Wirtschaftshilfe und für das tiefe Verständnis, das sie den Problemen der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR entgegengebracht haben, ausgesprochen. Wir wissen, daß der Lebensstandard des Sowjetvolkes niedriger ist als der der Bevölkerung der DDR. Um so höher schätzen wir die gewährte Hilfe etc.

1.

Abrüstung — Friedensvertrag und Westberlinfrage

Genosse N. S. Chruschtschow informierte in der Beratung darüber, daß die Sowjetunion den Westmächten vorgeschlagen hat, die Tagung des 18-Staaten-Ausschusses für Abrüstung in Genf auf höchster Ebene durchzuführen, damit durch die verantwortliche Teilnahme der Staatsoberhäupter reale Fortschritte erreicht werden. Es ist selbstverständlich, daß die DDR diesen Vorschlag begrüßt hat; denn Vereinbarungen über internationale Abrüstung und die Beseitigung der Reste des Krieges in Deutschland führen zu einer Minderung der Spannungen und würden sich günstig auswirken auf die Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag und die friedliche Lösung der Westberlinfrage. Ich betone, daß wir im Zusammenhang mit den Abrüstungsvorschlägen der Sowjetregierung in Genf die Vorschläge der DDR über Rüstungsstopp in Deutschland, Schaffung einer atomwaffenfreien Zone und Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Warschauer Vertragsstaaten und der NATO wieder vorschlagen. Was die Kontrolle betrifft, so begrüßen wir die Vorschläge der Sowjetregierung, wie sie in Genf vorgelegt wurden und sprechen uns für die beiden deutschen Staaten für eine Kontrolle in jedem der beiden deutschen Staaten durch einen Ausschuss aus

Vertretern des Parlamentes und gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere den Gewerkschaften, aus. Diese Ausschüsse könnten vereinbaren, in welcher Weise eine gegenseitige Kontrolle erfolgt.

Was die Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages betrifft, so ist bekannt, daß die Sowjetregierung im Einvernehmen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und allen Warschauer Vertragsstaaten sich bereit erklärt hat, nicht an Terminen für den Abschluß eines Friedensvertrages festzuhalten, um die notwendigen Bedingungen für Verhandlungen über die deutsche Friedensregelung zu schaffen. Durch die Terminsetzung im vorigen Jahr wurde erreicht, daß der Bevölkerung in ganz Deutschland und allen Völkern klar wurde, daß die Herbeiführung eines deutschen Friedensvertrages und die Lösung der Westberlinfrage ein entscheidender Markstein auf dem Wege zu einem dauerhaften Frieden ist. Es wurde erreicht, daß Verhandlungen über eine deutsche Friedensregelung und die Westberlinfrage begannen.

Der Wunsch der USA, eine gewisse Zeit zur Verfügung zu haben, um im westlichen Lager zu Verständigungen zu kommen, wurde von der Sowjetregierung be-

50X1-HUM

risksichtigt. Leider ließen sich die USA und Großbritannien von der Bonner Regierung dahin drängen, sich bei den begonnenen Verhandlungen auf die Zufahrtsweg von und nach Westberlin zu beschränken, was bei der Enge des Themas zu einer Verzerrung der Verhandlungen führen mußte. Wer ernsthaft für die Sicherung des Friedens in Europa ist, muß durch Tatkraft mithelfen, in dem Land, das der Herd zweier Weltkriege war, die Reste des Weltkrieges zu beseitigen, damit diese nicht von den Militaristen und Nazis für die Provokationen eines dritten Weltkrieges ausgenutzt werden können. Das erfordert, von einer realen Einschätzung der Lage auszugehen. Welchen Sinn soll es haben, über die Grenzen, die nach dem zweiten Weltkrieg durch Vereinbarungen der drei Mächte festgelegt wurden, Diskussionen zu führen, da doch jeder Mensch weiß, daß der Versuch einer Änderung dieser Grenzen Krieg bedeutet. Es kann doch niemand bestreiten, daß es dem Sinn der Charta der Vereinten Nationen entspricht, daß ein deutscher Friedensvertrag abgeschlossen wird. Es wird doch niemand behaupten wollen, es sei normal, daß NATO-Militär in der Hauptstadt der DDR und in unserem Land herumfahren wie in einem amerikanischen Gebiet. Jeder friedliebende Mensch versteht doch, daß es 17 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg höchste Zeit wird, die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und anderen Staaten, die Benutzung von Verkehrswegen der DDR usw. auf vertragliche Basis entsprechend dem Völkerrecht zu bringen und das Besatzungsregime und die Besetzung in Westberlin zu beenden. In den Besprechungen mit Genossen Chruschtschow bestand der Abbruch eines deutschen Friedensvertrages seitlangst im Sinn. Auch wenn die Westmächte nicht Mitunterzeichner des Vertrags sind, ist das gegenwärtige laufende Verhandlungen schrittweise eine Verständigung über Grundfragen der Friedensregelung erreicht worden. Weil das die Hauptfrage ist, deshalb erwarten wir in den letzten Monaten die systematische Torpedierung der Verhandlungen durch die Revanchepolitiker in Bonn. Die revanchistischen Atomkriegspolitiker in Bonn fürchten, daß durch eine Annäherung der Staaten im 18-Mächte-Ausschuß über die Abrüstung und durch einen positiven Verlauf der Verhandlungen über die deutsche Friedensregelung und die friedliche Lösung der Westberlinfrage der Weg geöffnet würde für einen Rüstungsstopp in Westdeutschland und für die Bändigung der aggressiven militärischen Kräfte. Die Mitglieder des Zentralkomitees unserer Partei wurden über den Stand der Verhandlungen zwischen den Vertretern der Regierung der UdSSR und den westlichen Freunden informiert. Die Aussprache mit den westlichen Freunden zeigte volle Übereinstimmung in der Einschätzung der Lage, die seit 1945 im Kampf um einen deutschen Friedensvertrag und für eine einmütige Friede, Stadt Westberlin erzielt wurden und über die Grundtatsache und Tatkraft bei den Verhandlungen. Die Lage ist eine solche, daß angesichts des sozialistischen Lagers durch den Kernwaffenbesitz der Sowjetunion die revanchistischen Pläne der westdeutschen Ultras keine Unterstützung durch andere Staaten erhalten werden. Die Lage ist so weit geklärt, daß auch die Westmächte und in gewissem Sinne sogar Herr Adenauer wissen, daß an der Lage, die sich durch das Bestehen zweier souveräner deutscher Staaten herausgebildet hat, und an den bestehenden Grenzen der DDR und der westdeutschen Bundesrepublik nichts zu ändern ist. Man muß von der realen

Lage ausgehen und im Interesse des Volkes eine deutsche Friedensregelung vereinbaren.

Ich möchte in diesem Zusammenhang die vielfach gestellte Frage beantworten: Was wurde bisher erreicht? Das Wichtigste, was erreicht wurde ist eine realere Einschätzung der Lage durch führende Politiker der Westmächte.

Sie haben zur Kenntnis genommen, daß zwei deutsche Staaten existieren und daß an der Souveränität und an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik nichts zu ändern ist, auch nicht durch Kriegsprovokationen.

Sie machen sich allmählich mit dem Gedanken vertraut, daß die Reste des zweiten Weltkrieges beseitigt werden müssen und die anomale Lage in Westberlin Gefahren für den Frieden mit sich bringt.

Die konsequente Politik der DDR gegen die Atomrüstung, für allgemeine und vollständige Abrüstung, für einen deutschen Friedensvertrag und für die friedliche Lösung der Westberlinfrage, hat die Autorität der DDR in allen anderen Ländern erhöht.

Die USA und die Westmächte erkennen, daß sie den Abschluß eines Friedensvertrages zwischen der Sowjetunion und anderen Staaten und der Deutschen Demokratischen Republik nicht verhindern können und daß es in ihrem eigenen Interesse ist, wenn sie auf Vereinbarungen über eine deutsche Friedensregelung und die friedliche Lösung der Westberlinfrage einschließlich der Zufahrtsweg eingehen.

Durch die Sicherungsmaßnahmen am 13. August wurde den beeinträchtigten politischen und militärischen Provokationen der westdeutschen Ultras ein Riegel vorgeschoben und eine große Tat für die Sicherung des Friedens vollbracht. Die Sicherungsmaßnahmen an der Staatsgrenze der DDR in Berlin waren ein Schlag gegen den westdeutschen Erbespolitik, die Westberlin als NATO-Stützpunkt für ihre aggressiven Pläne auszunutzen wollten. Wir stimmen mit dem Genossen Chruschtschow völlig überein, wenn er sagt, daß die Schutzmaßnahmen vom 13. August große Bedeutung haben für die Festigung der Souveränität der DDR und ermöglicht haben den Kampf für einen Friedensvertrag von einer noch festeren Position aus fortzusetzen.

Die USA und die Westmächte haben zur Kenntnis genommen, daß die Souveränität der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik respektiert werden müssen und haben faktisch die ehemaligen Forderungen gegenüber der Hauptstadt der DDR fallen gelassen. Die propagandistischen Rückzugsgelände, die im Interesse westdeutscher Revanchisten, insbesondere revanchistisch gesinnter sozialdemokratischer Führer in der Westpresse erfolgen, braucht man nicht sehr ernst zu nehmen.

Die USA und die Westmächte wissen, daß Westberlin innerhalb eines souveränen Staates, der Deutschen Demokratischen Republik, liegt und daß die Zufahrtsweg zum Hoheitsgebiet der DDR gehören. Von „Korridoren“ kann keine Rede sein; ein solches Wort existiert im Gebiet der DDR nicht.

Den USA und den Westmächten ist klar geworden, daß die ungesetzliche Eindringen westdeutscher Bundesbehörden und offizieller staatlicher Organe in Westberlin niemals akzeptiert wird und diese ungesetzlichen Stützpunkte aufgegeben werden müssen. Die Westberlin niemals zur westdeutschen Bundesrepublik gehört hat und gehört.

Die USA und die Westmächte sind sich bewußt, daß die Vereinbarungen der vier Mächte über die Benutzung der Luftverkehrswege im Hoheitsgebiet der DDR für die militärischen Transporte der Westmächte keinen Ausschlußcharakter haben. Für die Benutzung der Westmächte bedeuten die bekannten und bekannten Verkehrswege, können gleichmäßig von Flugzeugen der Sowjetunion, der deutschen Luftwaffe und der westlichen Mächte genutzt werden. Ein nur vertraglich geregelter Verkehr schließt die Meldung bei der Luftverkehrsbehörde der vier Mächte.

Nun möchte ich einiges sagen zur Frage der Zugangswege von und nach Westberlin über das Hoheitsgebiet der DDR. Führende Politiker der Westmächte erklären, der Zugang nach Westberlin sei die „Schlüsselfrage“. Ähnlich sind sie der Meinung, daß auf dem Gebiet der Abrüstung die Kontrolle die Schlüsselfrage sein soll. Es erweist sich jedoch, daß man zunächst eine Vereinbarung über die Abrüstung treffen muß, damit überhaupt eine Kontrolle der Abrüstung möglich ist. Ähnlich ist es auch mit Westberlin. Es ist nützlich, bei diesen Verhandlungen von der realen Lage auszugehen, vor allem sich stets bewußt zu sein, daß Westberlin ein Stadtgebiet ist, das in der souveränen Deutschen Demokratischen Republik liegt. Über die Frage des Zugangs kann man nur zu einer Verständigung kommen, wenn man über die Kernfrage, über die Beseitigung der anormalen Lage in Westberlin, d. h. die Beseitigung der Besatzungsstruktur, der ausländischen Besatzung, der Agentenzentren usw. zu einer Verständigung kommt. Die Frage der Garantie für den Zugang ist also verbunden mit der Vorbereitung des deutschen Friedensvertrages und einer in diesem Zusammenhang zu treffenden vertraglichen Regelung über ein friedliches Westberlin. Die Geschichte der internationalen Beziehungen kennt zahlreiche Transitabkommen. In allen Fällen handelt es sich um die friedliche Durchfahrt oder den friedlichen Überflug. Man kann jedoch nicht erwarten, daß der freie Zugang Westberlins von der DDR garantiert wird für Stützpunkte der NATO, der psychologischen Kriegführung, der Diversen, Sabotage und des kalten Krieges von Westberlin aus. Vom Standpunkt der Interessen der Deutschen Demokratischen Republik und der friedlichen Interessen des deutschen Volkes kann es sich also nur um den Verkehr für friedliche Zwecke handeln.

Was die Verbindung Westberlins mit der Außenwelt betrifft, so ist die DDR bereit, zu erwägen, im Zusammenhang mit dem Abschluß eines Friedensvertrages das Garantiemächte bei einer friedlichen Lösung der Westberliner Frage das Recht einzuräumen, für die Gewährleistung des friedlichen Verkehrs von und nach Westberlin als eine Art Schiedsstelle zu fungieren, die bei Meinungsverschiedenheiten zwischen der DDR und den USA, Großbritannien oder Frankreich angerufen werden kann. In dieser Mächte-Schiedsstelle wäre dann die Sowjetunion verantwortlich, mit der DDR den be-

treffenden Streitfall aus der Welt zu schaffen. Die Regierung der DDR hat es auch für möglich, Empfehlungen an die Garantiemächte und an entsprechende Institution der Vereinten Nationen für die Gewährleistung des friedlichen Verkehrs von und nach Westberlin entgegenzunehmen. Ein solches Entgegenkommen setzt natürlich voraus, daß das Besatzungsstatut in Westberlin beseitigt wird und die Truppen der drei Westmächte aus Westberlin abgezogen werden oder im Einvernehmen ein symbolisches Truppenkontingent neutraler Staaten als Garantie in Westberlin stationiert wird. Wenn die vier Mächte – die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich – im Zusammenhang mit einer Friedensregelung, d. h. der Beseitigung der Reste des Krieges eine echte Normalisierung der Lage in Westberlin vereinbaren würden, dann sehen wir die Möglichkeit der Regelung des Zugangs durch das Hoheitsgebiet der DDR. Damit habe ich wohl den Stand der Verhandlungen und die Grundlage, auf der eine Verständigung möglich ist, ausführlich dargestellt.

Herr Brandt, der Regierende Bürgermeister von Westberlin, hat kürzlich den dringenden Wunsch ausgesprochen, es möge in Genf endlich eine Vereinbarung über die Zufahrtswege von Westberlin nach der Außenwelt zustande kommen. Das ist ein Wunsch der Westberliner Bevölkerung, der erfüllbar ist, wenn mit Vernunft an die Lösung herangegangen wird. Nach den Regeln des Völkerrechts können solche Fragen nur durch Verträge mit dem Staat vereinbart werden, in dessen Hoheitsgebiet diese Wege liegen, also mit der Regierung der DDR. Da es aber noch keine deutsche Friedensregelung gibt und in Westberlin als Besatzungsregime besteht und militaristische Ultra Westberlin als Stützpunkt benutzen, setzt die vertragliche Regelung der Benutzung der Wege durch die DDR eine Friedensregelung voraus. Es ist doch nicht möglich, die Benutzung der Zufahrtswege von und nach Westberlin zu garantieren, solange die bestehende Grenze nicht durch eine Friedensregelung gesichert ist.

Die Achtung und Sicherung der Souveränität der DDR ist also die Voraussetzung für die Garantie des freien Zugangs und die Achtung der Lebensweise und die Ermöglichung der Lebensfähigkeit einer entmilitarisierten Freien Stadt Westberlin. Der Westberliner Senat möge sich darüber klar werden, daß die Regelung des Zugangs von und nach Westberlin nicht auf der Grundlage der Besatzung, sondern nur unter Achtung der Souveränität der DDR auf Grund der international üblichen Normen und Formalitäten geregelt werden kann.

Der Westberliner Senat könnte von sich aus einen Beitrag zur Minderung der Spannungen leisten, wenn er von sich aus dafür sorgen würde, daß in Westberlin die Tätigkeit neonazistischer und militaristischer Organisationen unterbleibt und keine Revanche- und Kriegspropaganda erfolgt.

II.

Die DDR und die allgemeine und vollständige Abrüstung

Seit dem 14. März ist die Aufmerksamkeit der Völker auf die Abrüstungsverhandlungen in Genf gerichtet. Es hat nach 1945 schon viele Abrüstungskonferenzen gegeben. Aber die gegenwärtige Genfer Abrüstungskonferenz der 18 Staaten – eigentlich sind es nur 17, da die französische Regierung die Konferenz boykottiert – findet doch in einer besonderen Situation und

unter Umständen statt, die sich von denen früherer Abrüstungskonferenzen wesentlich unterscheiden. Noch niemals in der Geschichte der Menschheit war die Abrüstung so lebensnotwendig wie heute. Noch niemals gab es so gewichtige Voraussetzungen für ein positives Ergebnis der Abrüstungsverhandlungen wie bei dieser Konferenz. Allerdings werden die Beratungen

50X1-HUM

50X1-HUM

Abrüstungskonferenz zu führen und eine Atmosphäre der Verständigung zu verbreiten. Das wird selbst einem NATO-Bündnisgenossen zu viel.

Es ist uns durchaus verständlich, daß britische Zeitungen und sogar große Monopolblätter der USA offen die Bonner Sicherheitspolitik ablehnen und vor allem die Überwältigung zahlreicher Waffen in die Verfügungsgewalt der Bonner Herrschaftspolitiker ablehnen. Schließlich kann es doch nicht im Interesse des amerikanischen Volkes liegen, die Entscheidung über den Ausbruch des nächsten Weltkrieges ausschließlich westdeutschen Herrschaftskreisen und Militärs, dem Nachschauen können, zu überlassen, deren Gewissenlosigkeit und blinde Sturheit in der jüngeren Geschichte schon zweimal zur Katastrophe geführt hat.

Mit seinen blindwütigen Angriffen gegen die Arbeit der Götter Abrüstungskonferenz und seiner Gier nach

Abrüstungen ist Bonn offensichtlich auf dem besten Wege, sich selbst zu isolieren. Es ist eine Schande, daß angesichts der deutschen Idee, die westdeutsche Demokratie, der Menschheit in den nächsten Jahren, die um die allgemeine und vollständige Abrüstung, um die Beilegung von Kriegen für alle Nationen steht.

Siege die westdeutsche Bevölkerung sich eine unabhängige Meinung bilden, indem sie nicht nur die Erklärungen der Bonner Regierung anhört, sondern sich auch mit dem Vertragstext und dem Memorandum der Sowjetregierung sowie der Denkschrift der Regierung der DDR zu den 10-Stunden-Auswechslung verweist.

Wir begrüßen die Initiative des Weltfriedensrates, im Juli 1962 in Moskau einen Weltkongress für Abrüstung durchzuführen. Die DDR wird diese Manifestation der Völker für Abrüstung und Entspannung aktiv unterstützen.

III.

Die geschichtliche Aufgabe der DDR und die Zukunft Deutschlands

Liebe Genossen!

Vor euch liegt ein wichtiges Dokument, „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“. Wir werden es auf diese Weise, die Zentralen Komitees, Parteien und die Massenorganisationen, in der von ihr bezeugten Bedeutung und als politische Grundlage der Arbeit aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik für einen langen Zeitraum geduldet.

Dieses Dokument wurde von uns ausserhalb der Grenzen der DDR, des 17. Augusts über Sozialismus, Imperialismus und die nationale Frage in Deutschland, nachdem die geschichtliche Mission, Weg und Ziel der DDR klar gestellt sind und die Hoffnung der Adenauer-Regierung, durch Aufrüstung zur Wiedervereinigung zu kommen, gescheitert ist, geht in Deutschland das Ringen um die friedliche Lösung der deutschen Frage auf dem Wege der friedlichen Koexistenz und der Konsolidierung.

An diesem Wendepunkt angekommen, wo durch die Verankerung der Abrüstung in Deutschland und durch den Verzicht auf Gewaltverwendung und durch Abkehrung der Weg für die friedliche Lösung der nationalen Frage unseres Volkes frei gemacht werden kann, ist es notwendig, volle Klarheit zu schaffen über die Lage, den Weg und Ziel.

Dieses Dokument ist im Politbüro beraten und genehmigt worden. Es ist das Ergebnis einer sorgfältigen, umfassenden Diskussion der Arbeiter, Bauern, Jugendlichen, Frauen und anderen Parteimitglieder. Diese Freunde aus anderen Parteien, die mit wertvollen Anregungen zu dem Entwurf beigetragen haben. Wenn das Zentralkomitee zustimmt, wird es dem Politbüro der nationalen Dokumente in der hier beschriebenen Form in Moskau dem Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland übergeben. Er soll dann veröffentlicht und Mangel Zeit von der ganzen Bevölkerung der DDR öffentlich beraten und diskutiert werden, bevor er dann von einem Nationalkongress endgültig beschlossen wird.

Wie in dem Dokument dargelegte geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Perspektive Deutschlands sind so wichtig, daß jeder Bürger unseres sozialistischen Staates aufgefordert ist, sich mit dem Dokument vertraut zu machen, an der

Diskussion teilzunehmen und bei der endgültigen Formulierung dieses wichtigen Grundgesetzes unserer nationalen Politik, unserer Wege zum Sieg des deutschen Volkes mitzuwirken. Das ist zugleich Ausdruck der weiteren Entwicklung unserer sozialistischen Demokratie.

Es wird unser aller Aufgabe und die Aufgabe der Nationalen Front sein, möglichst alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik auf der Grundlage dieses nationalen Dokumentes zusammenzuschließen und für die Lösung der großen geschichtlichen Aufgaben der DDR und damit gleichzeitig für die Sicherung einer guten Zukunft eines einheitlichen, friedliebenden, reichen und mächtigen Deutschlands zu mobilisieren. Das wird auch den Kampf der Arbeiterklasse und aller friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland zur Überwindung von Imperialismus und Militarismus wirkungsvoll unterstützen.

Das nationale Dokument wird eine große Unterstützung auch für die Arbeit unserer Parteiorganisationen und für ihre Zusammenarbeit mit allen Kräften der Nationalen Front sein. In dem zu den Parteitagenden 1962 im „Neuen Deutschland“ veröffentlichten Interview haben wir den Grundorganisationen für die Durchführung der Wahlen große politische Aufgaben gestellt. In dem Interview heißt es: „Maßstab für die Beurteilung der Arbeit der Parteiorganisationen ist der Stand der politischen Erkenntnisse der Bevölkerung – besonders was die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands betrifft – ist die Erfüllung des Planes nach qualitativen und quantitativen Kennziffern, die Einführung der neuen Technik, die Arbeitsmoral und das kulturelle Leben der Werktätigen. Diese Fragen sollten also auch im Vordergrund der Beratungen in den Mitgliederversammlungen stehen.“

Zur Erleichterung des Studiums des nationalen Dokumentes möchte ich Euch hier nur auf einige wichtige Punkte hinweisen.

Das Dokument geht von der Tatsache aus, daß die deutsche Nation durch die Schuld der Westmächte in zwei Staaten gespalten ist, die sich auf dem Boden Deutschlands feindlich gegenüberstehen.

50X1-HUM

50X1-HUM

gewiß nicht leicht sein. Illusionen sind nicht am Platz. Der Widerstand imperialistischer Kräfte gegen jede ehrliche Abrüstung ist nicht zu unterschätzen.

Es ist aber nicht nur das grundlegend veränderte Kräfteverhältnis in der Welt, das heute dem alten Streben der Menschheit nach ewigem Frieden eine reale Chance gibt. Der 1968 von Genosse Chruschtschow der Vollversammlung der Vereinten Nationen vorgelegene großartige Plan der allgemeinen und vollständigen Abrüstung in der ganzen Welt hat im zwischen die Herzen und Märsche der großen Mehrheit aller Menschen erfüllt. Und trotz ihres häufigen Widerstandes mußten doch die USA-Imperialisten dem Auftrag der Organisation der Vereinten Nationen für den Generalkonferenz zustimmen. Und dieser Auftrag lautet: Mittel und Wege finden, um die allgemeine und vollständige Abrüstung in der ganzen Welt zu verwirklichen.

Hier darf es kein Ausweichen mehr geben. Der Auftrag ist klar. Und der sowjetische Außenminister, Genosse Gromyko, hatte völlig recht, als er in Genf in seiner Begründung des hervorragenden konkreten sowjetischen Vertragsentwurfes für die allgemeine und vollständige Abrüstung darauf hinwies, daß die Arbeit des 18-Mächte-Ausschusses unter einer umfassenden und superspezifischen „Internationalen Kontrolle“, nämlich unter der Kontrolle der Völker selbst steht.

Die Völker sind es, die durch die UN den Auftrag zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung erteilt haben. Die Völker werden jetzt hart und unerbittlich kontrollieren, wie sich die einzelnen Staaten innerhalb und außerhalb der Genfer Konferenz zu diesem Auftrag der gesamten Menschheit verhalten. Das war früher längst nicht in diesem Maße der Fall.

Von großer Bedeutung ist auch die Tatsache, daß in dem 18-Mächte-Ausschuss für die Abrüstung nun auch die drei wichtigsten Staatengruppen vertreten sind: die sozialistischen Länder, die Staaten, die dem Militärblock der Westmächte angehören und die neutralen Länder.

Die Bevölkerung und die Regierung der DDR begrüßen es, daß die Regierung der UdSSR dem 18-Mächte-Ausschuss den Entwurf eines „Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle“ unterbreitet hat. Dieser konstruktive Vorschlag entspricht den Interessen aller Völker, vor allem des deutschen Volkes, das sich nach einer Friedensregelung sehnt.

Mehrheitlich kann die allgemeine und vollständige Abrüstung nur unter strenger internationaler Kontrolle durchgeführt werden. Denn wie sollte die friedliebende Menschheit denjenigen Kräften in den imperialistischen Ländern trauen, die an Kriegen und Kriegerüstungen, seit jeder Maßes verdienen, die seit je das in den Kriegen vergossene Blut in Milliardenprofite ummünzten. In den sozialistischen Ländern gibt es niemanden, der sich an Kriegen oder Rüstungen bereichern könnte. Einheitsmänner und Frieden und Abrüstung gehören untrennbar zusammen. Der Vertragsentwurf der Sowjetunion berücksichtigt daher die Notwendigkeit einer strengen internationalen Kontrolle über die Abrüstung. Über jede einzelne Abrüstungsphase. Das ist richtig so. Allerdings kann kein Zweifel daran bestehen, daß die Abrüstung kontrolliert werden muß, nicht die Aufrüstung. Eine Kontrolle ohne Abrüstung, wie sie die USA-Imperialisten wünschen, ist sanktionierte Superwaffen, nichts anderes.

Wir begrüßen es, daß der indische Verteidigungsminister Menon sich für die allgemeine und vollständige

Abrüstung in möglichst kurzer Zeit ausgesprochen hat. Er sprach sich aus für ein Verbot der Überweisung von Kernwaffen an andere Länder, für die Schaffung kernwaffenfreier Zonen und für die Einstellung der Kernwaffenversuche. Herr Menon sprach sich für die Kontrolle der Einhaltung der Vereinbarungen mit den nationalen Stationen und Mitteln aus.

Wir können mit ganzem Herzen Genossen Chruschtschow zustimmen, der dieser Tage auf einer Vollversammlung des Kalinin-Wahlkreises in Moskau zur Frage der Abrüstung ausrief:

„Es ist notwendig, daß die Völker wie ein Mann aufstehen und die Einstellung des Weltfriedens verlangen. Die Völker müssen die Abrüstung als politische Aufgabe erreichen, die der Abrüstung Widerstand entgegenzusetzen und solche Menschen an die Spitze bringen, die die Interessen des Volkes verstehen und die bereit sind, ohne Furcht im Interesse des Volkes, eine Politik des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit zu betreiben. Der Schlüssel zum Frieden sind aktive Aktionen der Völker.“

Der von der Regierung der UdSSR vorgelegte Vertrag über die allgemeine und vollständige kontrollierte Abrüstung entspricht vollständig den Interessen und Wünschen nicht nur der Deutschen Demokratischen Republik und aller ihrer Bürger, sondern auch den Interessen Westdeutschlands und der großen Mehrheit seiner Bürger. Ein Erfolg der Genfer Abrüstungskonferenz wäre also für das ganze deutsche Volk ein großer Glück.

Ich bin der Überzeugung, daß auch die große Mehrheit der Bürger Westdeutschlands sehr damit zufrieden wäre, wenn die beiden deutschen Staaten keine Rüstungsausgaben mehr hätten und ihre Armeen auflösen könnten. Ich bin der festen Überzeugung, daß die große Mehrheit auch der Bürger Westdeutschlands sehr glücklich wäre, wenn die bisher für die Rüstung aufgewandten Mittel für die Entwicklung der Friedenswirtschaft, für die Wohlfahrt der Menschen und ihre Gesundheit, für die Kultur, für das Bildungswesen usw. verausgabt würden. Ich bin sicher, daß die große Mehrheit aller Deutschen erleichtert aufatmen würde, wenn durch eine allgemeine und vollständige Abrüstung die Gefahr eines Bruderkrieges gebannt wäre.

Die friedliche Koexistenz, das friedliche Zusammenleben der beiden deutschen Staaten und ihrer Bürger, ihre friedliche und sachliche Zusammenarbeit würden wesentlich erleichtert. Der von den westdeutschen Revanchepolitikern und Militaristen gegangene tiefe Graben durch Deutschland könnte allmählich zugehört werden.

Dem deutschen Volk haben zwei Weltkriege und ihre Folgen eingebleut, was aus der Aufrüstung letztlich herauskommt.

Ich meine, das deutsche Volk sollte endlich die Verantwortung zum Ende kommen lassen und in der Praxis ausprobieren, was aus einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung herauskommt.

Was aus Kriegen herausgekommen ist, hat das deutsche Volk zweimal ausprobiert. Aber wie wäre es, wenn es jetzt einmal ausprobieren, was aus einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung herauskommt.

Natürlich können auch wir uns bei einer Abrüstungsvereinbarung nicht nur auf etwaige Zusicherungen der herrschenden Kreise in Bonn verlassen. Ihre Unterschrift unter einem Abrüstungsdokument wäre uns auf

50X1-HUM

50X1-HUM

Grund unserer historischen Erfahrungen nicht vernachlässigbar. Notwendig wäre gerade im Bonner Staat eine besonders genaue und gute Kontrolle aller Abrüstungsmaßnahmen in jeder einzelnen Abrüstungsstufe. Die alten Militärgeneräle und ihre Auftraggeber in Bonn haben schließlich schon mehrfach mit Hilfe "schwarzer" Truppenverbände, geheimer Waffendepots usw. usw. Abrüstungsbestimmungen umgangen und ihre Vertragspartner betrogen. Auch wir fordern also eine sehr genaue Kontrolle. Und das deutsche Volk wird sich zweckmäßigerweise an der Kontrolle beteiligen müssen. Natürlich sind auch wir in der Deutschen Demokratischen Republik bereit, uns im Falle einer vereinbarten allgemeinen und vollständigen Abrüstung in jeder einzelnen Etappe jeder Kontrolle zu unterziehen und die Kontrollorgane bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Das betrifft nicht nur etwaige für alle Länder geltenden Vereinbarungen der Abrüstungskonferenz in Genf, sondern auch die von uns bereits seit langem zur Förderung der internationalen Abrüstung vorgeschlagene und besonders dringliche allgemeine und vollständige Abrüstung in den beiden deutschen Staaten.

Die DDR hatte bereits am 18. September 1960 der UNO einen konkreten Plan für die allgemeine und vollständige Abrüstung beider deutscher Staaten in drei Schritten übermittelt. Schon damals hatten wir die Verpflichtung vorgesehehen, nach Erzielung eines internationalen Abkommens über die allgemeine und vollständige Abrüstung aller Länder diesem Abkommen beizutreten und alle sich aus ihm ergebenden Verpflichtungen zu übernehmen. Dieser unser Vorschlag der allgemeinen und vollständigen Abrüstung der beiden deutschen Staaten in drei Etappen ist heute von noch größerer Aktualität als 1960. Wir sind bereit, sofort mit der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik in entsprechende Verhandlungen einzutreten.

Um ohne weitere Verzögerung dem gefährlichen Rüstungswettlauf Einhalt zu gebieten und die allgemeine und vollständige Abrüstung beider deutscher Staaten zu erleichtern, schlagen wir folgende minimale und sofort realisierbare erste Maßnahmen der Entspannung und Abrüstung vor:

Beide deutsche Staaten erklären, auf Gewalt gegenüber dritten Staaten und gegenseitig zu verzichten.

Abbruch einer Vereinbarung über einen Rüstungsstopp.

Verzicht beider deutscher Staaten auf Atomrüstung, auf die Herstellung, Verwendung, Stationierung und Erwerbung von Kern- und Raketen- sowie chemischen und biologischen Waffen. Beide Staaten verzichten darauf, sich an Versuchen mit solchen Waffen in anderen Staaten zu beteiligen.

Vereinbarung über die sofortige Einstellung der Stationierung weiterer ausländischer Atomwaffen.

Beide deutsche Staaten unterbinden auf ihrem Territorium jede Kriegspropaganda und Propaganda für territoriale Forderungen gegenüber anderen Staaten.

Beide deutsche Staaten wenden sich gegen eine Brechung des Kreises der atomwaffenbesitzenden Staaten.

Diese ersten Schritte entsprechen auch den Forderungen breiter Kreise der westdeutschen Bevölkerung. Ähnliche Vorschläge werden auch von verschiedenen Politikern der im westdeutschen Bundestag vertretenen

Parteien erhoben. Auch eine Reihe sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter unterstützen solche Vorschläge, haben aber noch nicht den Mut, das offen vor ihren Wählern zu sagen. Das wäre doch vernünftiger.

Was die Kontrolle betrifft, müssten beide deutschen Staaten die Kontrolle eines internationalen Organs akzeptieren. Gleichzeitig schlagen wir vor, daß in beiden deutschen Staaten eine Kontrollkommission aus Vertretern des Parlaments, der Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen, wie der Frauen- und Jugendverbände, gebildet wird. Beide Kommissionen mögen sich über ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Kontrolle verständigen. Alle Bürger beider deutscher Staaten sollten aufgerufen werden, über die Durchführung der Abrüstungsverhandlungen zu wachen und sich an der Kontrolle zu beteiligen.

Die Regierung der DDR unterstützt darüber hinaus vorbehaltlos den Vorschlag der Bildung einer kernwaffenfreien Zone in Mittel- und Nordeuropa, der beide deutschen Staaten angehören, ebenso wie den Vorschlag einer rüstungsbeschränkten Zone mit Einschluss der DDR wie der westdeutschen Bundesrepublik. Die Regierung der DDR erklärt ihre Bereitschaft, unmittelbar in entsprechende Verhandlungen mit allen interessierten Regierungen einzutreten.

Die Deutsche Demokratische Republik, ihre Regierung und alle ihre Bürger treten mit ganzem Herzen für das gute Gelingen der Genfer Konferenz der 18 Staaten über die allgemeine und vollständige Abrüstung ein. Wir fordern die friedliebenden Bürger der westdeutschen Bundesrepublik auf, ebenso wie wir für dieses große Ziel zu arbeiten und nicht zuzulassen, daß die Abrüstung durch unverbesserte Revanchepolitik, Militärgeneräle und Kriegslieferanten verhindert wird.

Ebenso wie schon bei früheren Verhandlungen über die Abrüstung und über die friedliche Lösung verschiedener brennender Fragen hat auch diesmal die Adenauer-Regierung alle Hebel in Bewegung gesetzt, um eine Verständigung zu behindern. Nicht nur der atombesessene Kriegsmilitarismus begleitet die genauen Verhandlungen, auf die sich die Hoffnungen der ganzen friedliebenden Menschheit richten, mit der Forderung, den Bonner Revanchepolitikern die Gewalt über Atomwaffen zu geben. Auch Herr Adenauer fordert gerade in diesen Tagen in einem Presse-Interview die "atomare Bewaffnung für die Streikkräfte der NATO", womit die Forderung nach Überanwerfung von Atomwaffen an Bonn und seine Hitlergeneräle umschrieben wird. Damit nicht genug, hat Herr Adenauer seinen Außenminister, Herrn Schröder, nach der Schweiz geschickt. Dort entfaltete er am Vorabend der Konferenz eine sehr heftige Tätigkeit, um eine Verständigung in der Abrüstungsfrage, der Bildung einer atomwaffenfreien oder rüstungsbeschränkten Zone wie auch in der Frage der Beseitigung der Reste des zweiten Weltkriegs und der Beseitigung der Kriegsbrandherde in Westberlin zu hintertreiben.

Und damit nicht genug, gab Herr Adenauer zu gleicher Zeit verschiedene weitere Erklärungen ab, in denen Verhandlungen als überflüssig, eine Verständigung über die Sicherung des Friedens als nutzlos bezeichnet werden. In einem Interview mit der französischen Zeitung "Le Monde" bezeichnet er das Streben nach einer atomwaffenfreien Zone, die bekanntlich auch von Schweden und anderen Ländern angestrebt wird, als "absurde Märchen", als "Hirngespinnste". Der Bonner Regierungschef persönlich versucht also intensiv, die

50X1-HUM

50X1-HUM

Wie es dazu gekommen ist, war die Verantwortung dafür trägt, welchen die geschichtlichen Umstände sind, die zu dieser Entwicklung geführt haben, das alles wird in dem Dokument dargelegt.

Wir hatten nach dem zweiten Weltkrieg lange Zeit die Illusionen, durch die Führung der Arbeiterklasse und den Sozialismus oder gegen den Nationalismus und Militarismus und gewissermaßen auf die Grundlage des Potsdamer Abkommens den deutschen Imperialismus und Militarismus in einem einheitlichen Deutschland auf demokratischen Wege zu überwinden. Unsere Gegner haben diese demokratische Auseinandersetzung in einem einheitlichen Deutschland gedeutet. Sie haben es vorgezogen, Deutschland zu spalten. So kam es zu der heutigen Lage.

Das Dokument enthält eine geschichtlich begründete unwiderlegbare Anklage gegen die deutsche Großbourgeoisie, die jeden Anspruch auf Führung Deutschlands verweigert hat und beweist ebenso unwiderlegbar, daß nur die Arbeiterklasse im Bunde mit allen demokratischen Kräften Anspruch auf die Führung Deutschlands erheben kann. Diese ihren historischen Anspruch hat die Arbeiterklasse unter Führung ihrer marxistischen Partei durch ihren über ein Jahrzehnt währenden Kampf und eine konsequente nationale Politik erworben, die in allen entscheidenden Situationen der deutschen Geschichte den richtigen Weg gewiesen hat.

Es ist historisch bewiesen, daß die deutsche Großbourgeoisie der Zerstörer der Nation und daß die deutsche Arbeiterklasse unter der Führung ihrer revolutionären Partei der Retter der Nation ist. Es ist historisch bewiesen, daß sich alle friedliebenden und demokratischen, alle die Interessen der Nation schützenden Kräfte in Deutschland mit der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei im Interesse der Nation verbünden können.

Aus dieser geschichtlichen Entwicklung und der Entwicklung der Jahre nach 1945 erwuchs die historische Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik, die Überwindung des Sozialismus und Sicherung des Friedens für das deutsche Volk.

Während Deutschland von den westdeutschen Imperialisten und Militaristen gespalten worden ist, nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem deutschen Nationalismus und angereichert wurde und bis zum Jahre 1968 von diesem imperialistischen Militarismus besetzt sein sollte, haben die in Westdeutschland herrschenden Kräfte mit neuen Formen und Bundesgesetzen die alte aggressive, imperialistische Politik fortzusetzen versucht, ist es völlig klar, daß eine Lösung der deutschen Frage eine Wiedervereinigung erst erfolgen kann, wenn Militarismus und Imperialismus in Westdeutschland beseitigt sind.

Wie aber sollen sich bis dahin die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten gestalten? Auf diese Frage, die wohl alle Menschen in beiden deutschen Staaten bewegt, und über die auch unter anderen Völkern viel Unruhe besteht, möchte ich Euch, liebe Genossen besonders klarweisen.

In dem Dokument wird dargelegt, wie sich unter den gegebenen Verhältnissen die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten friedlich entwickeln können, wie die Zukunft Westdeutschlands aussieht und wie das deutsche Volk vor der Gefahr eines Krieges auf deutschem Boden bewahrt werden kann. Von besonderer Bedeutung für die Beziehungen der beiden deutschen Staaten und ihrer Bürger ist die Sicherung der

friedlichen Beziehungen in Deutschland durch die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten in dem deutschen Konföderation. Darauf werde ich an anderer Stelle noch näher eingehen.

Liebe Genossen! Ihr habt das Dokument alle gelesen. Es enthält die notwendige neue Einschätzung unserer nationalen Situation, zeigt den Ausweg, die Aufgabe für die nächsten Jahre und enthält darüber hinaus eine Fülle interessanter, neuer Gedanken, die jeden von uns die politische Botschaft wie auch die theoretische Arbeit erleichtern werden.

In dem Dokument sind die Fragen weiterentwickelt worden, über die wir bereits auf der 11. und 14. Tagung des Zentralkomitees ausführlich und gründlich gesprochen und auch prinzipiell Klarheit geschaffen haben. Ich würde empfehlen, im Zusammenhang mit dem Dokument besonders auch die entsprechenden Kapitel des Referates auf dem 14. Plenum noch einmal zu lesen.

In dem Dokument wird bewiesen:

Der Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik steht nicht nur im Einklang mit den nationalen Interessen des ganzen deutschen Volkes, sondern ist Voraussetzung für eine glückliche Lösung der nationalen Frage, für die Überwindung der Spaltung. Die weitere Voraussetzung für die Wiederherstellung der Einheit der Nation ist die Überwindung der Herrschaft des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland durch die Arbeiterklasse im Bunde mit allen friedliebenden und demokratischen Kräften.

Damit sollten alle Illusionen beseitigt sein, daß es für das deutsche Volk etwa einen leichteren und bequemeren Weg geben könnte, der zur Einheit führt. Es gibt nur diesen einen Weg, und wir sind entschlossen, gemeinsam mit allen Kräften der Nationalen Front und den friedliebenden demokratischen Kräften in Westdeutschland und Westberlin diesen Weg zu gehen.

Das nationale Dokument ist geeignet, den Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik, die in der Zeit nach 1945 eine hervorragende und aufopfernde Arbeit geleistet haben, ein großes nationales Selbstvertrauen zu geben.

Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik ist - ob er sich heute davon schon ganz bewußt ist oder nicht - ein Pfleger des deutschen Volkes.

Es wird die Zeit kommen, da viele westdeutsche Bürger, die heute die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik noch nicht begriffen haben, sagen werden: - Bürger der Deutschen Demokratischen Republik: Wir danken Euch dafür, daß Ihr nicht geschwankt habt, daß Ihr Euch nicht von Schwierigkeiten habt überwinden lassen, daß Ihr Euch nicht vom richtigen Wege habt abbringen lassen, daß Ihr den Sozialismus aufgebracht habt.

Manche Bürger neigen dazu, die Tatsache überzubewerten, daß Westdeutschland größer ist und über erheblich mehr Bevölkerung verfügt als die Deutsche Demokratische Republik. Doch nicht darauf kommt es an, wer größer ist und wer die größte Bevölkerungszahl hat. Es kommt darauf an, welche Stellung jeder der beiden deutschen Staaten in dem großen Prozeß der geschichtlichen Entwicklung einnimmt, wer dem Fortschritt und der Entwicklung dienlich ist, wer rechtmäßiger Vertreter der Interessen des ganzen deutschen Volkes ist und wer das deutsche Volk rühmt und vertritt.

50X1-HUM

50X1-HUM

Auf dem 14. Plenum und auch in dem nationalen Dokument ist eindeutig nachgewiesen, daß unter allen Umständen der erste deutsche Arbeiter- und Bauern-Staat, die Deutsche Demokratische Republik, der rechtmäßige deutsche Staat, der alleinige Vertreter der Interessen des ganzen deutschen Volkes ist, daß den deutschen Arbeitern und Bauern, im Bündnis mit allen übrigen Werktätigen, Friedliebenden und demokratischen Menschen, die Führung der ganzen Nation gebührt.

Auf dem 14. Plenum und auch in dem nationalen Dokument ist bewiesen, daß in Westdeutschland die Herrschaft des Imperialismus und Militarismus beseitigt werden muß, wenn das deutsche Volk in Frieden leben und die Spaltung Deutschlands überwinden will.

Wir haben gewiß in der Deutschen Demokratischen Republik noch genügend Schwierigkeiten, mit denen wir fertig werden müssen. Aber — was das Wichtigste ist — wir haben den Grundgegensatz in Deutschland, den Gegensatz zwischen den Interessen der friedliebenden Bevölkerung und den Interessen der kleinen Schicht macht- und habgieriger Monopole und Militaristen ein für allemal gelöst. Wir haben das Beispiel gegeben für eine friedliebende deutsche Politik, für einen friedliebenden deutschen Staat, der danach strebt, mit allen seinen näheren und ferneren Nachbarn in Freundschaft und Frieden zu leben und zusammenzuarbeiten.

Es ist schließlich — nach alledem, was der zweite Weltkrieg unserem Land gebracht hat — eine hervorragende Leistung unserer Werktätigen und unserer Staaten, daß sich die Deutsche Demokratische Republik als Industriemacht unter den ersten zehn Staaten der Welt befindet. Was die Durchsetzung des Rechts aller Menschen auf Arbeit und Bildung, auf Teilnahme am Kulturbau an der Verwaltung und an der Regierung betrifft, so befindet sich die DDR ebenfalls einwandfrei in der Spitze aller Staaten der Welt. Der westdeutsche Staat liegt in dieser Beziehung weit hinter uns.

Bei uns gibt es auch keine Existenzangst und Unsicherheit, die in Westdeutschland das Leben von Millionen arbeitenden Menschen vergiftet. Schließlich sind in Westdeutschland viele Hunderttausende Menschen in fremde Länder emigriert und — nach westdeutschen Angaben — haben unabhängig den Wunsch, sich irgendwo planmäßig aus diesem westdeutschen Staat unter der Herrschaft des Kapitalismus und Militarismus absetzen.

Wir können uns aber nicht damit zufriedengeben, daß wir auf einer ganzen Reihe entscheidender Gebiete hinsichtlich der Überlegenheit gewonnen haben. Wir müssen auf allen Gebieten beweisen, daß die sozialistische Arbeit mit diesem Dokument wesentlich beitragen. Das wird große Auswirkungen auch auf Westdeutschland haben.

Die Entwicklung der letzten Jahre und ganz besonders die Entwicklung nach dem 13. August hat bei uns und auch in Westdeutschland veranlaßt, nachzudenken, wohin der Weg führt. Abgesehen von der Notwendigkeit, der neuen internationalen und nationalen Situation gerecht zu werden, ist es unumgänglich, sowohl der ganzen Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik als auch den Bürgern Westdeutschlands ein klares Bild der Lage in Deutschland und der des deutschen Volkes zu vermitteln. Auch für die anderen Völker, bei denen oftmals sehr unklare Vorstellungen über die Lage in den beiden deutschen

Staat gibt dieses nationale Dokument die notwendige Antwort. Das verleiht ihm auch eine hervorragende internationale Bedeutung.

Wie ich bereits sagte, ist in dem Dokument die Sicherung der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten durch ihre Zusammenarbeit in einer deutschen Konföderation konkretisiert worden.

Ich möchte meinen, daß die in dem Dokument enthaltenen Gedanken und Schlussfolgerungen weitgehend auch Vorstellungen entsprechen, die es in breiten Kreisen der westdeutschen Öffentlichkeit gibt.

Die acht westdeutschen evangelischen Wissenschaftler und anderen Persönlichkeiten zum Beispiel, die kürzlich mit ihrem Memorandum Einspruch gegen die geistliche Politik Bonn eingelegt hatten, sind Anhänger des Sozialismus, sondern stehen auf dem Boden des Kapitalismus. Wir unsererseits sind Gegner des Kapitalismus und stehen auf dem Boden des Sozialismus. Aber wir sehen doch gemeinsame lebenswichtige nationale Interessen, in denen sich Anhänger des Sozialismus und Anhänger des Kapitalismus, auch dann wenn sie demselben Volk entstammen und dieselbe Sprache sprechen, treffen und vereinigen sollen. Wir haben das Dokument der westdeutschen Persönlichkeiten so verstanden, daß sie die friedliche Koexistenz zwischen den Staaten auch in Deutschland für notwendig halten.

Für die genannten westdeutschen Persönlichkeiten ist es offensichtlich das Problem, wie im Zeitalter der nuklearen Waffen bei dem Bestehen einer kapitalistischen Deutschen Bundesrepublik und einer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik der Frieden und das friedliche Zusammenleben in Deutschland gesichert werden können. Auch wir sehen dieses Problem. Wir haben — wie wir glauben — für dieses Problem eine vernünftige Lösung vorgeschlagen.

Wir sind überzeugt, mit den erwähnten westdeutschen Persönlichkeiten und den vielen gleichgesinnten Bürgern darin übereinstimmen, daß das bei weitem größte Übel, das unbedingt verhütet werden muß, Krieg, d. h. Atomkrieg auf deutschem Boden wäre. Das bedeutet aber, daß die beiden deutschen Staaten und ihre Bürger irgendwie friedlich zusammenleben müssen und daß keine Kriegspolitik und Revanchepolitik geduldet werden dürfen.

Wir sind zu der Schlussfolgerung gelangt, daß die unseren besonderen historischen Bedingungen entsprechende Form für die friedliche Koexistenz der beiden deutschen Staaten eine deutsche Konföderation ist, an der auch das ostmitteldeutsche, Preußische und saarische Westberlin teilnehmen können.

Eine solche Konföderation ist natürlich nicht für die Ewigkeit bestimmt; denn die Spaltung der deutschen Nation dauert nicht ewig. In dem Maße, wie die Arbeiterklasse in Westdeutschland im Bündnis mit Bauern, Handwerkern und breiten Schichten des Bürgertums überwinden, wird sich die Konföderation Schritt um Schritt zu einem Organ der fortschreitenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten und Westberlins entwickeln.

Zur jüngsten Entwicklung in Westdeutschland

Liebe Genossen!

Ich habe vorhin bereits das Memorandum der acht evangelischen Wissenschaftler und anderer Persönlichkeiten erwähnt. Dieses Memorandum nimmt zu Pro-

50X1-HUM

Wenn allerdings Herr Adenauer sich darauf verläßt, daß der Verfall der SPD die Herrschaft der westdeutschen Imperialisten über die Zeiten vor der Arbeiterklasse und ihren Bund Genossen schützt, so ist er, wie in vielen anderen Dingen, völlig auf dem Holzwege. Es gibt in Westdeutschland nicht nur keine rechte SPD-Führer und Gewerkschaftsfunktionäre, die zweifels ohne noch einen großen und unkontrollierten Einfluß ausüben. Es gibt eine Kommunistenpartei, es gibt christliche sozialdemokratische und Gewerkschaftsfunktionäre, es gibt westdeutsche sozialistische Arbeiterklasse, die die Kraft hat, sich von den verfallenen SPD- und DGB-Führern zu entledigen und sich eine neue Führung im Innern, die konsequent die Interessen der Arbeiter und der Nation vertritt!

50X1-HUM

Herr Adenauer meint, die völlige Kapitulation der rechten SPD-Führung rette das westdeutsche Monopolkapital vor der Gefahr revolutionärer Strömungen. Er traut aber der Sache doch nicht ganz und ist daher bestrebt, durch Eingliederung Westdeutschlands in eine „Europäische Politische Union“ ein politisches Instrument zu schaffen, das die Aufgabe hat – wie man in SPD-Kreisen sagt – in den westeuropäischen Staaten sämtliche oppositionellen und revolutionären Strömungen zu unterdrücken. Diese „Europäische Politische Union“ soll eine Art Antikomintern werden. Und die rechte SPD-Führung macht auch diesen Weg der Fortsetzung der Politik Hitlers mit.

Die westdeutsche Arbeiterklasse führt hartnäckig den Kampf gegen die Rüstungspläne und die Ausbeutung. Der unheilbare Widerspruch zwischen den Interessen des Volkes und denen der Imperialisten und Militaristen wird der großen Masse der Werktätigen in diesem Prozess des Kampfes um ihre Lebensrechte, gegen die reaktionären Anschläge der Großkapitalisten und um die Verbesserung der sozialen Lage bewußt werden.

Zweitens sind heute in Westdeutschland andere Bedingungen als 1945 und daher kann das, was wir 1945 bei uns machten, in Westdeutschland nicht einfach kopiert werden.

Worauf kommt es heute an? Es kommt darauf an, daß der unheilvolle Kurs des Krieges und der Revanche, den die Regierung Adenauer steuert, endlich abgebrochen und durch eine Politik der Vernunft, des Friedens, der Demokratie und der nationalen Interessen abgelöst wird. Es geht um die Existenz Westdeutschlands, um die Zukunft seiner Bürger und schließlich auch um die Zukunft seiner Nation. Nur unter der Führung der Arbeiterklasse, in breiter Einheitsfront mit allen demokratischen und friedliebenden Kräften, können die Verhältnisse in Westdeutschland geändert werden. Dazu gehört auch, daß sich die westdeutschen Sozialdemokraten und Gewerkschafter von einem verhängnisvollen Falschhalten an ungeeigneten Formen und Führern frei machen und sich diejenige Führung und Organisationsform schaffen, die sie brauchen. Das ist ein schwerer und wohl auch langwieriger Kampf. Aber er muß geführt werden um des Friedens und der Nation willen.

Viele Gewerkschafter, Vertreter des Bürgertums, westdeutsche Intellektuelle, u. a. wissen, daß es so wie

bisher nicht weitergehen darf. Aber sie haben noch nicht die Kraft gefunden, sich breiter zusammenzuschließen, sich auch über weltanschauliche Schranken hinaus zu verständigen und gemeinsam an die Lösung der Aufgaben heranzugehen. Es gibt gewiß Ansätze des Zusammenschlusses. Aber es sind vorerst Ansätze geblieben. Die dringende Aufgabe scheint mir zu sein: Friedensschluß aller derjenigen, die eine Politik des Friedens, der nationalen Vernunft und nationalen Interessen wünschen, ohne Ansehen der Herkunft, der Weltanschauung und der Klasse. Die friedliebenden Kräfte des Bürgertums sollten sich auch darüber klar sein, daß sie ohne ihren Zusammenschluß mit der Arbeiterklasse nichts ausrichten werden.

Wir glauben, daß unser nationales Dokument auch der westdeutschen Arbeiterklasse und den friedliebenden und demokratischen Bürgern Westdeutschlands helfen wird, die Lage richtig zu erkennen und den richtigen Ausweg zu finden.

Ich möchte diesen Abschnitt mit den letzten Worten des nationalen Dokumentes abschließen:

Das große Bündnis aller Bürger und ihre verantwortungsvolle Zusammenarbeit in der Nationalen Front ist notwendig, um den geschichtlichen Auftrag der Deutschen Demokratischen Republik zu erfüllen: Den Frieden zu erhalten, die Geschichte der Nation zum Guten zu wenden und das ganze Deutschland zu einem friedlichen und mitsprechenden Land zu machen. Jeder ist eingeladen, mitzumachen, mitzuarbeiten und mitzuregieren.

Die Nationale Front des demokratischen Deutschland erant keine geschlossene Tür. Jeder ist willkommen. Alle Deutschen guten Willens in der Deutschen Demokratischen Republik wie in Westdeutschland haben wir auf ihren Beitrag im Interesse der friedlichen Zukunft ihrer eigenen deutschen Nation zu hoffen.

Niemals mehr soll auf deutschem Boden ein Krieg geführt werden. Niemals mehr soll von deutschem Boden ein Krieg ausgehen. Niemals mehr sollen andere Völker durch Deutsche leiden. Und niemals mehr soll die Kriegsterror deutsche Menschen, Städte und Länder verheeren.

Ganz Deutschland ein reiches und blühendes Land der friedlichen Arbeit! Niemand und Niemand für seine Bürger und Geschick unter den Völkern! – Demnach zu streben, dafür zu arbeiten und zu kämpfen – das ist die Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik. Ihrer Bürger und aller friedliebenden Deutschen!

IV.

Alles für die Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR

Im Bericht auf der 14. Tagung des Zentralkomitees wurde eine richtige Einschätzung der Lage gegeben und die ökonomischen Hauptaufgaben erläutert. Heute möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen machen wie wir diese wirtschaftlichen Probleme meistern.

Wir sind jetzt dabei, in der Politik die Reste des zweiten Weltkrieges zu beseitigen. Aber auch auf dem Gebiet der Wirtschaft ist es notwendig, mit diesen Resten des zweiten Weltkrieges fertig zu werden. Wir hatten ursprünglich angenommen, daß dies bei offenen Grenzen gehen würde. Aber die westdeutschen Imperialisten haben uns durch ihre aggressive Politik, durch die systematische Störung, durch die Atomrüstungspolitik und die Entwicklung der EWG gezwun-

gen, den Weg der Herstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von den Störmaßnahmen des Gegners zu gehen. Dieser Weg ist mit einem beträchtlichen Aufwand an Mitteln und Zeit verbunden.

Unser Arbeiter-und-Bauern-Staat hat alle Angriffe der westdeutschen Imperialisten zurückgeschlagen und ihre Versuche der ökonomischen Zersetzung und Ausblutung der DDR zum Scheitern gebracht. Wir haben damit bewiesen, daß die DDR ein festgefügtter Staat ist, der die Zukunft Deutschlands verkörpert. Das ist ein Sieg von großer prinzipieller Bedeutung. Aber wir haben andererseits – und das darf von keinem Genossen unterschätzt oder vergessen werden – in dieser Auseinandersetzung bis zum 13. August bedeutende

Ökonomische Verluste erlitten. Durch Abwerbung und organisierte Bevölkerungsbewegungen haben wir Verluste im Umfang von mindestens 80 Milliarden Mark erlitten. Das entspricht etwa der Summe, die wir in den vergangenen zehn Jahren zusätzlich hätten investieren müssen, um eine hochmoderne, neu ausgerüstete, leistungsfähige Industrie zu besitzen. Außerdem haben auch die Maßnahmen zur Sicherung unserer Staatsgrenzen bedeutende Kosten verursacht.

Jedem muß hier sehr, daß angelernte Arbeit notwendig ist, um die Verluste auszugleichen und das notwendige Tempo bei der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte wieder zu erreichen.

Gleichzeitig sehen wir uns darüber im klaren sein, daß durch die von den westlichen Monopolen betriebene Spaltung Deutschlands die alten Wirtschaftsbeziehungen zerstört wurden. Besonders für die DDR, die auf entwickelten Gebieten keine neuemartige eigene Grundstoffindustrie besitzt, ist die Veränderung der Wirtschaftsstruktur und die enge wirtschaftliche Verbindung mit der Sowjetunion und den Staaten des europäischen Lagers ein komplizierter Entwicklungsprozeß. Das Neue in der Lage besteht darin, daß wir seit anderthalb Jahren diese strukturellen Veränderungen planmäßiger und konsequenter durchführen. Deshalb ist es notwendig, einen Teil der Ziffern des Plans bis 1985 im Interesse der Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR zu verändern. Es kommt hinzu, daß die Auseinandersetzungen mit den westlichen Militaristen und der NATO bei offener Grenze die Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze des Sozialismus gehindert haben und sogar ernste Verstöße dieser Gesetze erfolgt sind. Das wurde auch begünstigt durch das liberale Verhalten mancher Wirtschaftsfunktionäre in bezug auf die Durchführung unserer Richtlinien.

Einzelhaft ist, wie die Grundfrage gelöst wird, nämlich die Erhöhung der Akkumulation, die Verwendung eines größeren Teiles des Nationalinkommens (Investitionen) für die Erneuerung, Rekonstruktion und Modernisierung der Produktionsanlagen.

Sozialistische Fachleute schreiben:

„Nach unseren Berechnungen auf Grund eines Analyse der Faktoren, die die Steigerung der Arbeitsproduktivität beeinflussen, kann man annehmen, daß wir etwa 60 Prozent ihres Zuwachses durch Einführung neuer technischer Mittel, durch die vollkommene Technologie und durch die Mechanisierung und Automatisierung der technologischen Prozesse erzielen, rund 30 Prozent erzielen wir durch Verbesserung der Produktionsorganisation und die restlichen 10 Prozent dank der Erhöhung der Qualifikation und der Vergrößerung der Erfahrungen des Arbeitenden. Wenn auch eine solche Rechnung bis zu einem gewissen Grade unbestimmt ist, so steht es doch außer Zweifel, daß der Hauptteil des Zuwachses der Arbeitsproduktivität auf die umfangreiche Einführung neuer technischer Mittel in alle Volkswirtschaftszweige und in erster Linie auf die Mechanisierung und Automatisierung zurückzuführen ist.“

Das zeigt die Bedeutung der Anwendung der neuen Technik für die Produktionssteigerung.

„Glasnost“, Nr. 240, M. Rakowski

In unserer Wirtschaft entstand folgendes Widerspruch: Es kann nicht sein, daß die Arbeitsproduktivität so stark ansteigt, während die Arbeitskraft gleichzeitig überfordert wird. Dieser Widerspruch besteht aus dem Grund, daß die Arbeitskraft nicht ausreicht, um die Produktion zu steigern, die die Arbeitsproduktivität zu steigern. Dieser Widerspruch wird durch die real vorhandenen Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität infolge der ideologischen Einflüsse und der Störfähigkeit des Klassengegners nicht ausgeschöpft. Dieser Widerspruch muß überwunden werden, indem wir den Umfang der Akkumulation steigern, das heißt, das Wachstum der Investitionen muß gesichert werden, auch um des Preis, daß der für den Verbrauch bestimmte Teil des Volkseinkommens einige Zeit nur langsam wächst. Außerdem müssen alle vorhandenen Möglichkeiten zur Steigerung der Arbeitsproduktivität ohne jede Selbstbeschränkung ausgenutzt werden. Dazu gehört auch die maximale Ausnutzung der vorhandenen modernen Technik. In unserer Lage ist die schmerzliche Ausnutzung der schon vorhandenen modernen Technik einer der schlimmsten Fehler, den die Wirtschaftsfunktionäre begehen kann.

Ich hebe einen zweiten Widerspruch hervor: Die Kaufkraft der Bevölkerung ist in den letzten Jahren rascher gewachsen als das Warenangebot in den Läden. Das ist eine Folge der Tatsache, daß in der zurückliegenden Zeit mit immer größerem Löffeln in die Schüssel gelangt wurde, die sich nur langsam füllt. Bürger, die mehr aus der Schüssel herausheben, als sie durch ihre Arbeit in die Schüssel hineinstecken, finden sich in allen Schichten der Bevölkerung.

In den ersten drei Jahren des Siebenjahresplans war ein Wachstum der Geldeinkommen der Bevölkerung (einschließlich beschlossener Lohnerhöhungen) von 9 Milliarden DM geplant. Tatsächlich erreicht wurde eine Steigerung um 10,8 Milliarden DM. Im Gegensatz dazu blieben wir beim Wachstum der Investitionen weit hinter dem Planziel zurück. Im Jahr 1981 wuchs um 4,8 Milliarden DM, bis zum Jahre 1981 wurden nur 3,7 Milliarden Zuwachs erreicht. Deshalb sind wir in der Wirtschaftswachstum der Grundstoffindustrie und des Maschinenbaus und in der Steigerung der Arbeitsproduktivität hinter den Zielen des Siebenjahresplans zurückgeblieben. Anders ausgedrückt heißt das, wir haben mehr verbraucht, als wir verantworten können. Wir haben in gewissem Umfang von der Substanz gezehrt.

So sind im Gegensatz zu der erwähnten Nichterfüllung vieler Aufgaben der Grundstoffindustrie und des Maschinenbaus die Ziele der Warenbereitstellung für Fleisch, Butter, Kaffee, Kakaoerzeugnisse, Eier, Leder, Schuhe, Untertrikotagen, Kühlschränke, Mopeds und Motorroller, elektrische Waschmaschinen u. a. in den Jahren 1980 bis 1981 voll erfüllt bzw. überschritten worden. Der Pro-Kopf-Verbrauch ist dementsprechend gestiegen.

Auch in vielen Bereichen der Volkshochbildung, des Sozialwesens und der Kultur sind die Siebenjahrespläne für das Jahr 1981 überschritten worden. Die Zahl der Hoch- und Fachschulstudenten liegt viel höher als geplant.

Wir werden diesen Widerspruch überwinden, indem wir alle Werktätigen überzeugen, ihren vollen Anteil zu leisten, um die gemeinsame Schüssel zu füllen. Einigen aber, bei denen es das Leistungsprinzip und das Gebot der Ehrlichkeit und Gerechtigkeit erfordern, werden wir auch einen kleineren Löffel aushändigen.

Aus dieser Lage ergibt sich zwingend die zentrale Aufgabe, die wir zu lösen haben. Sie lautet: Allen für die Stärkung der ökonomischen Grundlagen der DDR.

damit die Ihre gesellschaftliche Aufgabe im Kampf um die Sicherung des Friedens, für den Sieg des Sozialismus in der DDR und für die Zukunft Deutschlands erfüllen kann.

Was bedeutet es, die ökonomische Grundlage der DDR zu stärken?

Es bedeutet, alle Möglichkeiten zur Entwicklung der Produktivkräfte und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität auszuschöpfen.

Es bedeutet, das Produktionsprofil bestimmter Zweige der Industrie so zu ändern, daß ein Maximum von hochproduktiven Maschinen und Geräten in großen Serien mit hoher Produktivität und ständig sinkenden Kosten in ausgereicherter Qualität hergestellt wird. Auf diese Weise werden wir unsere eigene Wirtschaft besser ausrüsten und der Entwicklung, Modernisierung und Automatisierung der Industrie der UdSSR und der sozialistischen Länder dienen.

Es bedeutet, die Wirtschaftsgemeinschaft mit der Sowjetunion so zu entwickeln und zu festigen, daß die großen Vorteile der Arbeitsteilung zwischen unseren Ländern in der Planung, der Produktion und auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik zum beiderseitigen Vorteil ausgenutzt werden, und zwar auf einer organisatorisch soliden Basis.

Man kann zusammenfassend sagen, daß es nach dem 12. August darum geht, die volle Wirtschaft der ökonomischen Gesetze des Sozialismus zu gewährleisten.

Ich erinnere an dieser Stelle daran, daß im Referat der 14. Tagung des ZK ausführlich die Rolle der Wissenschaft und Technik, darunter der Typisierung und Standardisierung, bei der Entwicklung der Produktivkräfte und der Änderung des Produktionsprofils bestimmter Industriezweige dargelegt wurde. Diesen Grundthesen ist kaum etwas hinzuzufügen. Es gilt vielmehr, sie in der Praxis zu verwirklichen.

Zusammengefaßt formuliert, ist die grundlegende Aufgabe, die gelöst werden muß, die Sicherung einer maximalen Entwicklung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Kosten, die volle Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Arbeitskraft und der vorhandenen Produktionsmöglichkeiten. Entsprechend der großen Bedeutung des Maschinenbaus für die Ausrüstung der eigenen Volkswirtschaft wie besonders auch für den Export ist es notwendig, die Produktion solcher Erzeugnisse, die einen hohen Stand der Technik repräsentieren und für die Investitionsentwicklung große Bedeutung haben, besonders rasch zu steigern.

Im Werkzeugmaschinenbau werden wir die entscheidenden Maschinengruppen wie Drehautomaten, programmgesteuerte Revolverdrehmaschinen, Aggregatmaschinen, Schleifautomaten in schnellem Tempo entwickeln. Wichtige Maschinen der spanlosen Formung wie automatisierte Pressen, Feinschmiedemaschinen, Bruchstempelmaschinen und Kunststoffspritzmaschinen müssen ebenfalls in großen Serien hergestellt werden.

Auf dem Gebiet der Werkzeugausrüstungen wird das Schwergewicht auf automatische, kontinuierlich arbeitende Band-, Rollen- und Rohrwälzwerke gelegt.

In der Elektronik kommt es vor allem darauf an, die automatisierte Großproduktion technisch hochwertiger elektronischer Bauelemente zu entwickeln. Desgleichen muß die Produktion von Hoch- und Niederfrequenzgeräten schneller gesteigert werden.

Auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik ist die Produktion automatischer Selbstwählämter sowie der Transistoreinrichtungen weitgehend zu erhöhen.

Große Bedeutung für die Automatisierung der Produktionsprozesse hat auch die Großserienfertigung von Bauelementen und Baugruppen des einheitlichen pneumatischen, hydraulischen, elektronischen Meß- und Regelstrangs, das die Möglichkeit der schnellen Montage von Steuermechanismen für alle Prozesse bietet. Dadurch kann die Herstellung von automatischen Temperatur- und Druckreglern und von Kontroll- und Meßgeräten in schnellem Tempo gesteigert werden.

Im Allgemeinen Maschinenbau muß entgegen der bisherigen Praxis die Produktion folgender Erzeugnisse in weitaus größerem Maße gesteigert werden: Drehautomaten und Bäummaschinen, Maschinen für die Leichtindustrie, darunter besonders Spinnmaschinen und bestimmte Strick- und Wirkmaschinen, Maschinen für die polygraphische Industrie, Maschinen für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, darunter besonders Verpackungsmaschinen und komplette automatische Verpackungslinien, Apparate für Kühlung und Klimatisierung, u. a.

Im Landmaschinenbau sind diejenigen Maschinen zu schaffen und die Maschinensysteme zu verbessern, die vom Magdeburger Bauernkongreß gefordert wurden.

Die vorrangige Entwicklung dieser Zweige muß notwendfalls auf Kosten anderer Zweige des Maschinenbaus erfolgen. Es ist leicht einzusehen, aber zunehmend schwer durchzusetzen, daß eine solche Änderung des Produktionsprofils eine Umgruppierung der Investitionsmittel notwendig macht. Diese Umgruppierung der Investitionsmittel auf die neuen Schwerpunkte muß unter zentraler Führung unbedingt gesichert werden. Außerdem muß der Grundsatz beachtet werden, daß die Investitionen stärker auf den Bereich der materiellen Produktion zu konzentrieren sind. Eine wichtige Voraussetzung für diese Entwicklung ist die kurzfristige Schaffung ausreichender Vorrichtungs- und Werkzeugkapazitäten. Davon hängt nicht nur eine wesentliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Fertigungskosten, sondern auch in hohem Maße die Qualität der Erzeugnisse ab.

Die Produktion der Leistungsmittel Zweige der Industrie bedeutet für Volkswirtschaften, die sich rasch entwickeln, die Möglichkeit, die Wirtschaft zu modernisieren und die Lebensbedingung der Bevölkerung zu verbessern.

Wir sehen, die neue Gemeinschaft der sozialistischen Völker der DDR mit der Sowjetunion, die nicht als einseitig besetzte Naturschranken sondern als Beginn einer qualitativ neuen Stufe der Integration der sozialistischen Volkswirtschaften an die gesamte Weltwirtschaft aktiv angeschlossen wird und die die wirtschaftliche Einheit der Völker der sozialistischen Welt darstellt, ist die Folge der Spaltung Deutschlands durch die westdeutschen Imperialisten zur Zeit am stärksten interessiert, diesen Schritt zu gehen.

Die Wirtschaftsgemeinschaft, die wir anstreben, unterscheidet sich völlig von der EWG, in der sich die einzelnen Konzerngruppen und die imperialistischen Staaten einem erbitterten Kampf um die Vorherrschaft auf dem „Gemeinsamen Markt“ liefern. Bei uns ist der Ruin Zehntausender gewerblicher und bäuerlicher Kleinbetriebe der Preis für das weitere Wachsen der Profite der Großunternehmen. Im sozialistischen Lager geht es vielmehr darum, die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zum Vorteil der Völker der beteiligten Länder zu nutzen, und zwar auf der Basis der gleichberechtigten Partnerschaft, der Souveränität jedes Landes auf allen Gebieten des gesellschaftlichen

50X1-HUM

50X1-HUM

50X1-HUM

Lebensebene

schon der 1. Mai von der DDR-Regierung in den 100 nationalen Lebens- und Wirtschaftsplan der DDR einbezogen und in anderen Ländern, wo die Beschäftigten der sozialistischen Entwicklung in der DDR vollständig für einen Lebensstandard der gewählten Gruppe sorgen zu müssen, das schon durch die Montan-Union über noch mehr durch die NATO und die EWG die Rolle der Bevölkerung in den wichtigsten nationalen Fragen (Verhandlungen über die Deutsch-Polnische Wirtschaftspolitik der Konferenz und der Grundgesetz, entscheidende Rechte des Bundesrates der DDR gegen die demokratische Entscheidung der sowjetischen Volkskammer u. a.) teilnehmen werden.

Bei der Lösung der zentralen Aufgabe, die Grundlagen der DDR zu stärken, leistet uns die Bevölkerung durch ihren Kampf um 1,1 Milliarden DM ein entscheidende Hilfe. Das Problem besteht darin, diesen Kredit so zu nutzen, wie es die Lösung der zentralen Aufgabe verlangt. Das heißt, wir werden den Gegenwert des Kredits nicht nur für den Konsum verwenden, sondern wir werden ihn nutzen, um die Produktivkräfte zu entwickeln, die Arbeitsproduktivität zu steigern und das Produktionsprofil einiger Industriezweige zu ändern. Darüber muß Klarheit geschaffen werden. Die Illusion, es handle sich hier in der Hauptsache um einen Konsumkredit, müssen wir abschütteln. Wir müssen die Produktion steigern, die Produktion an Grundbedürfnissen (Nahrung, Kleidung, Wohnung) zu erhöhen, um den Lebensstandard weiter erhöhen wollen. Das heißt, eine angeregte Arbeit voraus für die Produktion der lebensnotwendigen Marktprodukte.

Der Kredit ist ein gutes Ausmaß, um die weitere Stärkung der Wirtschaftlichen Grundlagen der DDR zu schaffen. Alles andere hängt von uns selbst ab, von unserer eigenen Leistung, von der Steigerung unserer Leistung. Unsere Linie besteht darin, die Produktion der Grundlagen der DDR zu stärken. Strenge Sparsamkeit ist notwendig. Wir dürfen jedoch nicht die Werktätigen durch eine Anzahl kleiner Maßnahmen verärgern. Wir wollen dafür sorgen, daß in der nächsten Zeit die Leistungen der leitenden Kader endlich genauso bzw. beurteilt werden. Es ist erhöht worden, daß manche ehrlichen Menschen ihre hohen Gehälter ungenutzt und unrichtig bekommen, weil sie selber wissen, daß die Bezahlung ihrer Arbeit dem Gehalt nicht entsprechen. Andere haben kein solches Gefühl, obwohl es ganz ausreicht, wenn sie etwas, eine Prüfung und Kontrolle der Leistungen, die in vielen Fällen mit der neu eingeführten Methode der Rechenschaftslegung verbunden werden kann, würde manchen ein Ansporn sein. Wir müssen uns auch dem Abrechnen in wirtschaftlichen Rechenschaftsformen, die nicht zu hohen Grundgehältern führen, das ist auch der in den bestehenden Gesetzen, freigelegte Lösung durch Prämien, schenken können oder nicht.

Wenn wir den Lebensstandard allmählich erhöhen wollen, dann bedeutet das aber, den Gehalt der Produktionskräfte zu erhöhen aller Werktätigen und besonders der Sache aller leitenden Kader zu machen. Der Sinn der Produktionsaufgabe besteht darin, in der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr zu leisten; das heißt, in schöpferischer Arbeit, durch eigene schöpferisches Denken und bei größter Sparsamkeit höhere Leistungen zu vollbringen.

Das gilt nicht nur für den Arbeiter und für den Gesamtbeschäftigten, sondern auch für den Techniker, den Projektierungsingenieur, den Verarbeiter, den Ingenieur, den Maschinentechniker, den Arbeiter, den Künstler usw. Auch sind die Beschäftigten über die Weiterführung des Produktionsaufgebots und über unsere Linie auf dem Gebiet der Arbeitsnormen mit dem Grundgesetz „Neue Technik - neue Normen“ bekannt. Ich werde daher nicht weiter darauf eingehen, einmal Gesamt-Motive dazu noch sprechen wird.

Mit der Lösung: In der gleichen Zeit für das gleiche Geld - mehr produzieren, spezifizieren wir selber in den Grundlagen der Wirtschaften als in ihrer materiellen Lebensgrundlage. Das heißt nicht, daß wir die materielle Lebensgrundlage abschaffen. Das können wir gar nicht und das tun wir auch nicht. Aber die vorhandenen Mittel sollen für solche Leistungen verwendet werden, für die Qualifizierung der Arbeiter und als materieller Anreiz für die Anwendung der neuen Technik verwendet werden. Das heißt, die Arbeiter besteht darin, während des längeren Zeitraums, in dem die Lösung gilt, die Initiative der Werktätigen noch zu steigern.

Mit dem „Beschluß des Politbüros des ZK von 1960 über die Reformierung des Beschäftigtenverhältnisses im Jahre 1960“ und der auf dieser Grundlage erarbeiteten Gesamtanpassungen des Volkswirtschaftlichen, des Ministeriums für Bauwesen und des Ministeriums für Verkehrswesen wurden von Zentralen Hauptabteilungen ausgearbeitet, die den Inhalt der politischen Massenbewegung der Arbeiter und Angehörigen der Intelligenz in Industrie, Bauwesen und Verkehr zur ethischen Aufdeckung aller Reserven zur schnellen Steigerung der Arbeitsproduktivität und Steigerung der Selbstkosten im Kampf um die Erfüllung des Planes 1960 bestimmen können.

Der Beschluß der Arbeiter und der technischen Intelligenz des VEB Grundmaschinenbau A. Merz in Karl-Marx-Stadt über das Produktionsaufgebots 1960 zeigt die Richtung für alle Betriebe. Was ist das Charakteristische im jetzigen Stadium der Entwicklung des Produktionsaufgebots? Das wichtigste muß sein, alle Brigaden, alle Arbeitsteams, alle Wissenschaftlichen Institutionen für das Produktionsaufgebots zu gewinnen. Dieses Programm geht aus von dem Willen zur Sicherung des Friedens durch Stärkung der sozialistischen Grundlagen der DDR. Wenn die Mitglieder der Arbeiterbrigade sich für die Steigerung von 600 Fertigungstunden durch technisch-organisatorische Maßnahmen und Arbeit nach neuen Normen verpflichten, so bringt das eine bedeutende Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Aber das Wichtigste dabei ist, daß durch produktivität in diesem Jahr um 12 Prozent gesteigert werden soll, das bedeutet, 10 leistungsfähige Werkzeugmaschinen mehr als im vergangenen Jahr zu produzieren. Das ist eine hohe Verpflichtung und trägt wirklich dazu bei, unsere Exportverpflichtungen zu erfüllen und gleichzeitig unsere Betriebe mit modernsten Maschinen auszurüsten.

Die Lösung des Produktionsaufgebots „Ordnung, disziplin, wirtschaftlich rechnen, technisch verbessern, ehrlich arbeiten“ - das möge zur Lösung für alle Betriebe werden. Die regelmäßigen Rechenschaftslegungen vom Meister bis zum Werkleiter zur Kontrolle der qualitativen und quantitativen Kennzahlen des Planes sind von großer Bedeutung für die Erfüllung der Verpflichtungen.

50X1-HUM

es sind schärfere Maßnahmen zur Herstellung bzw. Erhöhung der Rentabilität aller Betriebe zu treffen:

Die Erkenntnisse der Karl-Marx-Städter Werkzeugmaschinenbauer, im Produktionsauftrag gründlich denken, wirtschaftlich rechnen, technisch verbessern, ehrlich arbeiten, dienen zur Devise aller Werktätigen bei der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1952 werden.

50X1-HUM

Einige Grundzüge unserer Planung für die Jahre 1963 bis 1965

Wie sollte sich - ausgehend von den Ergebnissen der im Februar in Moskau geführten Beratungen - die Entwicklungsrichtung auf einigen Gebieten unserer Wirtschaft vollziehen?

1. Es ist zuzugreifen von den wissenschaftlichen Aufgaben, wie sie auf dem 14. Plenum des ZK festgelegt wurden.

Die gemeinsame Ausarbeitung der Entwicklung der Produktionsstruktur des Maschinenbaus der DDR - zusammen mit der Sowjetunion der DDR und der UdSSR - ist die erste und wichtigste Aufgabe.

Ich habe schon an anderer Stelle in meinem Referat die zentrale Bedeutung des Maschinenbaus für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft sowie für den Export, besonders in die Sowjetunion, hervorgehoben und möchte hier im Zusammenhang mit der Herstellung einer engen Wirtschaftsgemeinschaft DDR/UdSSR noch einige Gesichtspunkte darlegen.

Die Produktion in den wichtigsten Zweigen des Maschinenbaus, vor allem im Werkzeugmaschinenbau, und die Elektrotechnik muß in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden. Dabei müssen die Disproportionen, die zwischen den Kapazitäten der Maschinenbau- und Elektrotechnik bestehen, beseitigt werden.

Das macht erforderlich, die Investitionen für den Maschinenbau in einem stärkeren Maße zu erhöhen. Es geht aber nicht um einen Grundriss, sondern:

Die Produktivität und steigende Steigerung der Produktion des Maschinenbaus ist in erster Linie nicht durch den Neubau von Betrieben und Betriebsstätten, sondern mit minimalem Bauaufwand durch Erneuerung, Rekonstruktion und Modernisierung, d. h. Umrüstung und Neuausrüstung der bestehenden Produktionsbetriebe im Zuge einer konsequenten Spezialisierung und Konzentration der Produktion zu erreichen.

Die vorhandenen, flächenmäßig zum Teil nicht ausgenutzten Produktionshallen sind bis zur vollen Flächennutzung mit modernen Produktionsausrüstungen auszustatten. Es ist weitgehend die Mehrzahl programmgesteuerter Maschinen wesentlich zu erhöhen. Die Neuausrüstungen sind auf jene Bereiche und Erzeugnisse zu konzentrieren, die für die Produktivität ausschlaggebend sind.

Bei der Rekonstruktion sollten nach genauer Berechnung die Kapazitäten und die Verhältnisse mit den Kapazitäten der UdSSR, die ausgetauschten Verschleißteile und durch Beschlässe der beiden Wirtschaftsgemeinschaften, Schwerpunkt gesetzt werden.

Die Auswahl der Nomenklatur der DDR im Rahmen der Wirtschaftsgemeinschaft hat auf der Basis einer durchgehenden Spezialisierung zu erfolgen, um eine weitgehende Vereinheitlichung der Produktionsvorgänge zu erreichen. Dabei ist zu betonen, daß bei der Festlegung nicht nur von den bestehenden Erzeugnissen ausgegangen wird, sondern auch von der Standardisierung, Typisierung und Spezialisierung von Grundbaugruppen, aus denen in vielfältiger Kombination Aggregate zusammengestellt werden können (z. B. Basisteilsystem im Werkzeugmaschinenbau). Die

Möglichkeiten, Grundmaterialien und Komplettfertigungen für die UdSSR sofort oder nach entsprechender Konstruktionsänderung anzustellen, sind zu prüfen.

Es geht bei dieser großen Arbeit der Spezialisierung nicht nur - wie gesagt - um die Festlegung einzelner Erzeugnisse, sondern ganzer geschlossener Typenreihen, Typenreihengruppen, Teile ganzer Zweige, um nach den Prinzipien der Bauteilsystem- und Baugruppen in großen Serien wirtschaftlich zu produzieren.

- Innerhalb des Maschinenbaus bestehen erhebliche Disproportionen zwischen den Zweigen, die komplette Erzeugnisse ausliefern und denen, die Komplettierungsteile herstellen, und zwar vor allem auf folgenden Gebieten:

Elektronische Bauelemente, Hoch- und Niederspannungsschaltgeräte, Kabel, Meß-, Steuer- und Regeltechnik, Pumpen und Kompressoren, Normteilen und andere.

Um diese Disproportionen, die eine Ursache immer wieder entstehender hoher Überplanbestände sind, zu beseitigen, müssen spezifische Festlegungen über die Arbeitsteilung mit den anderen Wirtschaftszweigen getroffen werden.

- Mit der Spezialisierung muß die Spezialisierung der Produktion in allen Zweigen des Maschinenbaus und der Elektrotechnik konsequent vorangetrieben werden. Es müssen Festlegungen getroffen werden über die Erreichung der Spezialisierung der Produktion bestimmter Ausrüstungen, Typen und Varianten in der DDR, sowie der weiteren Verknüpfung der Produktion der Metallurgie, im Schiffbau, bei den Werkzeugmaschinen herkömmlicher Bauart, Kolbenkompressoren und Kolbenpumpen, bestimmte Ausführungen für die Baugruppe des Fahrzeugbaus usw.

- Dafür ist die Produktion solcher Erzeugnisse im Entwicklungsstadium, besonders zu steigern, die für die schnelle Erhöhung der Produktivität unserer Volkswirtschaft und für den Bedarf der Sowjetunion von entscheidender Bedeutung sind. Hierzu ist von dem Staatlichen Klein-Kommissionen Ausschuss mit dem Volkswirtschaftsrat und dem Forschungsrat in Abstimmung mit den zuständigen wissenschaftlichen Organen die Nomenklatur der Mechanisierung und Automatisierung zu beschleunigen zu überarbeiten und fertigzustellen.

- Schnelle Steigerung der Produktion von Maschinen und Ausrüstungen für die Mechanisierung des innerbetrieblichen Transports, Spezialisierung ganzer Betriebe auf die Herstellung von Kleinmechanisierungsmitteln.

- Ein weiterer bedeutender Schwerpunkt ist die Erhöhung der Produktion von bestimmten Ausrüstungen für die chemische Industrie (chemischer Apparatebau) sowohl für den eigenen Bedarf als auch für den Export in die Sowjetunion.

- Über die Entwicklungsrichtung von Teilen des Werkzeugmaschinenbaus, des Allgemeinen Maschinenbaus, der Elektrotechnik u. a. habe ich bereits detaillierte Ausführungen gemacht.

17

50X1-HUM

Das Hauptproblem unserer Wirtschaft ist und bleibt das Verhältnis zwischen Akkumulation und Konsumtion. Im Mittelpunkt der Arbeit und aller Überlegungen muß daher die Aufgabe stehen, durch Steigerung der Produktion allmählich eine Veränderung dieses Verhältnisses zugunsten der Akkumulation herbeizuführen.

**Durch gute genossenschaftliche Arbeit
zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion
und hoher Wirtschaftlichkeit der LPG**

[illegible][illegible]

Die Erhöhung der Markproduktion kann erreicht werden, wenn die fortschrittlichen LPG und die leitenden Organe der Partei, des Staates, der Nationalen Front die wirtschaftsschwachen LPG starker fördern und die dort vorhandenen Reserven mobilisiert werden.

Weshalb die Beuren den landwirtschaftlichen Produktionsmittelkategorien des Typ I, des Typ II oder des Typ III zugehören, kommt es darauf an, den Ertragsverhältnissen, die soziale und politische Situation und die wirtschaftliche Infrastruktur so zu entwickeln, daß der Produktionsprozeß auf wissenschaftlicher Grundlage organisiert wird, die fortgeschrittensten technischen Erhebungen und wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Anwendung kommen, jede falsche Behauptung ausgeräumt, der Boden rational genutzt und die Maschinen voll ausgenutzt werden. Die

wird gelingen, wenn alle Bauern Kenntnis erhalten von den fortgeschrittensten Erfahrungen der guten genossenschaftlichen Arbeit und wenn ihnen klar ist, daß der Weg der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften den gesetzmäßigen Entwicklungsbedingungen unserer Zeit entspricht.

Wir müssen uns klar sein, daß die Erfüllung dieser Aufgabe nur gelingen kann, wenn allen Genossenschaftsbauern bewußt wird, worin die Veränderung in der Arbeit und die Organisation der guten genossenschaftlichen Arbeit besteht.

Ich möchte sagen, wenn in dieser Frage sagen. Eine große Zahl Partei- und Fachorganisationen haben sich in Zusammenhang mit dem Eintritt aller in die Gemeinschaft die weitere Entwicklung betrachtet. Einmal etwas zu stark verengt ist die heute die Gesamtaufgaben der Gemeinschaften, und die Aufgaben der Gemeinschaften Aufgaben untersucht, die in Zusammenhang mit der Entwicklung der guten gemeinschaftlichen Arbeit vor zu sehen. Man muß einsehen, was sich durch die Zusammenarbeit der kleinen Flächen zu großen Flächen geändert hat. Wie ist unter dem neuen Bedingungen die Rechtschaffenheit der Gemeinschaft, und wie muß dementsprechend die ganze Politik der Gemeinschaften sein. Das heißt, es stehen ganz neue Probleme. Die Politik der Gemeinschaften ist nicht dieselbe wie auf den Gemeinschaftlichen, und die Frage der Erhaltung der Gemeinschaften steht nicht auf diesen großen Flächen etwas anders. Die Aufgabe der Gemeinschaften ist, die Gemeinschaftlichen Arbeit hat höhere fachliche Kenntnisse der Aufgaben der Feldverbirgen notwendig, aber auch eine qualitativ bessere Arbeit der Traktoren und eine bessere Wartung der Traktoren. Die Aufgabe der Gemeinschaften ist, die Traktoren mit den Feldverbirgen in den ersten Stadien der Entwicklung der Gemeinschaften zu haben. Die Aufgabe der Feldverbirgen ist, die Traktoren mit den Feldverbirgen in den ersten LPO und der zweiten LPO zur Verfügung gestellten Feldverbirgen, das heißt, die Traktoren mit den Feldverbirgen zu benutzen, um sie in einer guten Feldverbirgen zu benutzen, um sie in einer guten Feldverbirgen zu benutzen, um sie in einer guten Feldverbirgen zu benutzen. Das ist ein sehr wichtiger Punkt, und es erfordert sehr viel von den Mitgliedern der Gemeinschaften, sondern auch von den Traktoren viel höhere fachliche Kenntnisse, als sie vorher vorhanden waren.

Auf dem Gebiet der Viehwirtschaft steht die Aufgabe, in der genossenschaftlichen Viehhaltung wirt-

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/01/05 : CIA-RDP80T00246A029600100001-2

schlecht auszuweisen, wie die Futtermittelwirtschaft die Fänge der Tiere, die Leistungsbewertung, der Seuchenschutz und die züchterischen Aufgaben entsprechend den Bedingungen der genossenschaftlichen Großwirtschaft gelöst werden sollen.

Es ist doch ein Unterschied, ob eine Bäuerin fünf Schweine betreut hat oder ob jetzt eine Bäuerin als Brigadeführer tausend Schweine zu betreuen hat, das ist ein großer Unterschied. Das erfordert große Erfahrungen und Kenntnisse der modernen sozialistischen Wirtschaft. Aber das setzt voraus, daß die leitenden Kader in Partei- und Staatsapparat, die sich mit diesen landwirtschaftlichen Fragen beschäftigen, sich auch diese Kenntnisse aneignen müssen, was man gegenwärtig nur von einem Teil sagen kann.

Aber gerade dieses Neue in der Entwicklung der guten genossenschaftlichen Arbeit erfordert vom Vorstand der LPG, von ihrem Vorsitzenden, dem Agronomen und dem Tierzüchter höhere Kenntnisse und den Einsatz der erfahrensten Genossenschaftsbauern entsprechend ihren Spezialkenntnissen für die entsprechende Arbeit. Bei der Entwicklung der guten genossenschaftlichen Arbeit ist die materielle Interessiertheit an der genossenschaftlichen Wirtschaft besonders wichtig. In der privaten Wirtschaft war ein einfacher materieller Anreiz vorhanden. In der genossenschaftlichen Wirtschaft muß durch eine richtige Festsetzung der Arbeits-einheiten, von Prämien und durch Einhaltung der Skala die materielle Interessiertheit an der genossenschaftlichen Arbeit und an der Mehrung des genossenschaftlichen Eigentums gewährleistet werden. Das sind einige der Probleme der Entwicklung der guten genossenschaftlichen Arbeit.

Man kann sagen, daß der VII. Deutsche Bauernkongreß den Weg gezeigt hat für die Entfaltung der guten genossenschaftlichen Arbeit und des genossenschaftlichen Lebens.

Die auf diesem Kongreß der Landwirtschaft gestellten Aufgaben erfordern den vollen Einsatz aller Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern sowie hohe persönliche Anforderungen der gesamten Partei, des Staatsapparates, aller in der Nationalen Front vereinigten Kräfte und der Werktätigen aller Volkswirtschaftszweige. Große Aufmerksamkeit gebührt der stärkeren Mobilisierung der Bäuerinnen in den Kampf um gute genossenschaftliche Arbeit. Der Bauernkongreß appelliert an die Dorfjugend, ihre Kräfte bei der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes einzusetzen und rief die Arbeiterjugend auf, die Entwicklung der LPG, besonders in den nördlichen Bezirken, tatkräftig zu unterstützen.

Die Aufgabenstellung des Bauernkongresses muß im Zusammenhang mit der Auswertung des 15. Plenums des ZK und der Vorbereitung der Parteiwahlen in der gesamten Partei, im Staatsapparat und in den Leitungsgorganen aller Wirtschaftszweige, allen gesellschaftlichen Organisationen, den wissenschaftlichen Einrichtungen und in jeder LPG sorgfältig ausgewertet werden, um daraus für das eigene Arbeitsgebiet die notwendigen Maßnahmen festzulegen und unverzüglich ihre Durchführung zu organisieren.

Ich möchte hier nur auf einige Schwerpunkte eingehen, die sich jetzt, nach dem Bauernkongreß, für die gesamte Arbeit und für die politisch-organisatorische und organisatorische Tätigkeit der Partei ergeben. Unsere Hauptaufgabe in der Landwirtschaft muß jetzt darauf gerichtet sein, in jeder LPG die gute genossenschaftliche Arbeit aller Bäuerinnen und Bauern, der Jugend und aller im Dorf verfügbaren Kräfte mit der breitesten

Anwendung der fortschrittlichsten Erfahrungen in Wissenschaft und Technik zur Steigerung der Produktion und der Wirtschaftlichkeit zu verbinden. Dafür ist es unerlässlich, beharrliche, politisch-ideologische Arbeit und ökonomische und organisatorische Maßnahmen aufzulegen zu verbinden. Die Initiative der Genossenschaftsmitglieder ist mit sachlicher Überzeugungsarbeit, breitem Erfahrungsaustausch und konkreter wirtschaftlicher Hilfe zu fördern. In einigen zurückgebliebenen LPG ist es nötig, die Genossenschaftsmitglieder bei der Auseinandersetzung mit vereinzelt reaktionären Kräften zu unterstützen, die nach den Weisungen des Rias die genossenschaftliche Arbeit aufhalten wollen.

Es ist notwendig, auch in der Landwirtschaft das Wirken der objektiven ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus bewußt auszunutzen. Durch die entsprechenden staatlichen Organe ist deshalb auszuwirken, wie durch schrittweise Einschränkung der für die Landwirtschaft bisher vom Staat gestählten hohen unwirtschaftlichen Subventionen und durch entsprechende Erhöhung einiger Erzeugerpreise für die Marktprodukte die materielle Interessiertheit der Genossenschaftsmitglieder an der Steigerung der genossenschaftlichen Produktion erhöht wird.

Die Steigerung der Brutto- und Marktproduktion in der Viehwirtschaft ist jetzt vor allem durch die Festigung der Futterbasis zu fördern. Dazu müssen die Hektarerträge durch gute Arbeit der Feldbrigaden, insbesondere der Arbeitsgruppen Technik der LPG und der Traktorenbrigaden der MTS, erhöht werden. Es gibt eine Reihe LPG, die jetzt ihre Not mit den Futtermitteln haben, die aber im vorigen Herbst nicht alle Futtermittel gesammelt haben. Jetzt verlangen sie, daß die Regierung die Frage lösen soll, die sie hätten einfacher lösen können. Deshalb ist es notwendig, daß die staatlichen Organe, die Mitarbeiter der wissenschaftlichen Einrichtungen, die Arbeiter und Angestellten der Fabrikbetriebe und alle Kräfte der Nationalen Front ohne Verringerung der Aufmerksamkeit für die Belange der Viehwirtschaft die Verbesserung der Arbeit der Feldbesatzungen der LPG besonders unterstützen. Es muß jedes Stück Ackerboden bebaud werden. Die Ernte muß gesichert werden. Alle Maßnahmen zur besseren Düngung der Felder, der Saat- und Pflanzgutproduktion und zur Einführung ertragsreicher Anbauprodukte müssen unter Leitung der örtlichen Organe bereits jetzt mit Beginn der Frühjahrssaat in jeder LPG richtig in Angriff genommen werden. Verwirklichte Hilfe muß den wirtschaftsschwächeren LPG, besonders der nördlichen Bezirke, teils werden, indem die Delegationen erfahrener Landwirtschaftstechniker zur Verdickung der Leitung fortgesetzt und diesen LPG auch vorrangig materielle Unterstützung gegeben wird.

Um alle neuen Möglichkeiten der volkswirtschaftlichen Landwirtschaft zur Steigerung der Brutto- und Marktproduktion richtig auszunutzen, ist die Landwirtschaftsplanung zu verändern. Von den Delegierten des Bauernkongresses wurde es begrüßt, den Plan der Brutto- und Marktproduktion in den nächsten Jahren so umzustellen, daß er in jedem landwirtschaftlichen Betrieb die höchstmögliche Ausnutzung der natürlichen und ökonomischen Bedingungen, der Beschäftigten, der Arbeitskräfte und der Geräte und der Aufbau der materiellen Fonds ermöglicht. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt in allen LPG und VEG und die Bestimmung des Notbedarfs der Investitionen muß ebenfalls zum festen Bestandteil der Landwirtschaftsplanung werden.

Die Förderung der guten genossenschaftlichen Arbeit erfordert jetzt auch, die staatliche Leitung der Landwirtschaft entschieden zu verbessern. Durch Koordinierung der Leitungstätigkeit aller staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen sowie ihre klare Orientierung auf die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes und die Überleitung des Planes der Marktwirtschaft in stärkerem Maße unmittelbar bei der Organisation der genossenschaftlichen Produktion geholfen wird. Im Sinne der Konsolidierung der Volkswirtschaft zu einem einheitlichen Ganzen wurde den Vereinten der Wirtschaft als wesentliche Maßnahme vorgeschlagen, daß die staatlichen Kommissariate für Landwirtschaft der Kreise mit den entsprechenden Mitarbeitern der Kreise die einheitliche Leitung der Landwirtschaft übernehmen und daß diese in den Landwirtschaftsbezirken vom 1. Sekretär der Kreisleitung der SED und in den Industriebezirken vom Sekretär für Landwirtschaft geleitet werden. In der Leitungstätigkeit der Bezirkskommissariate sind auf besondere Weise entsprechende Verbindungen durchzuführen. Diese Maßnahmen ergreifen die Verantwortung der gesamten Partei für die Entwicklung der Landwirtschaft.

Die neuen Aufgaben in der Landwirtschaft erfordern auch höhere Anstrengungen in den anderen Volkswirtschaftszweigen, besonders im Maschinenbau, in der Chemie und im Bauwesen. Es ist notwendig, in den entsprechenden VII. Deutschen Bauernkongress auf Grund der Forderungen des VII. Deutschen Bauernkongresses die Stellung der Planaufgaben für die Landwirtschaft voll zu gewährleisten und besonders auf dem Gebiet des Landmaschinenbaus und des Bauwesens notwendige Investitionen in den Produktionsplan vorzunehmen.

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es hier notwendig ist, auf Grund der modernsten Erfahrungen des Ackerbaus solche Maschinensysteme zu entwickeln bzw. bestehende Maschinen so zu verbessern, daß wirklich den neuen genossenschaftlichen Aufgaben des Feldbaus entsprochen werden kann. Manche Genossen stellen sich die Sache zu einfach vor. Ich bitte dringend, daß sich die Genossen an die Direktive halten, die auf dem Bauernkongress festgelegt wurde, und daß niemand versucht, der Durchführung dieser Direktive auszuweichen. Wir werden für die genügende Kontrolle sorgen.

Die LPG des neuen Typ II und des Typ III sollen verstärkt Hilfe für Stallbauten, besonders für den Umbau und Ausbau vorhandener Gebäude, erhalten. Ich möchte hier erwähnen, daß es sein kann, daß in den Kreisen, wo im Laufe des Jahres, wahrscheinlich noch der Ernte, eine Anzahl LPG vom Typ I zum Typ II übergeht, besondere Anstrengungen und besondere Beschüsse der Bezirksräte für Stallbauten zu sorgen. Es kann also sein, daß man auf Kosten anderer Bauten, zum Beispiel Wohn- und Kulturbauten, die Stallbauten bevorzugen muß. Das erfordert die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung. Das sind Fragen, die wir nicht zentral entscheiden können, sondern das liegt in der Verantwortung der Bezirke. Sie müssen schon jetzt einschätzen, wie die Entwicklung in der Landwirtschaft in ihrem Bezirk vor sich gehen wird. Unter Leitung der örtlichen Organe sollen die Betriebe des Kraftverkehrs und der Reichsbahn sowie die Transportbetriebe anderer Betriebe und Wirtschaftsorgane stärker die Bewältigung der Transportaufgaben der Landwirtschaft unterstützen.

VII.

Die Entwicklung der Menschen

Zwei große Fragen stehen vor diesem 13. Plenum des XX. des nationalen Dokument über „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ und die Forderung des Volkswirtschaftsplanes 1962. Beide Fragen stellen eine Einheit dar, denn die Stärkung der ökonomischen Grundlagen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sieg des Sozialismus in der DDR, das ist eine der Grundbedingungen für die glückliche Zukunft des gesamten deutschen Volkes. In dem nationalen Dokument, im Volkswirtschaftsplan, in den beiden Reformen und im Bericht des Politbüros werden so viele interessante ideologische, ökonomische, staatliche und menschliche Probleme aufgeworfen, daß man wohl sagen kann, dass dieses Plenum eine große Aufgabe hat. Die Forderung des nationalen Dokument über die Entwicklung des menschlichen Lebens in der DDR und vornehmlich zur Beantwortung vieler wissenschaftlicher Probleme. Jedes einzelne der 1.800.000 Mitglieder unserer Partei möge den Zusammenhang dieser Aufgaben voll begreifen. Im Interview zur Vorbereitung der Parteivahlen habe ich darauf hingewiesen, wie durch eine kluge, beharrliche und leidenschaftliche politische Massenarbeit alle Bürger der DDR vom Inhalt und von der Richtigkeit der Politik unserer Partei überzeugt werden müssen, damit die schöpferische Kraft aller Kräfte des Volkes für den Frieden und den Sieg des Sozialismus voll zur Entfaltung kommt.

Das nationale Dokument zeigt Weg und Ziel. Der Volkswirtschaftsplan und die speziellen Direktiven auf

den Gebieten der wissenschaftlich-technischen, industriellen, landwirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung zeigen, wie die Aufgaben zu lösen sind.

Die Annahme des Dokumentes über „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ ist mit der Verpflichtung verbunden, eine große schöpferische Arbeit auf allen Gebieten der Ideologie zu entfalten: zum Beispiel über Weg und Ziel des Sozialismus; Sozialismus, Imperialismus und nationale Frage in Deutschland; friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit in Deutschland; die ökonomischen Gesetze des Sozialismus; die Entwicklung der Planung und Stärkung der materiell-technischen Basis; die Aufgaben auf dem Gebiet der Naturwissenschaften; die Entwicklung der sozialistischen Demokratie unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats im gegenwärtigen Zeitalter; die Fragen der menschlichen Beziehungen und der Moral in der sozialistischen Gesellschaft; die Lehren der Geschichte; die Probleme der sozialistischen Nationalkultur u. a.

Methodisch ist das Hauptproblem die Heranbildung der Menschheit von Theorie und Praxis. Alle wissenschaftlichen Aufgaben müssen nur dann dem Volke, wenn sie dem Aufbau des Sozialismus und dem künftigen sozialistischen Deutschland dienen.

Es ist die Aufgabe der Gesellschaftswissenschaften, die wissenschaftlichen Grundlagen der Leitung der Ent-

50X1-HUM

50X1-HUM

wicklung der Gesellschaften zur Gegenwart und die Zukunft zu erarbeiten. Viele Gesellschaftswissenschaftler haben sich angewöhnt, die Entwicklung zu beschreiben, statt die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung zu erforschen und damit ihren Beitrag zu leisten zur bewußten Lenkung der gesellschaftlichen Entwicklung. Das ist nicht nur wichtig für die Leitung der Partei, des Staates und der gesellschaftlichen Organisationen, sondern ist eine Grundbedingung für die Entfaltung aller schöpferischen Kräfte des Volkes. Nicht nur in den Beschlüssen der Partei und des Staates, sondern in den Arbeitsprogrammen und Erklärungen der Brigaden der sozialistischen Arbeit, in den Beschlüssen der Abteilungen und Belegschaften im Produktionsaufbau sind doch wichtige theoretische Erkenntnisse der gesellschaftlichen Entwicklung mit den praktischen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus verbunden. Diese Erklärungen und Verpflichtungen zeigen doch den großen Fortschritt im gesellschaftlichen Bewußtsein der Werktätigen.

Das Arbeitsprogramm zum Beispiel, das jetzt vom Aktiv des VPL der DDR „Produktions- und Wirtschaftsaufbau“ ist, ist ein wissenschaftliches Dokument. Es ist ein Dokument, das weit ist, in der Akademie der Wissenschaften behandelt zu werden, und das man in allen leitenden Organen, Vertretungen und gesellschaftlichen Einrichtungen durchsetzen muß. Gerade diese Dokumente — es gibt ja nicht nur dieses eine — zeigen, wie sich im Kampf um den Aufbau des Sozialismus das Bewußtsein der Werktätigen entwickelt. Leider beschäftigen sich manche unserer Philosophen noch heute mit diesen Problemen, die gesellschaftlichen Lebens, der Entwicklung des Menschen, unserer Menschen und der Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit in der DDR, als schlichten Aufgaben des Sozialismus — der Deutschen Demokratischen Republik. Oder nehmen wir ein anderes Beispiel, das Kommuniqué des Politbüros „Die Frau — der Frieden und der Sozialismus“. In diesem Dokument geht es doch nicht nur um die Gleichberechtigung der Frau, sondern das ist ein Dokument, in dem die Anregungen gegeben werden für die Gestaltung der neuen Beziehungen der Menschen, die Entwicklung in der Familie, die neuen Beziehungen der Geschlechter usw. Das heißt, grundlegende Fragen der sozialistischen Moral sind mit der Durchführung dieses Dokuments verbunden.

Es ist eben notwendig, gerade gegenwärtig im Zusammenhang mit der Durchführung unserer Parteipolitik, daß sich jeder Partei- und Staatsfunktionär verpflichtet fühlt, das Neue in der Ideologie des Menschen zu erkennen und bewußt ihre Verantwortung für ihre Familie, für den Arbeiter- und Bauern-Staat, für die internationale Bewegung, für den Frieden und den Sozialismus zu erkennen.

Mit dem Produktionsaufbau haben die Werktätigen der DDR in der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins einen großen Schritt vorwärts getan.

Es gibt jedoch auch Bürger unserer Republik, denen es große Mühe macht, nach dem 13. August die Lage in Deutschland real einzuschätzen, die Fragen bis zu Ende zu denken und in gewissem Sinne die Bilanz auch ihres eigenen Lebens zu ziehen. Sie halten sich manches ausgedacht, was mit den Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung eben nicht übereinstimmt. Zum Beispiel haben manche geglaubt, man könne die deutsche Frage lösen, indem sozialistische Demokratie und Humanismus in der DDR mit der hohen industriellen Kapazität in Westdeutschland irgendwo am grünen Tisch verbunden werden. Aber sie haben nicht berücksichtigt, daß die Bonner Ultras und die Bonner Militaristen und

Imperialisten dazwischen stehen, daß, bevor man zu einer solchen Lösung kommt, der deutsche Militarismus und Imperialismus in Westdeutschland gebändigt werden muß. Inzwischen haben die Ereignisse sie gelehrt, daß die Verbindung zwar kommen wird, aber als Ergebnis eines langwierigen komplizierten Kampfes, indem durch den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und die Überwindung der Herrschaft der Ultras und des Imperialismus in Westdeutschland die Voraussetzungen für die Wiedervereinigung geschaffen worden sind. Jeder Angehörige der Intelligenz möge sich darüber klar werden, daß die Gespräche mit Freunden und Bekannten in Westdeutschland jetzt mit einem klaren Inhalt geführt werden als das früher der Fall war. Die Alternative der Politik der Adenauer-Regierung, das ist die friedliche Koexistenz und Konfrontation. Von diesen Ideen ist auch das Aides-Mémorandum der Sowjetregierung erfüllt, in dem die Lehren aus den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland gezogen werden und wie auf Grund des Prinzips der friedlichen Koexistenz gute Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten herbeigeführt werden können.

Die Erfüllung der großen Aufgaben erfordert die Verbesserung der Leitungstätigkeit. Jeder Leiter muß bemüht sein, sich höhere Kenntnisse anzueignen.

Die Stärke der Deutschen Demokratischen Republik ist die hohe Qualität der Arbeit der Arbeiter, die schöpferische exakte Arbeit des Wissenschaftlers und Forschers, die fleißige, von großen Erfahrungen und neuem wissenschaftlichen Erkenntnis geleitete Arbeit der Genossenschaftsbauern und die Gesamtschöpfkraft von Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Ingenieuren und Wissenschaftler. Diese schöpferischen Kräfte können nur dann zur vollen Entfaltung kommen, wenn die Leiter und die Leitungen selbst Qualitätsarbeit leisten. Kürzlich sagte ein Mitglied des Staatsrates: „Auch die Verantwortung des Leiters ist meßbar.“ Das ist richtig. Sie ist meßbar in der Erfüllung und Übererfüllung der Planaufgaben und durch die Kontrolle des Volkes. Die Kunst des Leiters besteht in der kollektiven Arbeit, in der Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, und in der bewußten Anwendung der Ordnung der sozialistischen Demokratie. Zum Beispiel zeigt sich das in der Arbeit eines Vorsitzenden des Kreisrates mit der Ständigen Kommission für Landwirtschaft und in seinem Bemühen, den LPG zu helfen, im Rahmen des Statuts eine gute genossenschaftliche Arbeit zu entwickeln. Das heißt, er arbeitet nicht nur mit den Mitarbeitern, die in seinem Apparat angestellt sind, sondern er arbeitet in der Ständigen Kommission, und grundsätzliche Fragen stellt er vor dem gewählten Organ, dem Kreistag. Dann geht die Sache besser.

Wir können sagen, daß nicht nur im Zentralkomitee und im Politbüro sich eine einheitliche kollektive Leitung entwickelt hat, sondern auch im Stabsrat und im Ministerrat. Wenn dessen ungeachtet die Vertreter der Diktatur des Monopolkapitals in Westdeutschland vom „Ulbricht-Regime“ sprechen, so deshalb, weil sie Furcht haben vor der Wahrheit über das erste deutsche Arbeiter- und Bauern-Staat und die Entwicklung der sozialistischen Demokratie. Die Vorbereitung und Durchführung des Bauerkongresses, die Vorbereitung des Volkswirtschaftsplanes und die Aussprache über das nationale Dokument zeigen doch, wie sich bei uns die sozialistische Demokratie entwickelt.

Aber diese sozialistische Demokratie kann sich nur entwickeln auf der Grundlage der Anwendung der Leninischen Normen in der Arbeit unserer Partei, der

50X1-HUM

50X1-HUM

Durchführung
 der Partei und der Arbeiterklasse. Wenn also die Genossen den Kampf gegen die Partei- und Staatsführung der Deutschen Demokratischen Republik gegenwärtig besonders aktiv führen, so ist das nicht anders als der Ausdruck der Entwicklung des Klassenkampfes und ist in gewissem Sinne ein Ausdruck ihrer Schwäche gegenüber der Friedenspolitik des ersten deutschen Friedensministers.

Man kann sagen, daß sich die deutsche Arbeiterklasse in jahrzehntelangen Kampf ihre Partei, die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse, geschnitten hat und auch die Führung entwickelt. Heute kann man sagen, daß die Partei die Entwicklung und die Staatsführung der DDR, die staatlichen Führungen sind, die es bisher in Deutschland gegeben hat und die sich auf sehr niedrige Werte durch Ungen-Katze ergaben.

Es ist selbstverständlich, daß die alten Methoden, die wir bei Stalin abhingen, waren, daß viele Funktionen, besonders die Produktions- und Gemeindefunktionen, von Zirkeln, Komitees und Ausschüssen übernommen sind. Die schärfste Arbeit hat sich entwickelt. Es ist selbstverständlich, daß das erste Gebot für einen Parteifunktionär die Durchführung der Beschlüsse des Parteitag, des Zentralkomitees, der Beschlüsse der Partei ist.

Wenn aus Boden des ersten Sekretärs öfter zitiert wird, so möchte ich ausdrücklich sagen, daß die Reden aller Mitglieder der Parteiführung in der Regel vom Kollektiv bestätigt werden. Das heißt, sie sind das Ergebnis persönlicher und kollektiver Arbeit. Warum auch im Zusammenhang mit den Parteiwahlen des Westkreises in den Betrieben ganz offen sagen, worin die Rolle der Partei besteht, was die Rolle der Parteiführung und der Staatsführung ist und warum die Arbeiterklasse und das Volk eine Erfahrung, in jahrzehntelangen Kämpfen erprobte Führung brauchen, die sich von der Lehre des Marxismus-Leninismus leiten lassen.

Wir als ständige Funktionäre sehen die Beschlüsse des Parteitag, des Zentralkomitees und der Volksgenossen durch. Wir stehen im wahren Sinne des

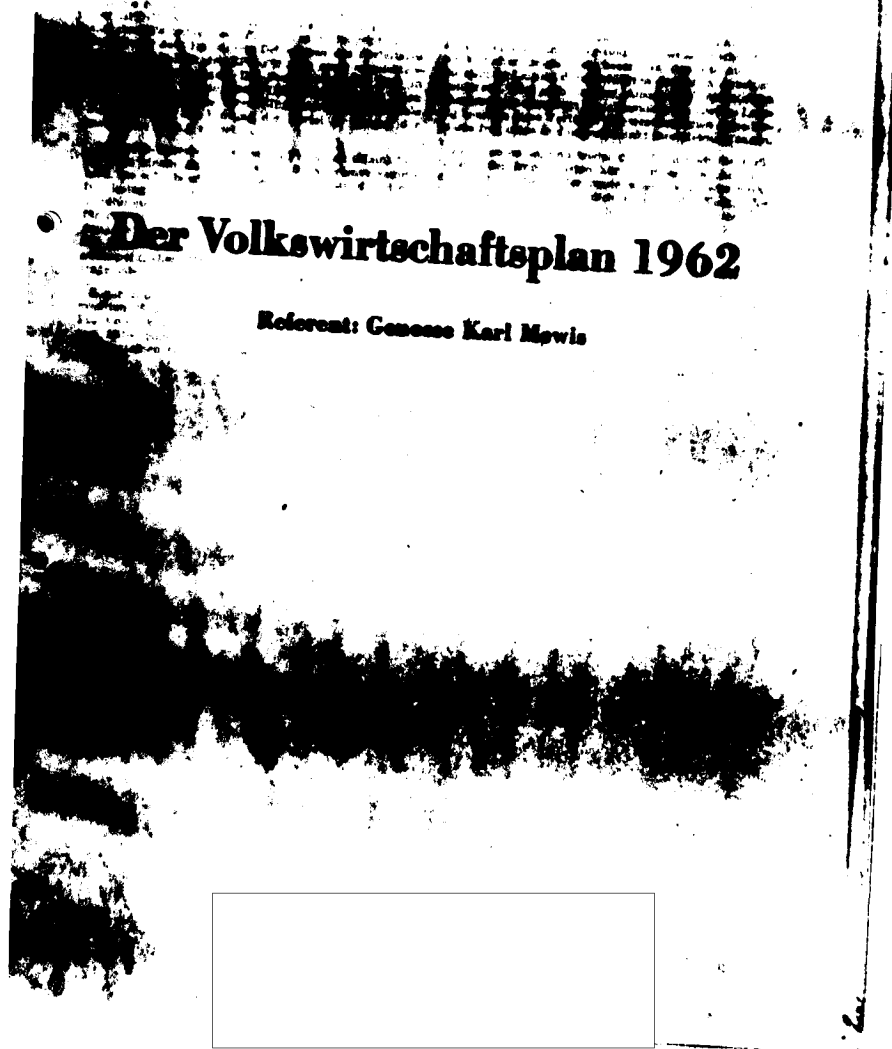
Wortes des Interesses des Volkes. Es ist einer der bedeutendsten Erfolge unserer Partei und der Mitglieder des führenden Kollektiva, daß es gelungen ist, 1949 und auch der Vorgänger der DDR, die Arbeiterklasse des neuen Kollektiva marxistisch-leninistische Führung herauszubilden und diese Führung zu festigen. Die gleiche Aufgabe ist den Funktionären des Staatsapparates gestellt, wobei an dieser Kollektivität der Führung in den verschiedenen Stufen des Staatsapparates noch weiter gearbeitet werden muß.

Ich spreche zu diesen Fragen auch deshalb, weil im Zusammenhang mit den Parteiwahlen selbstverständlich die Parteiorganisationen und die Kreis- und Bezirksdelegiertenkonferenzen die Möglichkeit haben, Vorschläge zu machen zur Verbesserung der Arbeit der leitenden Partei- und Staatsorgane und auch Kritik zu üben. Denn die Regel ist ja die, daß auf den Bezirkskonferenzen an den Kreisleitungen und auf den Kreis- und Bezirksdelegiertenkonferenzen allgemeine Selbstverständlichkeit ist es notwendig, daß auf den Problemen der Arbeit der Partei und — wenn die Genossen das für notwendig halten — auch Fragen der Arbeit der Partei- und Staatsführung und ihrer Verbesserung erörtert werden. Das entspricht dem Parteistatut und unserer inneren Parteiordnung. Es ist auch darüber zu sprechen, wenn das Verhalten einzelner Genossen im Widerspruch zu den Bestimmungen des Statuts der Partei steht.

Die in der Statutenänderung vom Oktober 1960 festgelegten Grundregeln für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie, die in dem Beschluß des Politbüros festgelegten Richtlinien über die Durchführung der Parteiwahlen und die Hinweise in dem Interview zu den Parteiwahlen sind die kollektive Meinung der Parteiführung und sollten auch weiterhin Anregungen geben für die selbstkritische Beurteilung der Arbeit im Interesse einer noch besseren Durchführung der Beschlüsse der Partei.

Ich glaube, damit habe ich einige Grundfragen der weiteren Entwicklung in der DDR beantwortet und die Fragen behandelt, deren Lösung für den Sieg des Sozialismus notwendig ist.

50X1-HUM



50X1-HUM

Gesaminnen und Genossen! Im Jahre 1961 wurden in der Deutschen Demokratischen Republik komplizierte Aufgaben mit Erfolg gelöst. Obwohl noch bis zum 1. August die Blockade für die aggressiven imperialistischen Kreise Westdeutschlands bestand, unter Ausnutzung der offenen Staatsgrenze und durch ökonomische Maßnahmen unsere Entwicklung zu stören, sind bedeutende Fortschritte auf allen Gebieten der Wirtschaft erzielt worden.

Unsere Industrieproduktion ist 1961 im Vergleich zu 1960 um 4,4 Milliarden DM gewachsen. Das ist ein Anstieg um 1,1 Prozent. Die Produktion von Rohstoffen der II. Verarbeitungsstufe um 48.000 Tonnen und der Eisenindustrie um 73.000 Tonnen. Die Bauproduktion betrug um 120 Millionen DM ansteigend werden. Das staatliche Einkommen in der Landwirtschaft erhöhte sich bei Milch um 1.000 Tonnen und bei Getreide um 51.000 Tonnen. Durch das Transportwesen wurden 30 Millionen Tonnen Güter mehr befördert.

Die Arbeitsproduktivität in der Wirtschaft der letzten Monate des Jahres 1961 - vorwiegend im Ergebnis des Produktionsaufgebotes - einen besonders raschen Aufschwung genommen hat. Steig in der Volkswirtschaft der industriellen Industrie um 7,2 Prozent - in der Volkswirtschaft der gesamten Volkswirtschaft um 4 Prozent. Auf der Grundlage der Steigerung der Industrieproduktion und der Entwicklung von Produktion und Leistung in den anderen Bereichen der Volkswirtschaft ist das zu einem Anstieg des Volkseinkommens um 2,5 Milliarden DM - 1,5 Prozent gekommen. Der weitaus größte Teil dieses Erwachens an materiellen Gütern wurde allerdings durch die Erhöhung des Warenumsatzes um rund 9 Prozent beim Verkauf von Waren an die Bevölkerung in Anspruch genommen.

Babel ist zu berücksichtigen, daß die Erfolge zwar nach dem 13. August im Zusammenhang mit dem Produktionsaufgebot größer sind als im 1. Halbjahr 1961, aber nicht im 1. Halbjahr 1961 wurde unter außerordentlichen Schwierigkeiten bereits mehr erreicht, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bekanntlich begann das Jahr 1961 mit einigen Besonderheiten: Der Gegenstand schon vor der Jahreswende seine große Bedeutung ein. Das Handelsabkommen wurde geschlossen, ein gezieltes Einbargo durchgeführt. Es wurde versucht, die ganze NATO gegen uns zu mobilisieren. Es entstanden Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung der Industrie, Schwierigkeiten in der Kooperation der Lieferungen. Trotzdem stieg die Produktion.

Es ist notwendig, auf diesem Plenum festzustellen, welche außerordentlich großen Leistungen unter den besonderen Bedingungen des vergangenen Jahres von den Angehörigen der Intelligenz, den Arbeitern, Bauern und Angestellten der Deutschen Demokratischen Republik vollbracht wurden.

Der Zuwachs an industrieller Produktion, der trotz Abwertung Zehntausender von Arbeitskräften und fortgesetzter Störungen in der Produktion erzielt wurde, beweist die innere Festigkeit und Geschlossenheit unseres Wirtschaftssystems, dessen Stärke darin besteht, daß Millionen Bürger unserer Republik aktiv an der Erhöhung der Produktion teilnehmen, in dem Bewußtsein, daß sie damit dem Frieden, dem Sozialismus und der Zukunft unserer Nation dienen. Es ist bewiesen, daß wir durch den Aufbau des Sozialismus und das erreichte Entwicklungsniveau unserer Wirtschaft stabile Voraussetzungen eines stetigen Wachstums der Produktion geschaffen haben. Auf einem Gebiet der Produktion wurde jedoch im Jahre 1961 der Plan nicht erfüllt. Die Industrie vor allem der Maschinenbau, hat den Plan der Warenproduktion trotz der Steigerung gegenüber dem Vorjahr mit 870 Millionen DM nicht erfüllt. In der Landwirtschaft wurden die geplanten Erträge wichtiger Kulturen nicht erreicht. Die Nichterfüllung des geplanten Marktaufkommens zwingt uns dazu, im 1. Halbjahr des Jahres 1962 zusätzlich Lebensmittel zu importieren, und daher höhere Kosten für Lebensmittel zu erwarten, die entsprechend auf die Ausgaben und für die Versorgung unserer Bevölkerung zu veranschlagen werden.

Von nicht geringer Bedeutung für die weitere Entwicklung unserer Volkswirtschaft ist auch die Tatsache, daß es erste Rückstände in der Erfüllung des Investitionsspektrums gibt.

Dies alles erschwert in gewissem Maße die Lösung der Hauptaufgaben im Jahre 1962.

Welche Hauptziele werden im Plan 1962 gestellt?

Die Industrieproduktion soll 1962 ein Volumen von 80,1 Milliarden DM erreichen und damit im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 Milliarden DM - 5,5 Prozent steigen.

Da in den vergangenen Jahren begonnenen Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Grundstoffindustrie erfordern, daß auch im Jahre 1962 rund ein Drittel unserer gesamten Investitionskraft auf Kohle, Eisen, Stahl und Nitratsäure, Chemie und Geologie konzentriert wird. Dabei liegen die Chemieinvestitionen um rund 2,5 Prozent höher als im Jahre 1961. Wir werden in diesem Jahr 6,5 Milliarden Tonnen mehr Rohbraunkohle fördern, 3,2 Milliarden kWh mehr Strom als 1961 werden zur Verfügung gestellt, wofür neue Kapazitäten in Höhe von 550 MW fertiggestellt werden müssen.

Die Produktion von Walzstahl in Enropa-Sortimenten wird erhöht. Unsere Walzwerke sollen 34.000 Tonnen mehr Stahl in der II. Verarbeitungsstufe bereitstellen, 17.000 Tonnen feiner Stabstahl, 4.000 Tonnen warm-

50X1-HUM

gewaltige Bänder aus denen Ziehbleche kommen
mehr aus unserer eigenen Produktion

Die Produktion der chemischen Industrie steigt um
rund 8 Prozent, 26 Prozent mehr Plaste und 24 Prozent
mehr Chemiefasern als 1961 werden hergestellt

Während sich die metallverarbeitende Industrie im
Jahre 1961 nicht wesentlich schneller als die gesamte
industrielle Produktion entwickelte, soll ihr Tempo 1962
wieder um etwa ein Drittel über dem der gesamten
Industrie liegen und 8,2 Prozent erreichen. In einigen
Zweigen kann durch Umstellungen und Mangel an Eng-
passmaterialien keine wesentliche Steigerung erreicht
werden. In anderen Zweigen, vor allem in der Klein-
maschinen- und im Werkzeugmaschinenbau, müssen Zu-
wachsleistungen von 12 bis 18 Prozent und mehr erzielt
werden. Der Maschinenbau hat einen bedeutenden Teil
der früher aus Westdeutschland bezogenen Ersatzteil-
Lieferungen usw. in das Produktionsprogramm auf-
genommen. Dadurch wird das Produktionsassortiment
nicht verringert, sondern sogar teilweise erhöht.

Die Produktion der Leichtindustrie, deren Haupt-
zweige Textil, Holz, Papier und Polystyrol in hohem
Maße von Importen an Textilrohstoffen, Holz und Zell-
ulose abhängig sind, soll sich auf 108,5 Prozent ent-
wickeln. Das Hauptproblem in diesen Zweigen besteht
in den begrenzten Möglichkeiten für den Rohstoffimport
besonders an Wolle, Baumwolle, Holz und Zellulose so-
wie in der Überalterung der vorhandenen Grundfonds,
die auch 1962 nicht rekonstruiert oder modernisiert
werden können.

Die Erfüllung dieses im Plan vorgesehenen Produk-
tionswachstums der Industrie ruht nach Umfang und
Inhalt schwer und verlangt große Leistungen.

Der Erreichung der geplanten Produktionsziele ist es
entscheidend, die Arbeitsproduktivität in der volkei-
genen Industrie im Jahre 1962 um 6,1 Prozent zu er-
höhen, das heißt, die Arbeitsproduktivität muß schneller
als das Entwicklungstempo der Industrieproduktion
wachsen. Diese Entwicklung muß durch die
bessere Anwendung der Erkenntnisse von Wissenschaft
und Technik in der Produktion und durch die sozia-
listische Rationalisierung erreicht werden.

Eine wichtige Aufgabe für die Erreichung der Plan-
ziele ist die Verringerung der Selbstkosten. In der
sozialistischen Industrie sollen die
Selbstkosten um 2,2 Prozent und in der volkseigenen
Landwirtschaftlichen Industrie um 2,3 Prozent gesenkt
werden.

In der landwirtschaftlichen Produktion soll das staat-
liche Aufkommen bei Getreide auf 1976 tausend Ton-
nen ansteigen und bei Schafwolle 1666 tausend Ton-
nen betragen. 4666 tausend Tonnen Milch sind als
Marktproduktion durch die Landwirtschaft bereitzu-
stellen.

Der Außenhandelsumsatz der Deutschen Demokrati-
schen Republik soll 1962 19,4 Milliarden DM-Valuta er-
reichen; das sind 6,1 Prozent mehr als 1961.

Der Sicherung der im Jahre 1962 vorgesehenen Ent-
wicklung der industriellen und landwirtschaftlichen
Produktion, des Außenhandels und der Versorgung der
Bevölkerung sind die Transportleistungen zu erhöhen.
So soll der Gütertransport der Deutschen Reichsbahn
um 4,5 Prozent und der Gütertransport der Seeschif-
fahrt um 8,4 Prozent steigen.

Bei Erreichung aller Ziele in der materiellen Produk-
tion wird sich das gesellschaftliche Gesamtprodukt auf
148 Milliarden DM entwickeln.

Wie verteilen sich nun diese 148 Milliarden DM?

Der Materialverbrauch für die materielle Produktion
beträgt etwa 68 Milliarden DM. Wir wollen in
der Volkswirtschaft 16,5 Milliarden DM investieren.
Das sind 7,4 Prozent mehr als im Jahre 1961. Dazu
wird der Bauindustrie die Aufgabe gestellt, ihre Pro-
duktion um 5,4 Prozent und die Arbeitsproduktivität
um 7,7 Prozent zu steigern.

Für die Versorgung der Bevölkerung wird ein Waren-
fonds in Höhe von 48 Milliarden DM zur Verfügung
stehen. Das ist eine Erhöhung gegenüber 1961 um
8 Milliarden DM. Der Verbrauch an Strom, Gas, Was-
ser, von Handwerks-, Post- und Verkehrsleistungen
sowie der unmittelbare Naturalverbrauch der Land-
bevölkerung wird etwas mehr als 7 Milliarden DM be-
tragen und steigt gegenüber 1961 um 0,5 Prozent.

Darüber hinaus stehen für etwa 7,5 Milliarden DM
Rohstoffe, Ausrüstungen und Fertigwaren für die
Zwecke der gesellschaftlichen Konsumtion sowie für die
notwendige Erhöhung der Materialbestände und Reser-
ven in der Volkswirtschaft zur Verfügung.

Für die Zwecke der nationalen Verteidigung werden
an ~~Investitionen und Konsumtion~~ ~~Investitionen~~ ~~Konsumtion~~
3,744 Milliarden DM zugewiesen.

Auf dem V. Parteitag waren die Aufgaben für einen
langeren Lebensabschnitt unserer Entwicklung unange-
hört worden und im Beschluß wurde der Weg zum Sieg
des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen
Republik festgelegt. Das 14. Plenum des Zentralkomi-
tees, das im Anschluß an den historischen XXII. Partei-
tag der KPdSU stattfand, erhielt durch die prinzipi-
ellen Darlegungen im Bericht unseres Genossen
Walter Ulbricht über die Entwicklung der Deutschen
Demokratischen Republik und ganz Deutschlands, durch
die Neubestimmung grundsätzlicher Aufgaben ausge-
hend von der gegenwärtigen Lage sowie durch den Inhalt
und das Niveau des Plenums den Charakter einer ~~Partei-~~
~~Konferenz~~.

Die neu entstandene Lage erfordert notwendige Plan-
änderungen. Hier auf dem 15. Plenum ist die zentrale
Aufgabe gestellt:

Alles für die Stärkung der ökonomischen Grundlagen
der Deutschen Demokratischen Republik, damit sie ihre
geschichtliche Aufgabe im Kampf um die Sicherung
des Friedens für den Sieg des Sozialismus in der DDR
und für die Zukunft ganz Deutschlands erfüllen kann!

Der Plan 1962 ist ein Plan der Konzentration aller
Kräfte auf die Stärkung der ökonomischen Grundlagen
der DDR. Wir haben in der Entwicklung unserer Volkswirtschaft
einen beachtlichen Stand erreicht. Jetzt sind
wir in der Lage, die ökonomischen Gesetze des Sozialis-
mus besser zur Wirkung zu bringen, gründlicher die
Möglichkeiten unserer sozialistischen Planwirtschaft
auszunutzen, um die materielle Produktion, die Basis
unseres Lebens, solide zu festigen und zu vergrößern.

Mit dem Volkswirtschaftsplan 1962 werden die not-
wendigen qualitativen Veränderungen in unserer Wirt-
schaft festgesetzt, von denen Genosse Walter Ulbricht
in den „Grundfragen“ bereits gesprochen hat. Sie tun
in den folgenden Jahren in die Lage versetzen werden,
wesentlich größere Leistungen zu vollbringen.

50X1-HUM

Die Statistik verpflichtet uns dazu, unsere Kräfte rasch auszubauen und im Jahre 1963 den neuen Bedingungen Rechnung zu tragen. Die neuen Bedingungen für die weitere ökonomische Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik sind vor allem:

Erstens. In der Landwirtschaft existieren jetzt sozialistische Produktionsverhältnisse.

Zweitens. Die Wirtschaftsgemeinschaft mit der UdSSR erleichtert und beschleunigt das gleichzeitige Wachstum der Produktion wichtiger Konsumgüter unserer Pläne werden Bestandteil des Plans der UdSSR sein. Unser Kampf in die UdSSR wird ein bedeutender Teil unserer Machtmittel.

Drittens. Die Modernisierung der Staatsgrenze schuf größere Klarheit über das Kräfteverhältnis und die Perspektive des Sozialismus. Die Einführung imperialistischer Kräfte auf unsere Wirtschaft wurde weitgehend eingestoppt.

Viertens. Die Hemmnisse für die volle Wirksamkeit der ökonomischen Gesetze des Sozialismus können jetzt Schritt für Schritt beseitigt werden.

Schließlich konnten wir in der Zeit der offenen Staatsgrenze in Berlin nicht alle Aufgaben so lösen, wie dies den Notwendigkeiten des sozialistischen Aufbaus und der Entwicklung unserer Volkswirtschaft entspricht. Durch äußere Auswirkungen haben wir große materielle Verluste erlitten, die Produktionsziele wurden nicht auf allen Gebieten erreicht, aber die Geldströme und der Verbrauch der Bevölkerung stiegen aber auch weiter an. Das lag auf Kosten der Substanz. Die Verluste hätten nur durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Produktion selbst ausgeglichen werden können. Wir haben damit begonnen, diese Aufgabe zu lösen, aber jeder wird verstehen, daß man die Verluste von Jahren nicht in wenigen Monaten ausgleichen kann. Es war noch nicht möglich, die Übereinstimmung zwischen Produktion und Konsumtion herzustellen.

Uns allen ist bekannt, daß letzten Endes die höhere Produktion und damit auch der höhere Lebensstandard durch die weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität ermöglicht wird. Das ist bei uns um so dringender, da sich im Jahre 1963 die Zahl der berufstätigen Bürger unserer Republik weiter verringern wird, weil ein Teil der Arbeitskräfte wegen Überalterung aus der Produktion ausscheidet und andererseits die geburtsarmen Jahrgänge des zweiten Weltkrieges den Abgang der alten Jahrgänge nicht ausgleichen. Im Jahre 1963 geht die Zahl der Berufstätigen um rund 80 000 zurück. Wir sehen also vor der Aufgabe, mit weniger Beschäftigten mehr zu produzieren und gleichzeitig mehr Menschen zu beschäftigen. Das kann nur durch höhere Arbeitsproduktivität erreicht werden. Es gibt nur einen Weg zur schrittweisen Steigerung der Arbeitsproduktivität in einem sozialistischen Land, der bereits im Oktober auf dem 16. Plenum im Mittelpunkt stand. Das ist die weitgehende Anwendung der Ergebnisse von Wissenschaft und Technik in der Produktion, die Modernisierung der Produktionsprozesse, die zweckmäßige Organisation. Für den Zeitpunkt von 1963 bis 1965 werden jetzt die Hauptkennziffern ausgearbeitet.

Es geht bei Steigerung und Ausbau unserer sozialen Errungenschaften und schrittweiser Verbesserung des Lebensstandards die Hauptkräfte und Mittel darauf zu konzentrieren, die Produktionsmittel und -anlagen zu modernisieren.

Wenn wir einen so großen Teil des Volkseinkommens für gesellschaftliche Einrichtungen verwenden, aufwenden und investieren, anstatt mehr Mittel zur Erweiterung der Produktion zu investieren, dann wird unsere ökonomische Entwicklung weiter gehemmt. Wir brauchen dann einen längeren Zeitraum, um die Betriebe zu modernisieren und dadurch die Voraussetzungen für einen wachsenden Lebensstandard zu schaffen.

Wenn wir uns auf einigen Gebieten Zurückhaltung einlegen, dann können wir schon 1963 mehr Mittel im Maschinenbau investieren, besser Produktionswege, der letzten Endes das Tempo der Entwicklung der Volkswirtschaft maßgeblich beeinflusst.

Es geht darum, beginnend im Jahre 1963 und verstärkt 1964 und 1965 mehr Werkzeugmaschinen und solche Geräte zu produzieren, die sofort in unserer eigenen Wirtschaft und im Export zur Verbesserung der Produktionsgrundlagen führen. Bis Werkzeugmaschinen im Werte von 1 Million DM können im Laufe eines einzigen Jahres Maschinen und Ausrüstungen im Werte von 1,2 bis 1,4 Millionen DM produziert werden. Mit solchen Maschinen können wir auf dem Weltmarkt bestehen und die Einfuhr von Rohstoffen, Ausrüstungen, aber auch von Kaffee, Kakao, Süßfrüchten usw. sichern.

Die wichtigste Aufgabe des Maschinenbaus in den kommenden Jahren besteht also darin, durch die Herstellung hochproduktiver Ausrüstungen für die Volkswirtschaft, vor allem von Mitteln für die Mechanisierung und Automatisierung, die Entwicklung der materiell-technischen Basis der Volkswirtschaft in hohem Tempo zu ermöglichen und eine rasche Entwicklung der Arbeitsproduktivität zu gewährleisten.

Es müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, bis zum Jahre 1965 eine wesentliche Erhöhung der Produktivität in der Industrie zu erreichen. Dazu ist anzustreben, den Mechanisierungsgrad und den Automatisierungsgrad der Industrie wesentlich zu erhöhen. Gleichzeitig sind vom Maschinenbau die Maßnahmen zur Einschränkung des Brennstoffverbrauchs und zum Strukturwandel in der Energiewirtschaft, d. h. zum stärkeren Einsatz von Erdöl und Erdgas maximal zu unterstützen und der Ausbau der metallurgischen Basis, insbesondere der II. und der höheren Verarbeitungslufen, und der chemischen Industrie, insbesondere der Petrochemie, der Kali- und Gummiindustrie, zu sichern.

Die Entwicklung des Maschinenbaus muß dabei unter maximaler Berücksichtigung der weiteren Vertiefung der engen Wirtschaftsgemeinschaft mit der UdSSR, d. h. unter weitgehender Befriedigung des Bedarfs der UdSSR auf das Niveau einer umfassenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Kooperation, und unter Berücksichtigung der Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern vor sich gehen. Die Lösung dieser Aufgaben ist vor allem die Erneuerung der Grundfonds der dafür ausschlaggebenden Zweige des Maschinenbaus von entscheidender Bedeutung. Hierbei handelt es sich vor allem um folgende Zweige der metallverarbeitenden Industrie: Werkzeugmaschinenbau, Betriebe, Maß-, Steuer- und Meßtechnik, elektronische Bauelemente, Transport- und Hebezeug, Pumpen und Verdichter, Hoch- und Niederdruckumschaltgeräte, Kabel, bestimmte Teile des Chemie-maschinenbaus und des Klima- und Kälteanlagenbaus sowie um die Armaturen- und Normteilindustrie.

Der Plan 1963 muß auf die Lösung der Aufgaben, die 1963 bis 1965 stehen, orientieren. Das ist eine sehr

komplizierte Aufgabe: denn es werden auch im Jahre 1962 in einigen Zweigen der Wirtschaft noch weitere ernste Schwierigkeiten bestehen.

Eine Grundaufgabe bei der Ausarbeitung des Planes 1962 bestand darin, die aus einer Reihe von Gründen in den letzten Jahren entstandenen volkswirtschaftlichen Disproportionen sowie Disproportionen in der Entwicklung der einzelnen Zweige zu mindern. Auf einer Reihe von Gebieten sind Verbesserungen und der Beginn einer Veränderung der Entwicklung der letzten Jahre vorgesehen. Das betrifft insbesondere die Maßnahmen zur Erreichung der Störfreimachung, die Konzentration der Investitionen auf die II. Verarbeitungsstufe der Metallurgie, das überdurchschnittliche Entwicklungstempo des Maschinenbaus und im Maschinenbau die verstärkte Entwicklung der Elektrotechnik, der Produktion von Mechanisierungsmitteln und Automatisierungsmitteln, von Bauelementen usw.

Gleichzeitig bleiben jedoch in einer ganzen Reihe von Fragen auf Grund der beschränkten ökonomischen Möglichkeiten 1962 offene Probleme bestehen. Eine Beseitigung der jahrelang vorhandenen Disproportionen zwischen einzelnen Zweigen der Produktion, zwischen Kaufkraft und Warenfonds, zwischen der eigentlich notwendigen Erhöhung des Anteils der Investitionen am Volkseinkommen und dem Anteil der Konsumtion sind im Jahre 1962 nicht möglich. Eine Reihe von Aufgaben, die ursprünglich für das Jahr 1962 vorgesehen waren, können nur teilweise in Angriff genommen werden, z. B. die Aufgabe, mehr Maschinen aus der eigenen Produktion in unseren Maschinenbau zu integrieren. Das gilt auch für die Energieversorgung der Volkswirtschaft, die Entwicklung von Zweigen der metallverarbeitenden Industrie, und zwar vor allem solcher, die Erzeugnisse für die chemische Industrie produzieren, aber auch für Zweige der chemischen Industrie, darunter besonders Treibstoffe, Reifen für Kraftfahrzeuge usw. Auch die Schwierigkeiten des Bedarfs der Volkswirtschaft an Transportmitteln durch die Eisenbahn, die Schifffahrt und den Kraftverkehr, die im Teilweise zu Produktionsstärkungen in der Kohlenindustrie und auf anderen Rohstoffsektoren werden noch nicht beseitigt. Es gibt nur begrenzte Möglichkeiten für den Import von Transportmitteln sowie Gütern und Spezialwagen für die Kohlenbahn. Die Anlagen und Ausrüstungen des Verkehrs können nur ungenügend erweitert und modernisiert werden.

Ein Hauptproblem besteht darin, daß im Jahre 1962 nur sehr Schritte in der Richtung der Veränderung der Wirtschaft ergriffen werden können. Die entscheidende Veränderung dafür ist, die Durchführung unserer Außenhandelsbeziehungen im Rahmen der sozialistischen Wirtschaft mit der UdSSR und eine gemeinsame Abstimmung mit den anderen sozialistischen Ländern. In dieser Frage wurde insbesondere auf dem Gebiet des Maschinenbaus die Arbeit aufgenommen. Die ersten Vereinbarungen betreffen jedoch nur Fragen, Ziele der Produktion.

Ein weiterer Widerspruch existiert auch noch auf dem Gebiet der Materialversorgung. Einerseits sind die Bedürfnisse in den Betrieben und bei den Konsumenten anzuheben, andererseits bestehen ernste Schwierigkeiten in einzelnen Engpaßsektoren. Das hängt mit unserer gesamten Lage und mit den Schwierigkeiten in unseren Außenhandelsbeziehungen zusammen. Es muß hier mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, daß wir nur soviel importieren können, wie wir exportieren können. Kein noch so fähiger Materialbilanzierer

ist in der Lage, uns vorzuschaun gegen alle Schwierigkeiten zu sichern, wenn der Plan des Exports nicht erfüllt wird.

Im vergangenen Jahr wurde allein vom Maschinenbau der Exportplan mit 200 Millionen DM nicht erfüllt. Das hat eine Konsequenz für das ganze Jahr 1962. Andererseits wurden von unseren Vertragspartnern ursprünglich vereinbarte Warenlieferungen nicht rechtzeitig geliefert. Es ist klar, daß wir uns zu Kraftstoffen verschiedener Art veredeln will. Gegenwärtig haben wir in einigen wesentlichen Bereichen deswegen große Schwierigkeiten.

So gibt es auf verschiedenen Gebieten auch 1962 noch ernste Sorgen, die in gemeinsamer Arbeit von Volkswirtschaftsrat, Staatlicher Plankommission und Außenhandel gemeinhalt werden müssen. Unser beständiges Augenmerk muß der Versorgung der Industrie mit Treibstoffen, Vorwärmern und weiteren Energieerzeugnissen, des im Plan festgelegten, getriggert der vorgesehenen Qualität gelten, die wir unter schwierigen Bedingungen importieren.

Obwohl 1962 eine Reihe solcher komplizierter Fragen zu lösen ist, ist der Volkswirtschaftsplan ein realer Plan. Die Zuwachsrate ist niedriger als in den früheren Jahren. Wir sind davon überzeugt, daß unter unseren Bedingungen 5,8 Prozent ein bedeutsamer Zuwachs der Produktion und die Pläneziele sind auf allen Gebieten in Zusammenarbeit zwischen der Staatlichen Plankommission, dem Volkswirtschaftsrat, dem Forschungsrat und den anderen zentralen staatlichen Organen so ausgearbeitet, daß es möglich ist, sie zu erfüllen. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Beratung der Planaufgaben mit den Bezirken gewidmet.

Die Deutsche Demokratische Republik ist ein Land mit sehr hohen Importbedürfnissen, die sich zum großen Teil aus den ungenügenden Rohstoffverkommen aus der Republik ergeben. In den letzten zehn Jahren reichten unsere Exporteinkünfte nicht aus, um die nötigen Importe voll zu decken. Es gibt bei uns praktisch kein volkswirtschaftliches Problem, das nicht in irgendeiner Form mit dem Außenhandel zusammenhängt. Jeder Importbedarf der ganzen Volkswirtschaft muß ständig auf das genaueste überprüft werden, um auf diese Weise Devisen einzusparen.

Vor den Mitarbeitern der Außenhandelsorgane stehen für die Durchführung des Planes große Aufgaben. Sie müssen sichern, daß die festgelegten Importe zu günstigen Bedingungen, zu den richtigen Termimen und sortimentsgerecht erfüllt werden. Unsere Exportwaren müssen zu den günstigsten Bedingungen und Preisen abgesetzt werden. Genaue Kalkulation, exaktes Beden, Prüfen und Vergleichen sind daher in unseren gesamten Außenhandel notwendige volkswirtschaftliche Aufgaben. Die Kalkulation der Außenhandelspreise muß auf der Grundlage unserer eigenen effektiven Selbstkosten erfolgen. Diese Preise müssen beim Vertragsabschluß mit den ausländischen Partnern auch durchgesetzt werden. Sofern vom ausländischen Partner Spezialanfertigungen gefordert werden, sind diese künftig nur zu vereinbaren, wenn dafür gleichzeitig die auf dem Weltmarkt üblichen Preisaufschläge festgelegt werden. Außerste Sparsamkeit ist in unserer gesamten Außenhandelsleistung und in allen Beziehungen zum Ausland notwendiger denn je. Die staatlichen Organe müssen unter dem Gesichtspunkt der strengsten Sparsamkeit die Kosten, die in die Zahlungsflüsse des Außenhandels eingehen, mit dem Ziel einer maximalen Senkung überprüfen.

Die Fortsetzung der Steigerung unserer Wirtschaftskraft durch die Entwicklung der Wissenschaft und Technik im Jahre 1962 ist ein zentraler Inhalt der Aufgaben des Ministeriums für Außenhandel. In diesem Handel stehen Bedingungen und ein solches Streben zu erreichen, die unseren Notwendigkeiten entsprechen und zur schrittweisen Erhöhung des Volkswirtschafts führen können.

Der Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1962 enthält eine große Anzahl wichtiger Aufgaben für die weitere Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Zur Bilanzierung dieser Aufgaben stehen 1219 Millionen DM zur Verfügung. Die Orientierung dazu gab uns die 14. Tagung des Zentralkomitees. Im Beschluß dieser Tagung heißt es:

„Von entscheidender Bedeutung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Erfüllung der Planaufgaben ist die immer engere Verflechtung der Wissenschaft mit der Produktion.“

Wir konnten uns alle auf der Leipziger Messe davon überzeugen, daß wir auf diesem Wege ein schönes Bild verankern und in vielen ausgezeichneten Konstruktionen, in dem gesteigerten Anteil an mechanisierten und automatisierten Produktionsmitteln, in der Vielfalt der ganzen Welt anschaulich demonstriert, zu wachsenden Leistungen die deutsche Arbeiterklasse fähig ist, wenn sie von den Feinden des Kapitalismus befreit im festen Bündnis mit der Intelligenz umgeben ist für das Wohl des Volkes wirken kann.

Viele der hier anwesenden Genossen werden auf der Leipziger Messe gewesen sein. Sie sind sich genau wie wir die automatischen Werkzeugmaschinen, die durch Verboteinrichtungen zu Fließreihen verbunden werden sind, oder auch andere technisch hochentwickelte Ergebnisse des Maschinenbaus und auch anderer Zweige unserer Industrie aufgefallen.

Angesichts solcher hervorragenden Leistungen muß man die Aufgabe stellen, einige Mängel und Schwächen in der Technologie und Organisation der Produktion, vieler Betriebe schneller in Ordnung zu bringen und die Vorteile der Forschung überall in die Praxis umzusetzen. Daß das nicht überall geschieht, dafür ein Beispiel:

In diesem Jahr müssen wir für den Ausbau des Stromversorgungsnetzes in der Deutschen Demokratischen Republik etwa 28 000 Betonmaste setzen. Dafür wurde ein Gerät entwickelt. Die Entwicklung wurde 1959 und bereits 1959 abgeschlossen. Durch den Einsatz dieses Geräts können je Mast 8 Arbeitsstunden oder zusammen 224 000 Arbeitsstunden eingespart werden. Bis jetzt ist die Produktion dieser Geräte nicht organisiert. Das ist zweifellos Schuld der zuständigen VVB.

Im Jahre 1962 sind in Forschung und Praxis neben der Fortführung und dem Abschluß begonnener Arbeiten von volkswirtschaftlicher Bedeutung eine Reihe neuer Aufgaben zu lösen, die wesentlich zur ökonomischen Festigung der Deutschen Demokratischen Republik beitragen werden.

Der Parteivorstand hat der Plankommission seine Vorschläge für die Hauptrichtungen der Entwicklung von Forschung und Technik übergeben. Die Staatliche Plankommission wird bei der Beauftragung dieser Vorschläge Fortschritte über volkswirtschaftliche Aufgaben vernachlässigen, wie das auf der 14. Tagung des Zentralkomitees entschieden wurde.

Die für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt besonders wichtigen komplexen Planaufgaben auf den Gebieten der Forschung und Entwicklung, Standardisierung sowie Mechanisierung/Automatisierung und zahlreich zentrale Einzelaufgaben wurden auf der Grundlage der Vorschläge namhafter Wissenschaftler und Ingenieure festgelegt.

Es wird von folgender Grundrichtung ausgegangen:

- Maßnahmen zur Entwicklung der Mechanisierung und Automatisierung,
- die wissenschaftlich-technischen Aufgaben zur weiteren Starkeinnahme unserer Produktion, die Sicherung und Erweiterung unserer Rohstoffbasis durch die planmäßige Ausnutzung aller Ressourcen sowie die beschleunigte Entwicklung und Gewinnung neuer Rohstoffe;
- die Standardisierung ganzer Komplexe, die für die Vollmechanisierung oder für die Teil- bzw. Vollautomatisierung zusammenhängender Produktionsprozesse notwendig sind und schnell einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen bringen;
- die Entwicklung und Herstellung von Reinstchemikalien, Reinstmetallen und Sonderwerkstoffen sowie die Entwicklung von Glas- und keramischen Rohstoffen entsprechend den Erfordernissen der Volkswirtschaft;
- die Elektronik, insbesondere moderne, leistungsfähige elektronische Bauelemente als Hauptvoraussetzung für die Entwicklung neuer elektronischer Geräte;
- die Schalt- und Steueranlagen für mechanisierte und automatisierte Produktionsrichtungen und -anlagen, insbesondere schwachstromgesteuerte Schaltanlagen unter Anwendung der industriellen Elektronik.

Wir haben in den vergangenen Jahren 83 Wissenschaftlich-Technische Zentren in der Industrie geschaffen. In diesen Wissenschaftlich-Technischen Zentren sind etwa 20 000 Wissenschaftler, Ingenieure und hochqualifizierte Facharbeiter beschäftigt. Das ist eine gewaltige Kraft, wenn sie richtig eingesetzt wird. Setzen wir aber diese Kraft auch so ein, daß sie voll zur Wirkung kommt? Aus den Wissenschaftlich-Technischen Zentren kommen Klagen von Mitarbeitern, die sich darüber beschwerten, daß sie für die Vervollständigung der Vereinigungen Volkseigener Betriebe mühen müssen. Die Wissenschaftlich-Technischen Zentren müssen noch enger mit der Entwicklung der Produktion verbunden werden. Das kann geschehen, indem die Zentren, gestützt auf ihre wissenschaftliche Arbeit, veranlaßt werden, jährlich für jeden wichtigen Betrieb Vorschläge und Empfehlungen für den Inhalt des Plans der Neuen Technik auszuarbeiten. Diese Vorschläge müssen auf den Ist-Stand der Technik orientiert und mit den verfügbaren materiellen Ressourcen zu verwirklichen sein. Nachdem diese Vorschläge diskutiert und im Streit der Meinungen geklärt sind, müssen sie in den Plänen der Neuen Technik der Betriebe ihren Niederschlag finden.

Liebe Genossinnen und Genossen:

Ihr wißt, daß wir noch nicht alle Voraussetzungen geschaffen haben, um in unserer eigenen Wirtschaft die Mechanisierungs- und Automatisierungsmittel in dem

50X1-HUM

erforderlichen Umfang einzusetzen. Ein Merkmal des Planes für das Jahr 1962 insbesondere für den Maschinenbau, ist es, den Mechanisierungs- und Automatisierungsgrad unserer Produktion weiter zu erhöhen. Ebenfalls wichtig ist es jedoch, die bei uns bereits vorhandenen Möglichkeiten mechanisierter und automatisierter Fertigung voll auszunutzen.

Tun wir das?

Bei weitem noch nicht. Wir haben gute Beispiele neben schlechten. Im Holzbearbeitungswerk Klostorf wird die dort vorhandene Anlage zur Fertigung von Spanplatten in ihrer vollen Kapazität ausgenutzt. In dem VEB Holzveredlungswerk Karlshorst dagegen nur zu 41 Prozent. Die Mollerei- und Begleitungsbauten, die wir im Niederschloßwerk Calbe bauen, wird zu 100 Prozent ausgenutzt.

Eine automatische Fertigungsstraße für Nähmaschinen im Nähmaschinenwerk Wittenberge dagegen nur zu 40 Prozent.

Was müssen wir daraus schließen? Ich denke, das liegt auf der Hand. Je nachdem, mit welcher Umsicht und Voraussicht, mit welcher Gewissenhaftigkeit und von welcher Moral getragen, von den Betriebsleitern und dem VVB die Produktion organisiert und geleitet wird, so sind auch die Resultate.

Die wichtigsten Instrumente der Leitungstätigkeit sind die in Gemeinschaft mit allen Werktätigen ausgearbeiteten Pläne. In der Fähigkeit, den Plan im wirklichen, drückt sich die Fähigkeit der Leitung aus, die umfassende Koordination der Produktion, Konstruktion und Automatisierung der Produktionsprozesse im Interesse der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu bestimmen für den Inhalt unserer Pläne.

Die Verbesserung der technologischen Verfahren in jedem Betrieb muß das Ziel der Werkleitung und der Kollektive des gesamten Betriebes werden. Der Plan für Forschung und Entwicklung enthält viele Themen, durch welche erhöhte Voraussetzungen für die Mechanisierung und Automatisierung geschaffen werden oder deren Ergebnisse als neue Verfahren unmittelbar propagiert um die Entwicklung des hydraulischen Strömungsventriels, die Automatisierung von Dampfturbinen, die Herstellung von universellen, einheitlichen pneumatischen, hydraulischen, elektrischen Meß- und Regelsystemen, die in der Baukastenweise in verschiedenen Zweigen der Industrie eingesetzt werden können. In der Entwicklung befinden sich auch selbstoptimierende Reizelemente, und für den Einsatz von Elektronenrechnern in der Regelungstechnik sollen die Grundlagen geschaffen werden.

In der Elektrotechnik konzentrieren wir uns auf die Steigerung der Produktion und die Verbesserung des Sortiments elektronischer Bauelemente. 160 neue Erzeugnisse der Elektronik werden in diesem Jahr in die Produktion eingebracht.

Die Ausrüstungen von automatischen Selbstwählern auf der Grundlage der Gemeinschaftsentwicklung der sozialistischen Stanten nach dem Koordinatensystem gehen in die Produktion. Auch die Produktion von schwachstromversorgten Niederspannungsanlagen, Schalt- und Steuergeräten, die für die mechanisierten und automatisierten Produktionsausrüstungen von be-

sonderer Bedeutung sind, wird in erweitertem und verstärktem Umfang durchgeführt.

Im Werkzeugmaschinenbau wird die Produktion von automatisierten Werkzeugmaschinen bei weitgehender Verwendung von Baueinheiten vorangetrieben. Die Produktion von automatisierten Werkzeugmaschinen soll sich in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr um 23 Prozent erhöhen. So erhöht sich die Produktion von Drehautomaten auf 134 Prozent, von Revolverdrehmaschinen auf 131 Prozent. Vollautomatische Rundschleifen mit verschiedenen Bearbeitungsstationen erhöhen sich von 128 auf 162 Stück. 49 dieser Maschinen werden in Betrieben des Maschinenbaus der DDR eingesetzt.

Im Bereich des Berg- und Hüttenwesens kommt die Elektronenstrahlmetalltechnik das erstmalig zur Anwendung. Die Großproduktion von Halbleiter-Silizium muß in diesem Jahr geistert werden. In Hettstedt wird die Aluminiumproduktion automatisiert.

Wir stehen in allen Betrieben vor der Aufgabe, durch sozialistische Rationalisierung in der gleichen Zeit mit den vorhandenen Arbeitskräften mehr zu produzieren.

In diesem Jahr verstärkt sich planmäßig die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern. In noch größerem Umfang als in vergangenen Jahren haben wir die Gelegenheit, an der sich in der Sowjetunion vollzieht, teilzunehmen. Hunderte von Wissenschaftlern und Ingenieuren können in diesem Jahr in der Sowjetunion neue Verfahren und neue Erzeugnisse studieren. Das trifft zum Beispiel zu für das Studium der Produktion von Kolben für Fernsehrohren und das Studium der Arbeit auf dem Gebiet der Herstellung von synthetischen Harzstoffen. Wir erhalten u. a. die technischen Unterlagen und Konstruktionen von Impulsgeneratoren für kurze Impulse, das technische Projekt eines Walzenwerkes für das Walzen von Rippenrohren, Projektunterlagen für die Produktion von Niederdruckpolyethylen, die Konstruktionen von Cifurungen für Zementofen, Unterlagen für die komplexe Automatisierung von chemischen Anlagen und vieles andere mehr.

Diese kurze Übersicht zeigt bereits, wie der Weg zum technischen Hochstand durch die technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit, vor allem mit der Sowjetunion, verkürzt wird.

Eine wichtige Aufgabe ist die Mobilisierung der inneren Reserven durch Verbesserung der Leitung.

Um die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1962 zu sichern, sind Maßnahmen erforderlich, die zu einer weiteren Festlegung der Ordnung und Disziplin in allen Industrie- und Wirtschaftszweigen führen. Die größten Reserven liegen in der Verringerung bzw. Beseitigung der Verlustquellen im Produktions- und Zirkulationsprozeß. Die Analyse der Planerfüllung 1961 zeigt, daß die Ursachen für die Nichterfüllung von Planaufgaben weitgehend in Unzulänglichkeiten bei der Organisation und Durchführung der Produktion liegen.

Die Leiter der Betriebe und VVB sind dafür verantwortlich, daß die Verlustquellen festgestellt, beseitigt und entsprechend ihrer Bedeutung durch eine bessere Arbeitsweise gesenkt bzw. beseitigt werden. Reserven liegen in einer besseren Planung und Organisation der Kooperation. Die VVB, Bezirkswirtschaftsämter und Werkleiter haben den Prozeß der wachsenden Arbeits-

50X1-HUM

50X1-HUM

50X1-HUM

d. h. der Anteil an ... des einzelnen ist zu ... der DDR ... die Möglichkeit, mehr Ware zu kaufen und ...

Während z. B. 1960 der Anteil der Mieten an den Ausgaben bei einem Vierpersonenhaushalt mit mittlerem Einkommen in Westdeutschland 10,2 Prozent betrug, lag er bei uns bei 6 Prozent. Für Heizung und Beleuchtung wurden in Westdeutschland im gleichen Jahr 4,8 Prozent ausgegeben, bei uns nur 3,1 Prozent. Für die Benutzung von Verkehrsmitteln mußte eine westdeutsche Familie 1958 4,8 Prozent ihrer Haushaltsausgaben verwenden, bei uns 2,4 Prozent. Bekanntlich sind aber die Lebenshaltungskosten auf diesem Gebiet in Westdeutschland weiter angestiegen, während sie bei uns konstant blieben, so daß der Vergleich heute für uns noch günstiger ausfällt.

Jeder einzelne Bürger in unserer Republik konnte im Zeitraum von 1958 bis 1961 für rund 600 DM mehr Waren kaufen. Aber in der gleichen Zeit wurden von jedem Bürger für Investitionen ausgegeben, d. h. der Anteil der Mittel für die Erweiterung und Festigung unserer ökonomischen Basis war gering. Jeder wird einsehen, daß eine solche Relation - 600 DM mehr für den Einkauf von Waren und nur 70 DM mehr für die Voraussetzungen zur Steigerung des Lebensstandards - nicht in Ordnung ist.

Haben wir uns einmal an, wie wir unser Volkseinkommen in den letzten drei Jahren verteilt haben. Wir haben rund 80 Prozent unseres Volkseinkommens für den unmittelbaren Verbrauch verwendet, d. h. wir haben ihn verwendet für die Erhöhung der Warenfonds, für höhere Leistungen im Gesundheitswesen und auf dem Gebiet der Kultur, des Sports und der Volksbildung. Derjenige Teil des Volkseinkommens, den wir eingesetzt haben, stieg von 1958 bis 1961 auf 119,8 Prozent, während der Teil, den wir zur Erweiterung und Festigung unserer ökonomischen Basis eingesetzt haben, nur auf 107,4 Prozent wuchs. Dabei wurden bedeutende Mittel für den Wohnungsbau ausgegeben.

Der Kauf von Waren im Einzelhandel stieg in den letzten drei Jahren um rund ein Viertel. Aber der Lebensstandard drückt sich nicht nur im Kauf von Waren aus, sondern zum Leben gehört, daß man eine Wohnung mit Licht und Heizung hat, daß man Verkehrsmittel benutzt, etwas für seine Bildung und seine Gesundheit tut.

Wie sieht es bei uns auf diesem Gebiet aus? Die Aufwendungen des Staates für Bildung, Kultur, Gesundheit und Sozialwesen sind in den letzten drei Jahren um fast ein Drittel auf über 1000 DM je Kopf der Bevölkerung gestiegen. Die Ausgaben in Westdeutschland liegen auf diesem Gebiet um die Hälfte niedriger als bei uns. Es ist auch nicht in Ordnung, wenn bei einem steigenden Volkseinkommen die Warenkäufe für den individuellen Bedarf schneller steigen als das gesamte Volkseinkommen. Das war aber bei uns der Fall, denn das Volkseinkommen stieg auf 117 Prozent, während die Warenkäufe für den individuellen Bedarf auf rund 125 Prozent anwachsen. Das heißt nichts anderes, als daß wir mehr verbrauchen, als es unseren ökonomischen Möglichkeiten entspricht. Was bedeutet das aber für die Volkswirtschaft? Das bedeutet nichts anderes, als daß wir von unserem gesamten Volkseinkommen einen zu großen Teil konsumieren, statt ihn zur Festigung unserer ökonomischen Basis zu verwenden. Die Aufgabe, die wir jetzt schrittweise lösen, lautet auf

allen Gebieten die Leistungen mit den Einnahmen und Einkommen in Übereinstimmung zu bringen.

Genossen und Genossinnen: Der Plan, das sind nicht nur Ziffern und Tabellen, das ist vor allem die Schöpferkraft und der Arbeitseinsatz von Millionen werktätiger Menschen in Stadt und Land.

Die Erfolge, die im Produktionsaufgebot bereits erzielt sind, haben erwiesen, daß die Partei den richtigen Weg der Verbindung von politisch-ideologischer Erziehung mit der Lösung ökonomischer Aufgaben beschritten hat.

Immer mehr Arbeiter, Angestellte, Techniker und Ingenieure verstehen ausgezeichnet, daß die Stärkung der Arbeiter- und Bauern-Macht der Deutschen Demokratischen Republik die Verbesserung der Arbeit für die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes und die Entwicklung des neuen sozialistischen Menschen ein wirkungsvoller Schlag gegen den westdeutschen Militarismus und Revanchismus ist und die aktive Teilnahme am Produktionsaufgebot das Beste darstellt, was jeder für die Stärkung der Deutschen demokratischen Republik zur Sicherung des Friedens tun kann. In den vier Monaten des Produktionsaufgebotes 1961 ist der fortschrittliche Teil der Arbeiterklasse und der Intelligenz aktiv in den Kampf einbezogen worden. Das Neue in der weiteren Führung des Produktionsaufgebotes muß darin bestehen, daß nicht mehr nur einzelne Brigaden oder Betriebsabteilungen Verpflichtungen übernehmen, sondern das ganze Betriebe und ganze Zweige oder Branchen die besten Verfahren und Methoden der Produktivität und der Leistungsfähigkeit durchgehend verwirklichen und das Produktionsaufgebot als patriotische Bewegung zur Sache aller Werktätigen wird.

Als Ergebnis der Überzeugung der Werktätigen ist die Bewegung von unten her, aus den Brigaden und Meisterbereichen, aus den Kollektiven der Neuen, aus den Partei- und Gewerkschaftsgruppen zu entwickeln. Dabei gehen wir aus von den Beispielen und Leistungen der Berliner Elektrodrehler, der Werktätigen der Zentralwerkstätten Reals, der Installateurbrigade Postmann in Karl-Marx-Stadt, der Arbeiter von Sörnewitz, von Niederschütz u. a. Die neue Stufe des Produktionsaufgebotes, wie sie den Aufgaben im Jahre 1962 entspricht, findet ihren bisher besten Ausdruck in den Verpflichtungen der Parteikommunisten des VEB Grobdehnmaschinenbau „J. M. J.“ Karl-Marx-Stadt an den Parteiwahlen. Die guten Erfahrungen und Erfolge im Produktionsaufgebot im Jahre 1961, die wachsende Einsicht und das höhere Bewußtsein vieler Kollegen stellen gute Voraussetzungen zur Weiterentwicklung des Produktionsaufgebotes dar.

Mit hoher Arbeitsproduktivität und geringstem Kostenaufwand hervorragende Qualität zu produzieren, darin besteht die große patriotische Aufgabe, die in erster Linie mit der bewährten Methode der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit bewältigt werden kann.

Die Genossen des VEB „J. M. J.“ in Karl-Marx-Stadt haben ausgezeichnet verstanden, was der Ausgangspunkt für die ideologische Arbeit und die Auseinandersetzungen mit rückständigen Auffassungen sein muß. Sie sagen in ihrem Aufruf:

„Wir haben in unserer Deutschen Demokratischen Republik einen hohen Lebensstandard erreicht. Das ist unbestreitbar. Infolge der Verletzung ökonomischer Gesetze des Sozialismus in der Zeit vor dem 13. August 1961 ist jedoch ein Mißverhältnis zwischen dem Wachstum der Arbeitsproduktivität

50X1-HUM

und der Ersetzung des Durchschnittslohnes bzw. zwischen dem Warentonis und dem Kaufkraftindex. Mit unseren Erfolgen haben wir erst begonnen, die Löhne dieser Verletzung ökonomischer Gesetze zu überwinden. Deshalb behält die Hauptlösung des Produktionsaufgebotes auch im Jahre 1962 ihre Gültigkeit. In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr zu produzieren."

Nach sind ein Teil der Arbeiter der Auffassung, daß "etwas mehr drin" sei und alle Reserven schon ausgeschöpft wurden. Tatsächlich gilt es, überzeugend nachzuweisen, daß durch technische Verbesserungen, moderne Fertigungsverfahren, durch den Einsatz neuer Werkstoffe und rationalere Organisation der Produktion die Arbeit produktiver und zugleich erleichtert werden kann.

Nicht weniger wichtig ist die volle Nutzung der gesellschaftlichen Arbeitszeit, die Verminderung von Aus- und Nacharbeiten und die Ausschüttung der hochproduktiven Anlagen in zwei oder drei Schichten. Man muß den Ursachen der Verluste auf die Spur kommen, dann ist noch immer etwas zu tun, und die Möglichkeiten zur Leistungssteigerung wachsen.

Die gegenwärtige Propaganda bezieht sich auf die Produktionsaufgabe, die wir uns setzen müssen. Die Arbeiter verfügen heute über die bewährten Arbeiter, Meister und Ingenieure, die Leistung bringen. Für ehrliche Arbeit, ehrlichen Gehalt! Darin sehen wir die Klassenrolle der Arbeiter und die Pflicht aller Patrioten. Dadurch, daß die im Plan "Neue Technik" festgelegten Maßnahmen vollständig und termingeregt erfüllt werden, die vorgesehene Steigerung der Arbeitsproduktivität sowie die Senkung der Stückkosten erreicht und überboten wird, kann das Verhältnis zum Durchschnittslohn weiter verbessert und die Lösung des Produktionsaufgebotes realisiert werden.

Die Leistungen müssen die straffe Organisation der Produktion auf der Grundlage des Planes und seines wissenschaftlich-technischen Vorbereitung sichern. Dabei müssen ständig die Kritik, die Hinweise und Vorschläge der Werktätigen beachtet und ausgewertet werden. Die fortgeschrittensten Erfahrungen und Methoden der Neuerer, der besten sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften müssen auf alle Mitarbeiter und auf den ganzen Bereich übertragen werden.

Im Zusammenhang mit der großen Initiative der Arbeiter und der Intelligenz im Produktionsaufgebot hat sich auch die Arbeit vieler Wirtschaftsführer qualifiziert. Viele Parteileitungen und Gewerkschaftsleitungen beschäftigen sich jetzt konzentriert mit den aktuellen Zusammenhängen und konzentrieren die politische Massenarbeit auf die Schwerpunktaufgaben. Das ist aber noch nicht überall der Fall. Die politisch-ideologische Führung des Produktionsaufgebotes, die bei den Parteiorganisationen liegt, muß weiter verbessert werden. Die Genossen müssen sich an die Spitze stellen. Die Parteileitungen müssen dafür sorgen, daß die politische und organisatorische Arbeit der Gewerkschaften, der Kammer der Technik, der Freien Deutschen Jugend, der Frauenausschüsse, der Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse koordiniert und einheitlich auf die Lösung der betrieblichen Schwerpunkte im Produktionsaufgebot orientiert wird.

Es wäre gut, in jedem Industriezweig nach dem Muster des VEB Maschinenbau "8. Mai" ein Beispiel für die vorbildliche Arbeit eines ganzen Betriebes im Produktionsaufgebot zu schaffen.

Ein entscheidendes Problem ist es, wie wir es verstehen, den materiellen Anreiz zur raschen Entwicklung der Produktivkräfte, zum beschleunigten wissenschaftlich-technischen Fortschritt und zur intensiven Nutzung des Arbeitsvermögens und des Könnens unserer werktätigen Menschen zu nutzen.

Die fortgeschrittensten Arbeiter erkennen selbst, daß in den letzten Jahren durch Normenschaufel, mangels Ordnung und Arbeitsdisziplin das ökonomische Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung verletzt wurde. Die Relation zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Entwicklung der Durchschnittslohne verschlechterte sich.

Wenn jedoch der Lohn vor der Leistung davon ruft, so sagt der Werktätige selbst den Ast ab, auf dem er sitzt, denn der Lohn bringt ihm nur Nutzen, wenn die Produktion wächst, wenn mehr Waren auf den Markt kommen und ein richtiges Verhältnis von Preisen und Löhnen aufrechterhalten wird. Das bessere Leben hängt nicht von unseren Wünschen, sondern einzig und allein von den Ergebnissen unserer Arbeit ab. Es ist daher notwendig, die Leistungen, die zeitweilig hinter den Löhnen zurückgeblieben sind, wieder mit den Löhnen in Übereinstimmung zu bringen.

Die Norm ist bekanntlich nicht nur das Maß der notwendigen Arbeitszeit, sondern auch Grundlage der Bemessung des Lohnes. Um dem Wirken der objektiven ökonomischen Gesetze in höherem Maße zu entsprechen und sie im Interesse der Bevölkerung unserer Republik auszunutzen, muß in der Frage der Arbeitsnormen Klarheit geschaffen werden.

Der Volkswirtschaftsplan enthält eine klare Linie für die Normenarbeit. Er orientiert auf folgende vier Schwerpunkte:

1. Wo die Arbeitsproduktivität durch die Zuführung neuer Ausrüstungen steigt, ist unbedingt die Ausarbeitung neuer Normen zu verlangen. Es gilt das Prinzip "Neue Technik - neue Normen". Dabei ist ein materieller Anreiz für die Anwendung der neuen Technik zu gewähren.
2. Die Normenarbeit in den Betrieben, VVB und Industriezweigen ist hauptsächlich auf die Erreichung der Bestzeiten zu konzentrieren. Im Kampf um die Erreichung der Bestzeiten ergibt sich die Möglichkeit, schneller und in größerem Umfang produktivitätswirksame Reserven zu erschließen. Die Bestzeiten sind vor allen Dingen eine gute Grundlage für den Leistungsvergleich. Für die Lohnrechnung sind die individuellen Rückstandszeiten zu den Bestzeiten noch zu berücksichtigen, und es sind gemeinsam mit den Arbeitern Maßnahmen zur Einschränkung und Beseitigung der Rückstandszeiten einzuleiten. Die Arbeit mit den Zeitnormaliven, wie sie in der VVB Schiffbau, der VVB Stahlbau und in einigen anderen Zweigen bereits angewendet worden, ist ebenfalls zu beschleunigen.
3. In den Betrieben, wo nebenwärtig mit technisch begründeten Arbeitsnormen und Zeitzuschlag gearbeitet wird, ist es notwendig, den Zeitzuschlag aus der Vorgabezeit herauszunehmen, damit sein weiteres Anwachsen, das bisher automatisch mit der Normenüberfüllung eintrat, unbedingt verhindert wird. Die herausgelassenen Lohnbestandteile sind dann, wie es die Bohrwerksdreher des VEB Schwermaschinenbau "Heinrich Rau" Wildau vorgeschlagen haben, weitestgehend an die Erfüllung qualitativer Kennziffern des Planes zu binden und möglichst zu reduzieren.

50X1-HUM

4 Durch die Anwendung ökonomisch zweckmäßiger Lohnformen sind die durch ungerechtfertigte Antriebe entstandenen Disproportionen einzuschränken. Es sollen vor allen Dingen in verstärktem Umfang Prämienentlohnung, Qualitätsentlohnung und Entlohnung nach Plannormen Anwendung finden.

Der technische Fortschritt hat bisher in zahlreichen Fällen keinen Niederschlag in den Arbeitsnormen gefunden. Damit muß man Schritt für Schritt aufhören. Deshalb wird von der Partei auch die Forderung „Neue Technik – neue Normen“ in den Vordergrund gestellt und dies mit der Forderung nach einem materiellen Anreiz für die Anwendung der neuen Technik in der Produktion verbunden.

Bei einer kürzlich im VEB „Nibe“ Präzisionswerkzeuge in Pankow durchgeführten Beratung der Bezirksleitung Berlin trat ein qualifizierter Facharbeiter, der Genosse Hermann, auf und sagte, daß noch vor kurzem in seinem Betrieb moderne Schleifmaschinen, die mit Automatik ausgerüstet sind, weiter von Hand betrieben wurden. Solche Beispiele gibt es in vielen Betrieben der ganzen Republik. Die Kollegen befürchteten, daß sie die neuen Normen bei der Anwendung der neuen Technik nicht in gleichem Maße erfüllen könnten wie die an den alten Maschinen und dabei Lohn einbüßen würden. Inzwischen hat der Betrieb aus den Vorgaben des bekannten Zeitschlages entfernt. Er wurde in einen konstanten Zeitschlag umgewandelt und an die Erfüllung solcher Kernsaften wie die Arbeitsproduktivität der Abteilung und die Qualität der hergestellten Einzelstücke geknüpft. Genosse Hermann hat die Aufnahme einer technisch begründeten Arbeitsnorm verlangt. Er fuhr die Maschine voll aus. Was ergab sich? Ohne die Umwandlung des Zeitschlages in einen konstanten Geldbetrag würde Genosse Hermann nach der Anwendung dieser neuen, exakten TAN bei Verwendung der Automatik bedeutend weniger verdienen als vorher bei der Handbedienung. In einem solchen Fall muß sich die neue TAN wie eine Vierradbremse gegen die Anwendung der neuen Technik auswirken. In der gesamten Beratung wurde dargestellt, wie durch die Umwandlung des Zeitschlages in einen festen Geldbetrag neue technisch begründete Normen geschaffen wurden, die sauber sind von allen nicht gerechtfertigten Zuschlägen, wie die Produktivität schnell gesteigert werden kann und der Durchschnittslohn entsprechend dem Plan durch eine ständige solche Normenarbeit gesteigert werden kann. Der Genosse Hermann verdient also jetzt genauso viel wie vorher. Seitdem arbeiten in dem Betrieb alle Kollegen mit der Automatik. Bereits in den ersten beiden Monaten dieses Jahres wurde der Plan der Arbeitsproduktivität übererfüllt, während der Durchschnittslohn noch unter den Planzahlen liegt. Das ist ein guter Weg, die Anwendung der neuen Technik mit technisch begründeten Arbeitsnormen in ein richtiges Verhältnis zu dem bestehenden Tariflohn zu bringen.

Die Frage der neuen Technik und exakter Arbeitsnormen kann nur mit und niemals ohne oder gegen die Arbeiter gelöst werden. Wir haben viele ausgezeichnete Facharbeiter mit hohem Bildungsniveau. Sie bringen alle Voraussetzungen mit, um der neuen Technik herauszuholen, was herauszuholen ist. Sollen wir nun solche qualifizierten Facharbeiter weiterhin ihren guten Verdienst auf alten Schinken erarbeiten lassen, während daneben moderne Technik unbenutzt steht und von weniger qualifizierten Arbeitern bedient wird? Ist es nicht besser, wenn der qualifizierte Arbeiter bei gleichem

Verdienst die modernen Maschinen mit einer viel höheren Arbeitsproduktivität bedient, montiert und pflegt?

Unsere Werkleiter und Wirtschaftsfunktionäre müssen viel enger mit den Arbeitern zusammenarbeiten und den Brigaden helfen, eine gründliche ideologische Auseinandersetzung zu führen. Die besten und bewussten Arbeiter sollen die neue Technik anwenden. Das setzt voraus, Klarheit darüber zu erzielen, daß ungerechtfertigte Zuschläge und ungesetzmäßige Zusammenstellungen des spitzen Meißels oder andere Unsicherheiten überwunden werden. Wer jedoch hilft, durch die Anwendung der neuen Technik und neuer Technologien die Arbeitsproduktivität zu steigern, wer also sein Geld ehrlich verdient, soll es auch weiter in gleicher Höhe erhalten. Die Verbindung mit dem Beschluß, den Zeitschlag aus der Vorgabezeit herauszunehmen, gibt uns die Möglichkeit, das Problem der schnellen Anwendung der neuen Technik in unserer Produktion mit Hilfe aller Arbeiter zu lösen. Die Leiter der Betriebe sollten gemeinsam mit den Betriebsgewerkschaftsleitungen und den Belegschaften zuerst damit beginnen, technisch begründete Arbeitsnormen für die neue Technik auf der Grundlage von Zeitnormativen auszuarbeiten und systematisch auch bei den übrigen Normen des Zeitschlages aus der Vorgabezeit herauszunehmen, um Schritt für Schritt neue technisch begründete Arbeitsnormen einzuführen. Wir erhalten auf diese Weise exakte technisch begründete Normen, die ein Bild des wirklichen Rückstands im Arbeitsaufwand gegenüber den Beständen geben. Wir erhalten konkrete Maßstäbe für die Ausarbeitung von Zeitnormativen. Es entwickelt sich eine neue Triebkraft zur ständigen Verbesserung der Leistungsmethoden. Der materielle Anreiz wird besser wirksam; denn der Lohn erhält wieder einen echten Leistungscharakter.

Einige Bemerkungen zur Investitionspolitik: Um die Ziele des Volkswirtschaftsplans 1962 zu erreichen, ist auf dem Gebiet der Investitionen eine straffe Ordnung und Disziplin in der Einhaltung der Grundprinzipien unserer Investitionspolitik erforderlich. Es kann nicht mehr geduldet werden, daß viele staatliche Dienststellen ihre Investitionsvorhaben ungenügend vorbereiten. Noch in den Jahren 1960 und 1961 war zu verzeichnen, daß 30 Prozent aller volkswirtschaftlich wichtigen Investitionsvorhaben ohne bestätigte volkswirtschaftliche Aufgabenstellung vorgeplant und projektiert wurden und sogar 60 Prozent aller Vorplanungen völlig ungenügend. In den Bereichen der Braunkohlenindustrie lagen den Vorplanungsunterlagen keine bestätigten Vorratsberechnungen durch die Zentrale Vorratskommission zugrunde.

Wir verlangen jetzt, daß bereits in der Phase der Aufgabenstellung die technische und ökonomische Kalkulation eines jeden Vorhabens in ihrem Grundgedanken, besonders hinsichtlich des Nutzeffektes, entwickelt sein muß.

Entscheidende Kriterien von Nutzenfaktoren sind:

Maximale Konzentration in der Durchführung der Vorhaben.

Erst dann mit Erweiterungsarbeiten beginnen, wenn die höchstmögliche Rationalisierung der bestehenden Betriebe und Anlagen vorgenommen worden ist.

Sicherung der vollen Übereinstimmung mit dem Plan „Neue Technik“, um eine Anwendung der

neuesten Teil, ein Gegenstand der Zielsetzung der einzelnen Investitionsentscheidungen zu gewährleisten.

Sparen von Kosten ist insofern ein innerer, weil bei jeder Investitionsentscheidung ein hoher Einsatz an zusätzlichen Arbeitskräften.

Um die Wirksamkeit der im Plan 1962 bereitgestellten Investitionen zu erhöhen, und vor allem um die Volkswirtschaft in der Entwicklung der Volkswirtschaft zu unterstützen, ist es notwendig, die Wirtschaft zu stärken, Betriebe und Institute, die Investitionen hinsichtlich der Erzielung des Nutzeffektes und der Wirtschaftlichkeit der Investitionen eingehend überprüften. Die Staatliche Plankommission hat die Staatliche Plankommission der Bauwirtschaft zu unterstützen.

Ein Beispiel, wie ohne zweckmäßige Vorbereitung dann Resultate erzielt werden können, die unzureichend sind: Seit 1961 haben wir in der Bauwirtschaft das Spannbetonwerk Lohr im Bau. Die Vorbereitung und Ausführung dieses Bauwerks ist ein sehr wichtiges Vorhaben, das die Produktion im Volkswirtschaftsplan 1960 und 1961 war. Die Produktion von 41 km Spannbetonröhren, die im November 1961 wurden jedoch lediglich 3,5 km Spannbetonröhren produziert, davon nur 30 km in guter Qualität. Dieser Bericht stammt aus dem Material der Zentralen Kontrollkommission.

Wie man bei der notwendigen Überprüfung der Investitionen vorgehen kann, hat der Bezirk Dresden gezeigt. Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes selbst leitete die Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Stahl- und Walzwerke im Bezirk. Im Verlauf der Überprüfung wurden in dieser Arbeitsgruppe eine Reihe von Verbesserungen und Auswahlen in der Investitionstätigkeit festgestellt und beseitigt. Da gab es solche Dinge wie im Stahlwerk Freital, wo aus Investitionsmitteln für die Erweiterung der Grundmittel, Wohnbaukosten für rund 1 Million DM für Wohnungsbaukosten verrechnet werden sollten.

Im VEB Stahl- und Walzwerk Riesa sollte unter der Bauaufsicht „Liedersdorf“ ein Gasthaus mit einem Investitionsaufwand von 435 TDM Baukosten entstehen. Wie konnten eine ganze Reihe solcher Beispiele auftreten. Im Ergebnis der bis zum 1. Dezember durchgeführten Überprüfung der Baukosten der zentralisierten Betriebe und Einrichtungen wurde in Dresden folgendes erreicht:

Insgesamt wurden 687 Objekte von 80 Planträgern mit einem Wertumfang von 142,6 Millionen DM überprüft. Der Staatlichen Plankommission wurde vorgeschlagen, den angemeldeten Baubedarf um 20,3 Millionen DM gleich 14 Prozent zu reduzieren und 88 Objekte aus dem Investitionsplan zu streichen.

Von den überprüften Objekten sollten 200 neu begonnen werden. Es wurde vorgeschlagen, nur 201 Objekte neu zu beginnen und die zurückgestellten Objekte der Bauzeit zu exakt vorzubereiten, daß eine Verkleinerung der Bauzeiten gewährleistet und die Einhaltung der vorgesehenen Inbetriebnahmetermine gesichert wird.

Jetzt, nach den Ausführungen unseres Genossen Leiter Übricht und nach den Darlegungen über den Volkswirtschaftsplan 1962 muß man sich überall über-

legen, welche weiteren Kürzungen an Investitionsaufgaben möglich sind.

Das wichtigste Ergebnis der Überprüfung besteht aber darin, daß die in den Entscheidungen über die Aufgaben und Arbeitsweise der zentralen Volkswirtschaftsorgane und ihrer Organe festgelegten Prinzipien in der Praxis konsequent verwirklicht wurden. Durch die Überprüfung erhielten die Mitglieder und Mitarbeiter des Rates des Bezirkes einen tiefen Einblick in das gesamte Baugeschehen des Bezirkes. In den Aussprachen mit den zentralen Planträgern wurden herabsetzende Auseinandersetzungen geführt und Auswüche in der Investitionstätigkeit beseitigt. Mit Recht hat der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, Genosse Wittich, bei einer Aussprache über die Ergebnisse der Überprüfung in einer Ratssitzung festgestellt, daß diese Arbeit für alle Beteiligten ein Erziehungsprozeß und eine gute Schule war.

In den letzten Jahren ist die Bauproduktion von Jahr zu Jahr gewachsen. Auf vielen Gebieten des Bauwesens gibt es sichtbare Fortschritte, zum Beispiel in der Industrialisierung des Hochbaus, insbesondere im Wohnungsbau. Die Industrialisierung im Industriebau ist im Gange, da, wo es unbedingt notwendig war. Während 1961 etwa 80 Prozent aller Wohnungen nach Typen gebaut wurden, betrug die Anwendung von Typen im Industriebau nur etwa 5 Prozent. Nur verschwindende Teile von Industriebauten wurden nach der Einheitsmethode errichtet. Das liegt allerdings zu einem großen Teil bereits an der Projektierung, die man entsprechend ändern muß.

Diese Tatsache, die sowohl der mangelnden Konsequenz der Bauleute, wie auch dem Unverständnis vieler Planträger zuzuschreiben ist, hindert uns, die Investitionen in der Industrie und auf einigen anderen Gebieten in dem erforderlichen Tempo durchzuführen.

Obwohl noch Schwierigkeiten in der Bereitstellung von Ausrüstungen besonders für den Tiefbau und den Industriebau bestehen, sind jedoch objektiv gute Voraussetzungen, insbesondere durch die bessere Vorbereitung der Projektierungunterlagen für die termin- und qualitätsgerechte Erfüllung der im Plan vorgesehenen Bauaufgaben gegeben.

Wie kann eine schnellere Steigerung der Bauleistungen erreicht werden? Die Hauptfrage ist, die Masse der Werktätigen im Bauwesen für die Durchführung der Planaufgaben zu mobilisieren und zu gewinnen, die Erfahrungen der Besten zu nutzen und das Produktionsniveau weiterzuführen. Dazu ist die Verbesserung der Arbeit der Leitungsorgane des Bauwesens unerlässlich und eine schnelle Erhöhung der Qualität des gesamten Systems der Planung der Investitionen und der Bauwirtschaft.

Die fortgeschrittensten Bauschaffenden haben verstanden, worum es geht. Die Brigade Postmann stellt die Frage richtig und hat das Beispiel geschaffen, wie die Reserven auf den Baustellen aufgedeckt und für die Erfüllung der Planaufgaben mobilisiert werden können. Diese Erfahrung gilt es im gesamten Bauwesen anzuwenden und auf allen Baustellen durchzusetzen. Die Werktätigen, die sich dieser Bewegung anschließen, werden aber nur dann einen vollen Erfolg haben, wenn die Leitungsorgane alle Hindernisse für ihre Arbeit beseitigen und die Entfaltung der Initiative allseitig unterstützen.

Die Entwicklung in Erfurt zeigt, wenn von den Leitungen der Partei und des Staates die Sache richtig

angepackt wird, dann geht es vorwärts. Die Genossen in Erfurt haben das Rapportsystem eingeführt. Dadurch kontrollieren sie die Planerfüllung täglich und wöchentlich, operativ einzugreifen und die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung der Bauabfertigung zu treffen. Auf der Grundlage dieser Arbeitsergebnisse konnte der Bezirk Erfurt in den ersten zwei Monaten dieses Jahres eine Steigerung der Bauleistung um 18,1 Prozent erreichen. Nicht ein einziger der anderen 14 Bezirke hat eine höhere Steigerung als 10 Prozent erreichen können. Die Bezirke Frankfurt, Juhl und Karl-Marx-Stadt haben die Leistungen von 1952 nicht erreicht.

Der Plan 1953 sieht eine Steigerung der Bauleistung um 16,1 Prozent vor. Auf dem Gebiet des industriellen Bauens sind die Hauptkräfte zu konzentrieren. Die Aufgabe ist real und muß auf alle Fälle erreicht werden.

Das Ministerium für Bauwesen und die Räte der Bezirke müssen garantieren, daß die volkswirtschaftlich entscheidenden Bauten vorrangig gesichert und zu den im Plan festgelegten Terminen fertiggestellt werden. Es ist notwendig, darüber Klarheit zu schaffen, daß jede Verzögerung in der Fertigstellung der Bauten weitere Produktionsverluste bedeutet, die uns Schwierigkeiten in der Materialversorgung, in der inneren Versorgung oder im Export bringen werden.

Daher appellieren wir an die Verantwortlichen in der Bauindustrie, ihre Kräfte darauf zu konzentrieren, daß die entscheidenden Vorhaben in guter Qualität und zu den festgelegten Terminen in Betrieb genommen werden. Dazu gehört, daß die großen Reserven, die in der breiten Anwendung der Montagebauweisen und der Fließfertigung in Industriebetrieben vorhanden sind, voll genutzt und die Kontinuität der Bauproduktion gesichert werden.

Ich möchte darauf hinweisen, daß nach dem Stand vom 28. Februar 1953 für 23 Prozent der beauftragten Planmengen für die volkswirtschaftlich wichtigsten Vorhaben noch keine Verträge mit den Baubetrieben abgeschlossen sind, daß besonders die chemische Industrie und das Verkehrswesen mit 40 Prozent ihre Mittel noch nicht vertraglich gebunden haben. Wir weisen die verantwortlichen Genossen darauf hin, daß diese Verzögerung die Arbeit des Bauwesens erschwert und uns nicht die Gewähr gibt, daß die im Plan festgelegten volkswirtschaftlich wichtigsten Vorhaben rechtzeitig fertiggestellt werden.

Die Räte der Bezirke und Kreise müssen unbedingt dafür sorgen, daß die im Plan vorgesehenen Auslastungen der Fabrikstraßen gewährleistet werden, sonst werden wir die notwendige Produktivität nicht sichern können. Auch die Qualität im Wohnungsbau muß entscheidend verbessert werden. Es ist wirtschaftlich nicht vertretbar, daß gegenwärtig jede zweite Wohnung bei der Fertigstellung Mängel aufweist und Nachbesserungen erfordert.

Jetzt kommt es darauf an, daß die vom Staatsrat und Ministerium im Beschluß vom 1. Februar 1953 festgelegte Linie konsequent verwirklicht wird.

Die großen Anforderungen des Jahres 1953 an das Transportwesen müssen im wesentlichen mit den vorhandenen Kapazitäten und Arbeitskräften durchgeführt werden. Trotz der damit zunehmenden Kompliziertheit der Einsätze sind unter voller Ausnutzung der Mög-

lichkeiten, die eine sozialistische Gemeinschaftsarbeit aller am Transport Beteiligten zur rationellen Ausnutzung aller Transportkapazitäten bietet, alle Voraussetzungen gegeben, um die gestellten Aufgaben zu durchzuführen. Im Vordergrund steht dabei die maximale Verknüpfung der Standorten der Transportmittel, die Ausschaltung aller unwirtschaftlichen und gegenläufigen Transporte durch eine komplexe Planung und Lenkung und eine kontinuierliche Inanspruchnahme des Transportraumes.

Im Post- und Fernmeldewesen steht die Durchführung der begonnenen Rekonstruktionsmaßnahmen der technischen Einrichtungen des Fernsprech- und Fernschreibwesens einschließlich der Kabelnetze im Vordergrund. Die Hauptaufgabe im Fernmeldewesen ist die weitere Verbesserung der Rundfunk- und Fernsehversorgung der Bevölkerung und vor allem die planmäßige Stärkung des Fernsehens und Rundfunkbetriebs. Die Rekonstruktion der Rundfunk- und Fernschreibnetze wird fortgesetzt.

Genau wie für das Transportwesen trifft es für diesen Zweig unserer Wirtschaft auch zu, daß es gegenwärtig nicht möglich ist, größere Investitionsmaßnahmen zu treffen, die vorhandenen Kapazitäten auszunutzen und das Post- und Fernmeldewesen weitergehend zu rationalisieren.

Die Aufgabe der Landwirtschaft besteht darin, in allen landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften die gute genossenschaftliche Arbeit zu organisieren, die Wirtschaftlichkeit aller LPG herzustellen und die Brutto- und Marktproduktion so zu steigern, daß der Volkswirtschaftsplan erfüllt und übererfüllt wird.

Es zeigte sich auf dem VII. Deutschen Bauernkongreß, daß immer mehr Genossenschaftsmitglieder den Kampf zur Durchsetzung einer mutterschaftlichen Ordnung und für ein ehrliches Verhalten gegenüber ihrer LPG und ihrem Arbeiter- und Bauern-Staat für die Sicherung der landwirtschaftlichen Brutto- und Marktproduktion führen.

Es liegt jetzt wesentlich an der Tätigkeit der staatlichen Organe, auf diesen großen Prozeß der lebendigen Auseinandersetzung in den landwirtschaftlichen Betrieben einen solchen aktiven Einfluß zu nehmen, daß die Landwirtschaft ihrer Hauptaufgabe gerecht wird: durch die volle Erfüllung der Marktproduktion eine planmäßige Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

Wie allen Genossen bekannt ist, wurde der Plan der Landwirtschaft bei den wichtigsten Positionen der pflanzlichen Produktion im Jahre 1951 nicht erfüllt.

Die Ertragsausfälle in der pflanzlichen Produktion führten zu einer bedeutenden Schmälerung der Futterbasis für die tierische Produktion des Jahres 1952. Trotz zusätzlicher Futtermittelimporte und der Heranziehung von etwa 7 T. Zuckergetreide für den Haushaltszucker konnte das entstandene Defizit nicht ausgeglichen werden. Dadurch mußte der Plan für das staatliche Auf- und Erntegut sowohl bei Schlachtvieh als auch bei Milch und Eiern gegenüber den Orientierungsziffern herabgesetzt werden.

Die Grundlagen für die Versorgung der Bevölkerung wurden außerdem zusätzlich belastet durch die Marktstände, die neben der pflanzlichen Produktion im Marktaufkommen bei Schlachtvieh und bei Milch am Ende des Jahres entstanden.

50X1-HUM

Der Volkswirtschaft wurden Importe von Fleisch, Butter und Zucker aufgelegt.

Es ist deshalb die Hauptaufgabe der Landwirtschaft, im Jahre 1962 durch die volle und termingerechte Erfüllung des Planes der Marktproduktion die für die Versorgung der Bevölkerung bilanzierten Mengen an Nahrungsgütern zu sichern.

Die Planerfüllung ist unser Gesetz.

Ich muß jedoch heute vor dem Plenum feststellen, daß bereits in den ersten Wochen des Jahres 1962 erneut ein Rückstand von 20 Tt Milch eingetreten ist, der für die Versorgung der Bevölkerung mit Butter und Trinkmilch eine zusätzliche Anspannung bedeutet. Die Auswirkungen sind in einigen Bezirken bereits sichtbar.

Die Bezirke Magdeburg, Dresden und Karl-Marx-Stadt haben allein die Hälfte dieser Rückstände zu verantworten. Besonders ernst ist die unbefriedigende Bewirtschaftung der Milchleistung je Kuh und das Wachstum der Milchviehbestände. Bei den Kuhbeständen ist gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ein Rückgang von über 9000 Stück eingetreten. Die Milchleistung je Kuh liegt im Januar und Februar etwa 10 Prozent unter der des Vorjahres. Man kann nicht hoffen, daß diese Entwicklung allein auf eine ungenügende Futtergrundlage zurückzuführen ist. Die Milchleistung des Jahres 1961 war gut.

Von den Partei- und Staatsorganen muß allen landwirtschaftlichen Betrieben wirksame Hilfe und Unterstützung gegeben werden, damit bei der Organisation der guten gemeinschaftlichen Arbeit in der Milchviehhaltung Ordnung geschaffen, die Futtermittel besser genutzt und die eingetretenen Rückstände im Milchviehstand im Verlaufe des II. Quartals beseitigt werden.

Bei Schlachtschweinen schulden bereits die Bezirke Leipzig, Frankfurt (Oder), Halle und Magdeburg erhebliche Mengen. Die Genossen in den Bezirken und Kreisen müssen sich darüber im klaren sein, daß jede Nichterfüllung des Planes bei Schlachttvieh, Milch und Eiern unmittelbare Auswirkungen auf die Versorgung der Bevölkerung hat.

Die Steigerung der Bruttoproduktion in der Feld- und Viehwirtschaft und die Steigerung der Arbeitsproduktivität sind im Jahre 1962 für alle LPG, VEG, KZOs und Bezirke Schwerpunkte der Arbeit. Sie sind die Hauptvoraussetzung für die termingerechte Planerfüllung in allen Positionen.

Unsere Hauptaufmerksamkeit sollte dabei der Hilfe für die wirtschaftsschwachen LPG gelten, weil dort noch die größten Reserven für eine Erhöhung der Produktion liegen. Das bedeutet eine rationelle Ausnutzung des Bodens, eine höhere Auslastung des vorhandenen Maschinensparks und damit eine entscheidende Verbesserung der Arbeit in der Feldwirtschaft zu erreichen. Nur so können wir die Futterbasis für eine schnelle Entwicklung in der Viehwirtschaft und die Steigerung ihrer Produktivität.

Genosse Walter Urbicht hat in seinem Referat auf dem VII. Deutschen Bauernkongreß ausführlich die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Planung und Leitung der Landwirtschaftsproduktion begründet.

Die Staatliche Plankommission muß gemeinsam mit dem Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und

Fortwirtschaft sowie den Räten der Bezirke und Kreise die Landwirtschaftsplanung so verbessern, daß in jedem Betrieb der Landwirtschaft die höchste Ausnutzung der natürlichen und ökonomischen Bedingungen gewährleistet wird. Eine der wichtigsten Aufgaben ist es dabei, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in die Planung einzubeziehen.

Für die Schwerpunkte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der sozialistischen Landwirtschaft müssen Mindestaufgaben zentral geplant und kontrolliert werden. Die Planung muß vor allem sichern, daß die fortgeschrittensten Erfahrungen in Wissenschaft und Technik so genutzt werden, daß sie zur Erreichung direkter wirtschaftlicher Erfolge in der gemeinschaftlichen Arbeit beitragen.

Große Aufmerksamkeit müssen wir dabei der Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit, dem richtigen Einsatz der vorhandenen Arbeitskräfte und der materiellen Fonds widmen. Durch die Planung der Brutto- und Marktproduktion muß eine systematische Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion organisiert werden. Hierzu ist ein solches System der Bilanzierung der wichtigsten ökonomischen Kennziffern zu entwickeln, das die Einheit der pflanzlichen und tierischen Produktion sowie die Einheit zwischen der Entwicklung der Produktion und den material-technischen Bilanzen einschließlich der Bilanzen für Arbeitskräfte gewährleistet.

Auch die Finanzplanung und das Rechnungswesen müssen so vervollkommen werden, daß sie die materiellen Prozesse, insbesondere den Reproduktionsprozeß klar widerspiegeln. Das darf jedoch nicht zur Erhöhung des Verwaltungsapparates in den Genossenschaften führen, sondern muß mit einer Vereinfachung des ganzen Rechnungswesens verbunden sein. Eine besondere Aufgabe besteht noch darin, eine gründliche Nutzeffektberechnung der Investitionen in der Landwirtschaft bereits durch die staatliche Planung zu gewährleisten.

Zur schnelleren Entwicklung der Landwirtschaft in den Nordbezirken, in denen noch große Produktionsreserven vorhanden sind, hat die Staatliche Plankommission die Ausarbeitung eines komplexen Programms eingeleitet. Bei der Entwicklung der Volkswirtschaft müssen wir diesen Bezirken für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion eine vorrangige materielle Unterstützung zuteil werden lassen.

Eine besondere Aufgabe der staatlichen Organe besteht darin, die Bemühungen der Genossenschaftsbauern zur richtigen Festsetzung der Arbeitsleistung und damit der Sicherung einer richtigen materiellen Interessiertheit zu unterstützen. Das gilt besonders für die Vorschläge der Genossenschaftsbauern, die den Übergang von den unwirtschaftlichen Subventionen zum stärkeren materiellen Anreiz für die Steigerung der genossenschaftlichen Produktion zum Inhalt haben. Dabei kommt es darauf an, solche konkreten Maßnahmen auszuarbeiten, die die Wirksamkeit des Gesetzes der planmäßigen proportionalen Entwicklung, der ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Verteilung nach der Leistung stärker unterstützen und bei gleichzeitiger allmählicher Einschränkung der Subventionen den LPG höhere Einnahmen durch die Steigerung der Produktion ermöglichen.

Damit muß das System der Prezzuschläge und Prämien überprüft und die ganze materielle Interessiertheit der Genossenschaftsbauern auf das Marktprodukt

50X1-HUM

entlehnt werden. Entsprechend sind auch die Erzeugerpreise so festzulegen, daß sie die Kosten der landwirtschaftlichen Produktion decken, die unwirtschaftlichen Subventionen beseitigen und die berechtigten Ansprüche der Bevölkerung und der Industrie befriedigt werden. Alle Genossen in den Staatsorganen müssen begreifen, daß dieser komplizierte Prozeß der Entwicklung der Landwirtschaft die Hilfe und Unterstützung der ganzen Volkswirtschaft erfordert.

Darum erwachen der Industrie vor allem auch bei der Bereitstellung der richtigen Mechanisierungsmittel neue Aufgaben. In den Empfehlungen des Bauernkongresses an die Regierung wird vorgeschlagen, auf dem Gebiet der Mechanisierung der Landwirtschaft vorrangig folgende Aufgaben zu lösen:

- a) Es ist ein Traktor für schwere Feldarbeiten mit hoher Arbeitsgeschwindigkeit und Arbeitsbreite zu schaffen.
- b) Die Traktoren der 40-PS-Klasse sind für die Durchführung von Pflegearbeiten zu verbessern und bei Schaffung des einheitlichen Traktorensystems durch Bereitstellung eines 40-PS-Tragchoppers zu ersetzen.
- c) Der M 60 ist durch die Bereitstellung eines 25-30-PS-Motors zur Erfüllung seiner ihm übertragenen Aufgabe in der Pflege und Innenwirtschaft funktionsicher zu machen.

Für die Sicherung der umfangreichen Transportaufgaben in der Landwirtschaft wird vorgeschlagen, einen allradgetriebenen LKW für Feld- und Straßentransporte mit etwa 3,5 t Nutzlast bereitzustellen.

Die Genossen des Maschinenbaus müssen außerdem ihre Aufmerksamkeit auf die Mechanisierung der Bodenbearbeitung, der Schaffung eines vollständigen Systems von Maschinen für die Mechanisierung der Kartoffel- und Rübenanbau sowie der Produktion von Maschinen und Geräten für die Hauswirtschaft und Innenmechanisierung konzentrieren.

Auf dem Gebiet des Bauwesens müssen solche Maßnahmen getroffen werden, daß die Entscheidung über Baumaßnahmen, insbesondere bei Um- und Ausbauten, im Rahmen der Kreisbaupläne unkomplizierter erfolgen kann. Dazu ist die Wahrnehmung bauaufsichtlicher Aufgaben durch die Gemeinden durchzusetzen und das Angebot in Typenprojekten entsprechend den Bedürfnissen der LPG zu vervollständigen. Die Genossen im Bauwesen müssen die LPG auch bei der Bildung und Pflanzung von zwischen-genossenschaftlichen Bauorganisationen tatkräftig unterstützen. Bei der Schaffung von Balltürmen müssen wir die Möglichkeiten des Um- und Ausbaus voll ausnützen.

Es geht in der Landwirtschaft darum, durch eine ständige Verbesserung der ständigen Planung und Leitung alle Kräfte auf die Erfüllung und Überwindung der Pläne zu konzentrieren.

In der Mechanisierung, die sich mit dem Planerfolg der LPG befaßt, wurde der Bauernkongress in seinen Beschlüssen, welche das Marktgütergesetz in der Landwirtschaft nicht erfüllt haben, nur in Ausnahmefällen Zuschüsse zur Verbesserung der Produktion zu sehen. In der Regel müssen die Betriebe und Kreis die Ausfuhr in andere Bezirke voll erhalten und vor der eigenen Bevölkerung bewähren, damit es keine Lücke in der Versorgung gibt. Es ist jedoch nicht möglich, nach einem ungenutzten Volkswirtschaftsplan zu korrigieren und erneut hoch-

wertige Industriewaren zu exportieren, um weitere Lebensmittel zu importieren.

Der Volkswirtschaftsplan 1962 sieht eine weitere Steigerung des Warenumsatzes in Höhe von 1,8 Milliarden vor. Diese Warenumsatzsteigerung ist sehr hoch. Klar ist: Man kann nur das verbrauchen, was produziert wird, deshalb muß gerade 1962 mit diesen Waren so gewirtschaftet werden, daß eine einigermaßen logistische Versorgung der Bevölkerung gewährleistet ist. Das ist Aufgabe des Handels, denn er ist Schwelger der in Industrie und Landwirtschaft hergestellten Konsumgüter. Will der Handel diese Aufgabe richtig lösen, dann muß er wissen, womit die Bevölkerung versorgt werden muß und wie sich der Bedarf entwickelt. Er muß folglich darauf Einfluß nehmen, daß nur solche Waren hergestellt werden, die die Bevölkerung gern kauft.

Wie oft verläßt ein Kunde unzufrieden den Laden, weil ihm nicht das Gewünschte angeboten wird, weil er sich nicht beraten fühlt. Er hat den Eindruck, es mangle an Waren, obwohl, wie in einigen Bezirken festgestellt wurde, genügend derartige Ware vorhanden ist. Was ist die Ursache? Die Industrie entwickelt nicht schnell genug ihre Produktion entsprechend den sich ständig verändernden Bedarfs- und Geschmacksansprüchen.

Im Handel wird die Ware, die durchaus den Wünschen der Bevölkerung entspricht, oft nicht konzentriert genug angeboten und die Sortimente sind noch auf zu viele Verkaufsstellen zersplittert. Das alles führt zu Störungen in der Versorgung, die Vielfalt unseres Warenangebotes wird nicht sichtbar und es entstehen außerdem volkswirtschaftliche Verluste. Das ist auch die wesentliche Ursache für das Entstehen sogenannter Überplanbestände. Diese Waren sind erst vor kurzer Zeit produziert und vom Handel eingekauft worden. In ihnen verkörpert sich die Arbeit und der Fleiß der Werktätigen unseres Landes. Man muß doch alles daransetzen, pfleglich mit diesen Waren umzugehen, sie gut anzubieten, um einem Kunden damit Freude zu machen. Das ist ein wichtiger Ausdruck der Achtung und Wertschätzung des Könnens und der Arbeit der Kollegen in Industrie und Landwirtschaft und im wahren Sinne des Wortes Dienst am Kunden.

Es ist aber auch an der Zeit, die Beziehungen zwischen Handel und Produktion so zu gestalten, daß künftig die guten Rohstoffe nur noch zu solchen Waren verarbeitet werden, die durch hohe Qualität, gute Verarbeitung und form schöne, zweckmäßige Ausführung zum Kauf anregen. Das Wissen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen Handel und Produktion besteht darin, daß sich jeder in Industrie und Landwirtschaft, im Handel, im Verkehrswesen und im Staatsapparat für die Versorgung der Bevölkerung verantwortlich fühlt; daß er den Bedarf und den Geschmack der Bevölkerung genau kennt, die Produktion rechtzeitig darauf orientiert und mit dem Kampf um beste Qualität, Einhaltung der Verträge nach Sortiment und Termin der Fabrikmarke Ehre macht.

Ein wichtiges Instrument für die Lösung dieser Aufgaben sind die Versorgungspläne, die eine exakte Übersicht über die Kapazität über die Produktion in Industrie und Landwirtschaft und über die gesamten Versorgungsaufgaben ermöglichen. Die Staats- und Handelsorgane müssen lernen, dieses Instrument richtig zu handhaben und eine sehr bewegliche, ideenreiche Arbeit zur Leitung und Sicherung der Versorgung zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang ist auch die Tätigkeit der künftigen Bezirksdirektionen der Handelsorganisation sowie die Verbesserung der Arbeit der Konsumgenossenschaften von großer Bedeutung. Es geht vor allem darum, die Reserven des Handels besser zu nutzen (z. B. durch vollständige Behebung des Warenfonds, sorgfältige Arbeit mit den Warenbeständen, Beseitigung der Handelsverluste und anderes). Nehmen wir z. B. die Handelsverluste 1961 an: In der HO in den Konsumgenossenschaften im Großhandel und in den Konsumgenossenschaften des Handels (Schulden, durch Unfälle, Fehlschüsse, Schwund, Brand, Verfall, Transportverluste und Handelsrisiko) in Höhe von über 60 Millionen DM entstanden.

Ungefähr ebensoviel kostet der Bau des neuen Warenhauses in Wilhelm-Pieck-Stadt. Diese Mittel werden aber nicht für den Handel, sondern für den Aufbau der Wirtschaft verwendet. Man kann so nicht wirtschaften. Im eigenen Haushalt geht das auch nicht. Schon viele Mitarbeiter des Handels führen den Kampf gegen Unruhe, plumpen die Waren und die Verkaufsteile wie ihre gute Stube, halten die Ehre des Handels hoch.

Aber auch viel energischer und von allen Mitarbeitern muß der Kampf gegen Verluste, gegen Veruntreuung, gegen den Verlust unter dem Ladentisch geführt werden. Viele Bürger, vor allem die Mitglieder der HO-Beiräte und Verkaufsteilenausschüsse unterstützen das Handelspersonal im Ringen um Ehrlichkeit und andere Verhältnisse. Sie festigen damit das Vertrauen der Bevölkerung zum Handel der Arbeiter- und Bauern-Macht.

Ganz wichtig ist es, daß die Mitarbeiter des Handels darauf achten, daß Schäden und Verluste bereits in der Industrie, in der Landwirtschaft und im Transportwesen von vornherein verhindert werden. Die Lager- und Transportarbeiter der Großhandelsniederlassung für Möbel in Peitz-Beritz-Cottbus, sind den Transportchäden zusammen mit den Kollegen von der Industrie zu Leibe gerückt und haben in kurzer Zeit die Transportchäden verringert.

Es scheint also, daß die Handelsverluste weitgehend beseitigt werden, große Reserven freigesetzt für die bessere Versorgung der Bevölkerung und für die weitere Entwicklung unserer Volkswirtschaft. Wir können die Mitarbeiter des Handels einen großen Beitrag zur allgemeinen Erfüllung des Planes 1963 und zur Festigung der Deutschen Demokratischen Republik leisten.

Sowohl in der Ausbildung an Hoch- und Fachschulen als auch in der Entwicklung der Oberchulbildung, in der gesundheitlichen und sozialen Betreuung unserer Menschen wie in der Entwicklung eines kulturreichen Lebens haben wir Erfolge zu verzeichnen, auf die unsere Werktätigen stolz sein können. Sie erhalten schon in den letzten Jahren nach ausreichendem Teil der materiellen und kulturellen Güter über die gesellschaftlichen Fonds.

Im Hoch- und Fachschulwesen ist die Überlegenheit unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung im Vergleich zu Westdeutschland besonders eindeutig und unübersehbar. Während in unserer Republik auf 10 000 Einwohner rund 60 Studierende an den Hochschulen kommen, liegt die vergleichbare Zahl in Westdeutschland bei etwa 27. An den Ingenieur- und Fachschulen zählen 120 gerechnet pro 10 000 Einwohner; in

Westdeutschland liegt diese Zahl bei 67. Der Charakter beider deutscher Staaten zeigt sich u. a. auch in der Beantwortung der Frage: Wer studiert? In der DDR sind mehr als 90 Prozent aller Studenten Arbeiter- und Bauernkinder, in Westdeutschland sind es etwa 3 Prozent.

Von rund 290 000 Studenten und Schülern an Hoch- und Fachschulen studiert der größte Teil vollkommen kostenlos und erhält staatliche Stipendien. 77 Prozent aller Schüler der allgemeinbildenden Schulen, die dieses Jahr die 9. Klasse abschließen, werden bereits in diesem Jahr in die 9. Klasse der Oberschulen übernommen. In Kinderkrippen, Kindergärten und Kinderhorten werden rund 950 000 Kinder betreut, wobei die Eltern lediglich einen Teil der Kosten bestreiten. Die gesundheitliche Betreuung einschließlich der Kurserhalte ist vollkommen kostenlos und der FDGB vergibt rund 1 276 500 Ferienreisen zu einem geringen Preis.

Das alles erhöht die Schaffenskraft und die Lebensfreude unserer Werktätigen, erhöht ihre Aktivität bei der Erfüllung der großen Aufgaben in der Produktion und schafft die Voraussetzungen für eine schnelle Erhöhung des wissenschaftlich-technischen Niveaus in allen Zweigen der Volkswirtschaft. Wir handeln gemäß der Erkenntnis, daß im Sozialismus die Wissenschaft die wichtigste gesellschaftliche Produktivkraft ist und ein hohes Bildungs- und Kulturniveau den gesellschaftlichen Fortschritt beschleunigen.

In den letzten 3 Jahren sind wir in einigen Fachrichtungen bei der Ausbildung der Hoch- und Fachschulkader über das in den Volkswirtschaftsplänen festgelegte Tempo hinausgegangen. So haben wir z. B. etwa 25 000 Ingenieure, Techniker und Meister mehr an den Ingenieurschulen aufgenommen. Jetzt besteht zwar die Möglichkeit, den großen Bedarf der Volkswirtschaft an wissenschaftlich ausgebildeten Kadern besser zu befriedigen, aber gleichzeitig entstanden durch die ungenügende Entwicklung der materiellen Kapazitäten Disproportionen, die den Ausbildungsgang erschweren. Unter diesen Bedingungen müßte für 1963 die Anzahl der Neuzulassungen gegenüber 1961, wo sie in einer Reihe Fachrichtungen beträchtlich über den Planstufen lag, reduziert werden. Trotzdem liegt die Gesamtzahl der Studierenden auch in diesem Jahr noch über der ursprünglich festgelegten Kennziffer.

Im gleichen Zeitraum stieg durch die Lernbewegung unter den Werktätigen und die Entwicklung unserer sozialistischen Schule das Bedürfnis, an Hoch- und Fachschulen zu studieren, sehr stark und von Jahr zu Jahr mehrten sich die Ausnahmestritte. Im Jahre 1961 betrug der Übergang von Bewerbern gegenüber den möglichen Aufnahmen mehr als 15 000. Die Tatsache, daß von Jahr zu Jahr die Zahl der Bewerber für ein Hoch- und Fachschulstudium weitaus höher ist, als die zur Verfügung stehenden Studienplätze, macht es erforderlich, daß die staatlichen Organe, besonders das Ministerium für Hochschulwesen und das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen, ihre Arbeit weiter intensivieren und sich zusätzlich mit der Berufsbildung und der Zulassung zum Studium befassen. Bisher gibt es trotz Festlegungen keine organisierte Berufsbildung sowie Berufslenkung in den 10. und 11. Klassen der erweiterten Oberschule. Unsere Forderung, eine Nomenklatur der Berufe auszuarbeiten, die das Abitur voraussetzen, wurde bis vor kurzer Zeit nicht erfüllt.

Die wissenschaftlich-technische Entwicklung, insbesondere in den Zweigen des Maschinenbaus, der Elektrotechnik und der chemischen Industrie, erfordert

über die Aufhebung von Hochschulabschlüssen. Die Abiturienten in einer Reihe von Berufen, die durch die Abhebung der Abitur Voraussetzungen ist. Die Organe der Volkshochschule müssen sehr rasch in Zusammenarbeit mit den Ämtern für Arbeit und den örtlichen Organen eine große Zahl von Abiturienten von der Notwendigkeit der Erlernung solcher Berufe überzeugen und ihnen erklären, daß ein Abitur noch nie automatisch das Privileg auf ein Direktstudium an den Hochschulen bedeutet hat.

Durch die Einführung des vorkursiven Jahres für die Abiturienten in den vergangenen zwei Jahren haben wir erreicht, daß der größte Teil der Studenten vor ihrem Studium produktive Fertigkeiten erlernt und sich durch ihre Arbeit eng mit der wirklichen Welt verbunden haben. Die bestehende Situation macht es erforderlich und es ist möglich, daß durch das Ministerium für Volkshochschule und das Staatssekretariat für die Berufsausbildung und für die Aufnahme der Abiturienten an die Universitäten, Hoch- und Fachschulen angestrebt wird.

Es wird vorgeschlagen, an den Universitäten und Hochschulen die Aufnahmeprüfung zu vereinfachen und zu beschleunigen. Das entspricht sowohl den Forderungen der V. Partei als auch den Forderungen vieler Wissenschaftler auf Erhöhung des Niveaus der Ausbildung. In diesen Aufnahmeprüfungen sollten sowohl der Wissensstand und die Verbindlichkeit der Bewerber als auch die Produktivität der Bewerber berücksichtigt werden. Bewerber mit abgeschlossener Berufsausbildung sollten bevorzugt werden.

Die betreffenden Staatsorgane sollen die entsprechenden Maßnahmen gemeinsam mit Lehrern und Wissenschaftlern ausarbeiten und die Bedingungen für die Aufnahmeprüfungen festlegen. Jetzt kommt es vor allem darauf an, die Qualität der Ausbildung zu erhöhen und die vorkursive Ausbildung zu beschleunigen. In der Hochschulbildung sollte der Schwerpunkt auf ein Minimum herabgesetzt werden. Es sollten beträchtliche volkswirtschaftliche Vorteile verbunden werden und wir können einer großen Zahl junger Menschen, die mit ungenügenden Voraussetzungen das Studium beginnen, bessere Eindrücke ersparen. Dazu ist es notwendig, strenge Maßnahmen bei der Auswahl der Studienbewerber anzulegen und die besten, die über die erforderliche persönliche Kraft und über entsprechende Kenntnisse verfügen, zum Studium zuzulassen.

Die für 1962 festgelegte Zahl der Neuzulassungen entspricht im Hinblick auf die in den letzten Jahren einsetzende Flächenerweiterung sowohl unseren ökonomischen Möglichkeiten als auch der Notwendigkeit einer raschen Vermehrung der wissenschaftlich-technischen Kräfte. In den Jahren 1962 bis 1965 werden etwa 30 000 Absolventen der Hochschulen und etwa 120 000 Absolventen der Fachschulen - die Meister nicht eingerechnet - in allen Zweigen der Volkswirtschaft eingesetzt werden können. Diese Entwicklung wird sich noch nach 1965 fortsetzen, so daß der in vielen Bereichen vorhandene Mangel an wissenschaftlich und technisch qualifiziertem Personal überwunden wird. Dabei werden entsprechend den Ergebnissen der langfristigen Kadernachschubplanung noch vorhandene Disproportionen in der Ausbildung beseitigt.

Auch auf dem Gebiet der Volkshochschule ist in den letzten Jahren ein sehr hohes Entwicklungstempo erreicht worden. Dabei blieb die Schaffung von Schulplätzen weit hinter der rasch anwachsenden Schülerzahl zurück. Das machte es notwendig, das Tempo zu überprüfen. Der Ministerrat beschloß, für 1962 das ständige Proportionalitätsprinzip an Schülern der ersten Klassen von 1961 in die neuesten Klassen der Oberschulen zu überführen.

Wie notwendig diese Korrektur war, ergibt sich auch aus einem anderen Zusammenhang. Der erforderliche Nachwuchs an Facharbeitern der Industrie, des Bauwesens, für die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, den Verkehr usw. bereitet uns große Sorgen. Durch den 1945 und in den folgenden Jahren eingetragenen Geburtenanstieg, aber auch durch die Notwendigkeit der raschen Einführung der zehnklassigen allgemeinen bildenden Polytechnischen Oberschule und die Überschreitung des Studiums ging die Zahl der Jugendlichen, die eine Berufsausbildung aufnehmen, von rund 345 000 im Jahre 1961 auf rund 85 000 im Jahre 1962 zurück. Durch die beschlossenen Maßnahmen steigt nun 1963 die Zahl der Jugendlichen, die eine Berufsausbildung aufnehmen, auf rund 95 000, also um 10 000, an.

Bei den Kinderkrippen sieht der Volkswirtschaftsplan einen Zuwachs von 9200 Plätzen vor, womit eine Kapazität von insgesamt 122 800 Plätzen erreicht wird. Bei den Kindergärten werden 27 600 Plätze neu geschaffen. Die ursprünglich vorgesehene Kennzahl wird dabei um 8000 Plätze überschritten. Bei den Schulen wird die ursprüngliche Kennzahl sogar um 15 000 Plätze überschritten. Jetzt gilt es, die Kapazitäten rascher auszunutzen und sie den Kindern verfügbar zu machen.

Außerste Sparsamkeit ist gerade für den kulturellen Bereich, wo vielfach noch sehr großzügig mit den Mitteln des Staatshaushalts umgegangen wird, unbedingt notwendig. Diese Forderung steht in nicht wenigen Fällen auf Unverständnis. Dadurch sollte es aber zum Beispiel gefordert sein, daß die Stützpunkte der Volkshochschule von Jahr zu Jahr steigen oder daß die Hauswirtschaftlichen Schulen erweitert werden. Das ist unbedingt notwendig, daß die Hauswirtschaftlichen Schulen immer mehr ausgebaut werden.

Es gilt auch, schnell zu machen mit den über die gesellschaftlichen Erhaltung von der Arbeit für die Frau- und Abendstudien, Möglichkeiten der Weiterbildung und insbesondere im kombinierten Studium mit der ununterbrochenen Fortbildung des vollen Lebenszyklus. Es muß auch endlich durchgesetzt werden, daß die wissenschaftlichen Institute im Bereich der Akademien der Wissenschaften und der Industrie für die Ausbildung von Studenten und Aspiranten genutzt und damit Millionen DM an Investitionen eingespart werden.

In vielen Fällen wurden neue Kulturbauten, Hochschulinstitute, Schulen und Krankenhäuser mit einem unverantwortlich hohen Aufwand errichtet, der in keinem Verhältnis zum Nutzen steht. Hier gilt es, strenge Maßnahmen zu ergreifen, diese Aufwendungen erheblich herabzusetzen und mit den vorhandenen Mitteln einen beträchtlich größeren Nutzeffekt zu erzielen.

Der Plan stellt der örtlichen Industrie die Aufgabe, im Jahre 1962 eine Produktion zu erreichen, die um 1,1 Milliarden DM - 4,5 Prozent höher ist als der erreichte Umfang im Jahre 1961. Die betriebs- und produktionsorientierten Betriebe stellen ein Drittel der gesamten

50X1-HUM

Bruttoproduktion, etwa die Hälfte der Konsumgüterproduktion und etwa drei Viertel des Gesamtumsatzes der Produktion der Lebensmittelindustrie her. Die Planerfüllung im Jahre 1961 zeigt, daß die allgemeinen Konsumtenden erfüllt wurden. Wenn man aber die Planerfüllung gründlich analysiert, wird ersichtlich, daß in der örtlichen Industrie noch bedeutende Reserven bestehen, die bisher noch nicht genutzt wurden und jetzt genutzt werden müssen. Zum Beispiel hatte Magdeburg für 1961 einen Planvorschlag mit einer Steigerung der Bruttoproduktion auf nur 103 Prozent erreicht, obwohl im vergangenen Jahr 108 Prozent erreicht worden waren. Es bedurfte erst einer Auseinandersetzung mit den Genossen in der Plankommission und im Bezirkswirtschaftsrat, bis die Schwächen in ihrem Planvorschlag anerkannt wurden. Jetzt haben die Genossen nach dem neuen Plan, den sie sich selbst gesetzt haben, in den ersten Monaten im Vergleich zum Januar, Februar 1961 eine Steigerung auf 108,3 Prozent erreicht. Das zeigt, welche Reserven vorhanden sind. Wir fragen die Genossen aus den anderen Bezirken, ob sie nicht auch bereit sind, ihre Reserven auf den Tisch zu legen.

Die halbstädtischen Betriebe haben gute Ergebnisse bei der Steigerung der Produktion erreicht. Die Zusammenarbeit dieser Betriebe ist höher als die der volkseigenen Betriebe der örtlichen Industrie. Sie wurde aber in erster Linie durch Erhöhung der Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte erreicht. Die Aufgabe besteht darin, den halbstädtischen Betrieben auf der Basis der Volkswirtschaftspläne feste Aufgaben für die Produktion, die Arbeitsproduktivität und damit auch für die Steigerung des Ergebnisses zu stellen und den Kampf der Wirtschaft dieser Betriebe um die Erreichung der Plankonzepte aktiv zu führen.

Die Pro-Kopf-Leistung der Beschäftigten in den privaten Betrieben erreichte etwa 60 Prozent der Pro-Kopf-Leistung in vergleichbaren volkseigenen Betrieben. Selbstständige Unternehmer stellen in der freien Wirtschaft einen Anreiz für ständige Steigerung des Leistungsniveaus dar. Die Politik der Partei zur Förderung dieser Betriebe für die ständige Steigerung erfolgt auf der Grundlage der Regierungserklärung vom 28. April 1960. Das heißt, die Inhaber entscheiden selbst, in welcher Weise sie arbeiten wollen.

Es wurde an uns die Frage gerichtet, welche Punkte das Handwerk in der DDR hat. Das ist leicht zu beantworten. Das Handwerk hat für die Versorgung der Bevölkerung eine große Bedeutung und es hat eine allseitig gesicherte Perspektive. Den Produktionsgenossenschaften und den Einzelhandlern ist die Aufgabe gestellt, den Umfang und die Qualität ihrer Leistungen für die Bevölkerung weiter zu erhöhen, Erzeugnisse nach individuellen Wünschen herzustellen, Reparaturen an den Gegenständen des persönlichen Bedarfs, der Kleidung und den Wohnungen durchzuführen und die Dienstleistungen aller Art ständig zu erhöhen.

Auch die Dienstleistungen der kommunalen Einrichtungen und volkseigenen Dienstleistungsbetriebe sind weiter zu vergrößern. Besonders erhöht werden die Leistungen der Waschanstalten und der Anstalten für chemische Reinigung. Es ist notwendig, daß die Räte der Städte, Bezirke und Gemeinden Maßnahmen treffen, die in den kommunalen Dienstleistungsbetrieben vorhandenen Kapazitäten besser auszunutzen.

Es ist wichtig, einige Bemerkungen zur wirtschaftlichen Führung und strengen Sparsamkeit zu machen.

Die Beratung des Parteikomitees des VEB Großdrehmaschinenbau „J. M.“ in Karl-Marx-Stadt hat ein ausgezeichnetes Programm angenommen. Darin heißt es:

Das Neue des Produktionsaufgebotes besteht u. a. darin, daß alle Verpflichtungen zusammen ein einheitliches Kampfprogramm der Arbeiter und der Intelligenz für die höchste Rentabilität der Produktion bilden. Die Selbstkosten sind der Spiegel unserer Leistung.

Das entspricht voll den Forderungen, die Genosse Walter Ulbricht auf der 14. Tagung erhoben hat, daß wir durch die konsequente Anwendung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Kontrolle durch die Partei noch größere Reserven erschließen. Es reicht nicht aus, nur die Produktionsziffern zu sehen und sozusagen „um jeden Preis“ zu wirtschaften.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten sind zwei Seiten ein und derselben Sache. Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität zum Beispiel durch ständige Erhöhung der Überstunden führt nicht zu der im Staatsplan festgelegten Selbstkostensenkung und bringt uns damit nicht den ökonomischen Effekt. Alle Aufwendungen, die bis zur endgültigen Auslieferung eines voll verwendbaren Produkts gehören, sind natürlich Selbstkosten der Produktion.

Gestattet aber, daß ich einmal aufzähle, was nach der zur Zeit geltenden Ordnung, die unsere Finanzorgane erlassen haben, nicht in die Selbstkosten eingeschätzt wird:

Aufwendungen für Lohnzuschläge auf Grund der Abschaffung der Lebensmittelkarten im Jahre 1958,

außerplanmäßige Zinsen für Überplanbestände von Material und Fertigprodukten,

Vertragsstrafen für nichttermin- und nichtvertragsgerechte Auslieferungen,

Wartestandgelder,

Kosten für Abbruch und Verschrottung,

Kosten für vermietete, verpachtete und stillgelegte Grundmittel.

Alle diese Kosten werden aus dem Gewinn getragen. Aber wenn man diese Kosten nicht als Selbstkosten ausweist, kommt man natürlich nicht zu den echten Selbstkosten der Produktion.

Es hat keinen Zweck, über diese Fragen endlose theoretische Diskussionen zu führen, sondern unser Finanzministerium muß hier entsprechend den Erfordernissen der sozialistischen Wirtschaftsführung schnell die notwendigen Regelungen treffen oder vorschlagen, die uns eine volle Darstellung der echten Selbstkosten ermöglichen.

Zu diesen Vorschlägen, die ausgearbeitet sind, gehört auch die Veränderung der jetzt existierenden Produktionsabgabe.

Sicher gibt es auch bei einigen Betriebsleitern in der Frage der Selbstkosten noch Unklarheiten. Sie sind der Meinung, daß die notwendig werdenden Nacharbeiten und Garantieleistungen nicht ein Bestandteil der Produktionskosten sein sollen. Es ist aber doch selbstverständlich, daß der Produktionsprozeß erst dann abgeschlossen ist, wenn die Auslieferung eines voll leistungsfähigen Produkts erfolgt. Alle Aufwendungen,

die dazu führen,
ausgewiesen werden.

Eine entscheidende Funktion des Preises ist es, als Anreiz für die Einführung der neuen Technik und für die Einsparung von Material und Arbeitszeit zu dienen.

Die Genossen in unseren Finanzorganen müssen ferner überprüfen, ob es nicht möglich ist, jetzt schon in weitaus höherem Maße, als dies z. Z. geschieht, die planmäßigen Investitionen und die notwendige Erhöhung der Umlaufmittel aus den Betriebsgewinnen zu finanzieren. Dadurch würden wir auch auf dem Gebiet der Investitionstätigkeit zu einer stärkeren Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit der Investitionen gelangen.

Der Gewinn ist ein wichtiges Kriterium für die Beurteilung der gesamten wirtschaftlichen Tätigkeit des Betriebes. Wir sind dafür, daß die materielle Interessen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben verstärkt von der Höhe der erzielten Gewinne abhängig gemacht wird. Es ist im Prinzip nicht richtig, daß die Prämienfonds der Betriebe auf der Grundlage der planmäßigen Lohnsätze gebildet werden. Das Neue ist, daß die individuellen Prämien für die Arbeiter und Angestellten unmittelbar von der Erfüllung der wirtschaftlichen Kennzahlen der Betriebe abhängig gemacht werden. Nur das ist verantwortungsvoll.

Auf dem 14. Plenum sagte Genosse Walter Ulbricht, daß die Mitarbeiter der Finanzorgane dann richtig arbeiten, wenn sie die neue Technik großzügig und weitestgehend fördern und gleichzeitig unverbindlich sind gegen Planverstöße, Verschwendung und unrationellen Aufwand.

Diese Aufgaben erfüllen die Mitarbeiter der Finanzorgane bisher noch nicht ausreichend. Es ist z. B. notwendig, die Prämienbestimmungen für die in Forschung und Entwicklung tätigen Mitarbeiter zu überarbeiten. Die volle Prämienzahlung sollte möglichst erst dann erfolgen, wenn die Forschungsergebnisse bereits in die Produktion überführt sind. Ferner sollten die vorhandenen Maßnahmen zur Umstellung einiger Forschungsinstitute auf eine teilweise wirtschaftliche Betriebsführung beschleunigt durchgeführt werden.

Die Leiter der sozialistischen Banken müssen die ihnen übertragenen Pflichten und Rechte für die Ausrichtung von Krediten voll wahrnehmen. Das erfordert eine verstärkte Arbeit der Leiter auf diesem Gebiet, aber auch eine volle Unterstützung durch die zuständigen Organe der Industrie. Wenn Betriebe, und insbesondere hier auch an unsere großen und größten Volkswirtschaft und Bestandhaltung haben, so schlagen unsere Finanzorgane vor, daß ihnen der Bankaufschuß verboten werden sollte bis zu dem Zeitpunkt, wo sie Ordnung geschaffen haben. Man muß darüber nachdenken, ob dieser Vorschlag zweckmäßig ist.

Wenn z. B. bei der Überprüfung von Investitionsvorhaben durch die Investitionsbank festgestellt wird, daß Anschaffungen vorgesehen werden, die nicht mit den strengsten Sparsamkeit zu vereinbaren sind, so müssen die Finanzorgane die Bestellung oder Anschaffung untersagen. Wird ein solches Verbot nicht eingehalten, so muß das übergeordnete Organ ein Disziplinarverfahren einleiten. In den Fällen, wo auch das nicht ausreicht, kann die staatliche Kontrolle eingeschaltet werden.

werden. In verschiedenen Fällen stellen die Bankorgane fest, daß Maschinen, Ausrüstungen usw. von den Betrieben aus Investitionsmitteln angeschafft, aber in der Produktion nicht eingesetzt werden. Hier ist zu prüfen, ob diese Maschinen und Ausrüstungen sofort dem staatlichen Vermittlungskontor angeboten werden, das sie an solche Betriebe verkauft werden, die diese Maschinen dringend benötigen. Darüber muß von den Leitern der Bankfilialen eine strenge Kontrolle ausübt werden.

Unsere Investitionsbank darf auch nicht nur eine Kontrolle bei der Vorbereitung der Investitionen ausüben, sondern muß gleichzeitig die zügige Durchführung der Investitionen und den ökonomischen Nutzen des fertiggestellten Vorhabens analysieren.

Die Partei und die Regierung haben wiederholt gefordert, daß eine Reduzierung der Anzahl der Mitarbeiter im gesamten Staatsapparat durchgesetzt wird. Es ist jedoch ein Anwachsen der Beamtenzahlen und der Sachverständigen Organe zu beobachten. z. B. auch, daß die Zahl der Forschungs- und Entwicklungsinstitute sich ganz bedeutend vergrößert hat. Die Anzahl der technischen Forschungsinstitute im Bereich des Volkswirtschaftsrates hat sich in den letzten drei Jahren von 40 auf 60 erhöht. Der Volkswirtschaftsrat wird jetzt geleitet von 90 bis 100 Sachverständigen, die sind bestrebt, sich als eine Arbeit zu betätigen, die in der ganzen Volkswirtschaft muß strenge Sparsamkeit herrschen. Es ist unzulässig, daß unsere Betriebe und Verwaltungen immer noch nicht auf die Erfolge und für Repräsentationen bei der Vorbereitung von Delegierten ausgeben.

Auch der Umfang der sogenannten Maschinenkontrollen in vielfältigen Formen ist absolut zu hoch. Wir sind dafür, daß für den Absatz der Erzeugnisse unserer sozialistischen Industrie auch eine Werbung durchgeführt wird. Aber das muß für diejenigen Produkte geschehen, deren größeres Absatz wir organisieren wollen, und nicht gerade für die Produkte, die wir nicht haben.

Der Volkswirtschaftsrat sollte für diese Aufgaben strenge und wirksame Normen festlegen und die auch in der gesamten Volkswirtschaft durchgesetzt werden. Dabei wird für bestimmte Ausgaben, insbesondere ein direkter Verbot, ausgeschrieben werden müssen.

Genossinnen und Genossen!

Der Plan 1962 stellt ökonomische Ziele. Seine Erfüllung erfordert vor allem ideologische Klarheit. Unsere Lage ist so, daß jeder Dogmatismus vermieden und der Schematismus entschieden bekämpft werden muß. Außerste Beweglichkeit steht im Mittelpunkt der Tätigkeit aller Leitungen. Keine einzige ökonomische Frage läßt sich durch formales Administrieren lösen. Die Widersprüche, um deren Lösung wir ringen, lassen sich nur durch kluges, überlegtes Vorgehen bei Berücksichtigung aller Faktoren überwinden. Wir appellieren zunächst und vor allem an die Mitglieder der Partei, in unseren eigenen Reihen dafür zu sorgen, daß klar gestellt wird, wie in jeder Verwaltung, in jedem Betrieb gearbeitet werden muß, damit unsere Republik schnell die Mittel erwirtschaftet, die sie für unseren weiteren Aufbau benötigt.

Wir fordern von niemandem, daß er jetzt Redebekämpfungen auf sich nimmt, um den Weg zu einer

50X1-HUM

Einem Mann zu
 ein Leben in einem guten Lebensstand zu ermöglichen. Das
 ist unser Ziel und in den nächsten Jahren schrittweise
 zu verwirklichen, dass gilt es in Industrie und Landwirtschaft
 die Produktivität zu erhöhen und damit mit der
 entsprechenden Verwendung von Staatsgeldern, die
 das Volkswirtschaften sind, Schritt zu machen.

Alle können mithelfen. Das Bewusstsein der Men-
 schen zu entwickeln. Bei uns geraten aber viele Werk-
 stücke noch in eine schlechte Lage. Ihr Bewusstsein ent-
 wickeln sich, sie verstehen die Probleme des Mann, und
 dann kommen sie in einen solchen Zustand von Ver-
 zerrungen und fälschen materiellen Anreiz, daß sie
 schließlich inspektieren. Sie geraten in eine Lage, die
 sich mit dem Sprichwort charakterisieren kann: Der
 Hund ist wild, aber der Fleisch ist schwach.

In diese Lage kommen aber viele Menschen nur
 deshalb, weil es hängt in der Qualität der Leitung

von, menschliche Eigenschaften werden und nicht
 sorgfältig und überall Ordnung gemacht wird. Deshalb
 ist in allen staatlichen Organen und den Betriebs-
 stellungen die Qualität der Leitung so zu verbessern,
 daß überhaupt für die Rentabilität unserer Volkswirtschaft, für die Beseitigung der Verluste, für die
 Erhöhung der Produktivität gekämpft wird.

Kein Leiter soll sich damit entschuldigen können,
 daß Verordnungen ihm die Möglichkeit nehmen, Ord-
 nung zu schaffen. Wenn es einzelne Verordnungen
 gibt, die nicht mehr zweckmäßig sind, dann muß man
 Vorschläge zur Veränderung machen.

Jeder Werktätige, ganz gleich, ob er in der Produk-
 tion als Angestellter oder Wissenschaftler arbeitet oder
 in Leitungen von Betrieben tätig ist, muß wissen:

Unser Wohstand, der Frieden und der Sozialismus
 hängen davon ab, daß wir die im Plan gestellten
 Aufgaben lösen!

50X1-HUM

50X1-HUM

Bericht des Politbüros

Berichterstatter: Genosse Paul Verner

50X1-HUM

50X1-HUM

Lebe Genossen und Genossinnen! Die Zeit nach dem 14. Plenum unseres Zentralkomitees war reich an Ereignissen. Sie verlangte von den Parteiorganisationen und den anderen gesellschaftlichen Kräften vielerlei Anstrengungen und erforderte manches Kopfzerbrechen. Das ist doch genau, die Beschlüsse unseres 14. Plenums zu verwirklichen. Deren Grundzüge das Programm der XXII. Parteitage der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und seine Anwendung auf die von der Entwicklung gestellten Aufgaben für die Sicherung des Friedens und den Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ist schon nicht zu verkennen. In Verbindung mit den Beschlüssen unseres jetzigen Plenums und ausgerüstet mit dem Entschluß, die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands — auch in Zukunft. Alles muß darauf konzentriert werden, die ökonomischen Grundlagen der Deutschen Demokratischen Republik weiter zu stärken. Denn diese bildet die entscheidende Voraussetzung für neue Schritte im Kampf um die Beendigung der Reste des Krieges, den Abschluß des Friedensvertrages und auf diese Weise die Lösung der Westberlinfrage sowie die Festigung unserer Arbeiter- und Bauern-
Staates.

Die ökonomischen Grundlagen der DDR stärken

Wir haben unsere Anstrengungen fast auf dieses Ziel konzentriert, das heißt, das ökonomische Fundament der DDR zu stärken. Das ist eine Aufgabe, die nicht nur für die DDR, sondern auch für die gesamte sozialistische Angelegenheit. Die wichtigste Aufgabe bei der Durchführung der Parteitage besteht darin, wie die Beschlüsse der Parteitage, die Genossenschaftsbewegung, die Wirtschaft und alle Werktätigen in der Massenbewegung zu stimulieren, daß sie lernen, die ökonomischen Grundlagen des sozialistischen Aufbaus zur Geltung zu bringen.

Diese Aufgaben werden uns so besser gelöst, je konsequenter wir uns in unserer gesamten Praxis davon überzeugen, daß Parteilichkeit in erster Linie und überhaupt das heißt, mit dem Massen ist, daß politisch führen heißt, die Massen durch die Richtigkeit der Politik unserer Partei und Regierung zu überzeugen. Deshalb ist für uns, wie Genosse Walter Ulbricht im letzteren mit „Neues Deutschland“ besonders betont hat, der Stand der politischen Bewusstseins der Bevölkerung Mittel der Parteilichkeit. Dieser Maßstab gilt für die Bewertung der Rolle der Deutschen Demokratischen Republik und der Perspektiven Deutschlands ebenso wie die Bewertung des Plenums nach qualitativem und quantitativen Kriterien, die Einführung der neuen Technik, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Stärkung des kulturellen Lebens der Werktätigen.

Genau zweifeln sind wir seit dem 14. Plenum unseres Zentralkomitees ein gutes Stück vorangekommen. Viele Parteiorganisationen, ihre Leitungen, Agitatoren und Propagandisten strengen und strengen sich an, um den politischen Menschen die Grundfragen unseres Kampfes zu erläutern, die wichtigsten Fragen zu beantworten, die bei diesem großen, klaren Gespräch gestellt werden. Sie bemühen sich, Klarheit über das tatsächliche Kräfteverhältnis, über die historische Rolle der DDR und unsere sozialistische Perspektive sowie über den Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus zur Lösung der nationalen Frage in Deutschland zu schaffen, damit Hände und Köpfe noch erfolgreicher an der weiteren Stärkung der ökonomischen Grundlagen unseres Arbeiter- und Bauern-Staates arbeiten.

Die Bezirksleitungen haben in Auswertung des 14. Plenums und nach der Beratung des Sekretariats des ZK mit den 1. Bezirkssekretären am 18. Januar 1962 in großen und ganzen eine richtige Konzeption erarbeitet und solche Fragen wie die Klärung der Rolle der DDR, der Zukunft Deutschlands und damit im Zusammenhang die Lösung der ökonomischen Aufgaben in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit gestellt. Leitende Funktionäre der Bezirks- und Kreisleitungen trafen und treffen häufiger in Parteiversammlungen, Arbeiterversammlungen und Foren zu den Grundfragen unserer Politik auf und helfen der Bevölkerung, Klarheit zu gewinnen.

Das große Gespräch über die Lebensfragen unseres Volkes fortsetzen

Unter dem Einfluß der Ereignisse, besonders nach dem 12. August, und der politisch-ideologischen Arbeit unserer Partei haben breite Kreise unserer Bevölkerung begonnen, tiefer über die Lebensfragen des deutschen Volkes und den von unserer Partei gewiesenen Weg zu ihrer Lösung nachzudenken. Ohne Zweifel ist das Interesse an den Fragen unseres nationalen Kampfes gewachsen. Die Produktionen in Industrie und Landwirtschaft zeigen davon.

Dennoch dürfen wir nicht darüber hinweggehen, daß noch eine große Arbeit zu leisten ist, um bei allen Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik völlige Klarheit über den konkreten Weg zur Überwindung der Spaltung Deutschlands, zur Wiedervereinigung auf demokratischen Grundlagen und zur Lösung der nationalen Frage zu schaffen. Nicht immer wird der nationalsozialistische Frage in Deutschland gesehen, was vorgelegt zu unrealen und illusionären Wiedervereinigungsvorstellungen führen muß. Oftmals werden die Durchsetzung der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden deutschen Staaten mit der Wiedervereinigung gleichgesetzt, wurden durch Unklarheit und teilweise auch durch Ausweichen vor den konkreten Fragen der Bevölkerung Illusionen über einen kürzeren, aber nicht

50X1-HUM

50X1-HUM

vorhandenen Weg zur Lösung der nationalen Frage verbleibt. Das geschieht hauptsächlich dort, wo in oberflächlicher Weise, abstrakt oder formal und ohne Ausleben, zum Thema „Sozialismus-Imperialismus und nationale Frage in Deutschland“ gesprochen wird.

Die nationale Frage so zu klären, daß jeder einzelne die richtigen Konsequenzen für seine eigene Haltung und sein Handeln zieht, ist langwierig. Es gab und gibt nicht wenige Leute, die aus der Entwicklung Deutschlands und der antinationalen und volksfeindlichen Politik des Hitler Regimes keine Bilanz ziehen wollen oder es auch nicht können, doch die entsetzten Lage stehen noch nicht die ganze Gefährlichkeit der nationalen Verrats, der durch die weitestgehende Machthaber der Bundesrepublik Deutschland mit der Heranziehung des westdeutschen Superstaates aus dem deutschen Nationalsozialismus wurde. Lebendig sind auch noch nationale Vorurteile und Empfindungen, Urteile und historischen Entwicklung in Deutschland nationalistisch und chauvinistisch entstellt und verzerrt worden sind. Und unser Volk und die Völker Europas unermesslich Opfer kosteten.

Um die Klarheit zu schaffen, genügt es nicht, abstrakte Formeln oder bloße Leitsätze wiederzugeben, es reicht nicht aus, zu überlegen, ob die fünf Grundzüge der Definition über die Nation zutreffen oder nicht. Wir müssen überlegende und schlagkräftige Argumente in die Diskussion tragen und dabei dürfen wir nicht vergessen, was Genosse Ulbricht in seinem Vortrag betont hat, daß sich die Menschen nicht im gleichen Tempo entwickeln, daß es aber unsere Aufgabe ist, sie alle - unabhängig von ihrer Weltanschauung und ihrer sozialen Herkunft - auf dem Weg zum Weg des Sozialismus mitzunehmen.

Es erweist sich daher als notwendig, mit unverwundlicher Kraft, besonders durch Aussprachende, Diskussionen im kleineren Kreis, durch Seminare usw. die politischen Erkenntnisse über die nationale Rolle der Deutschen Demokratischen Republik durch die beharrliche und ständige ideologische und erzieherische Arbeit der Partei weiter zu vertiefen. Das Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“, dessen Manifest unsere nationalen und politischen Komplexen, mit denen unserer Epoche entsprechenden neuen sozialistischen Inhalt, gibt uns dafür eine klare Manuskripte.

Wissenschaftlich-technischen Fortschritt als Mittelpunkt des Produktionsaufgebotes

In vielen Fällen wird die Klärung dieser Grundfragen schon besser mit der Lösung der ökonomischen Aufgaben verbunden, wie umgekehrt dargestellt wird, daß die Erfüllung der Produktionsaufgaben der unmittelbare und direkte Beitrag für unseren politischen Kampf ist. Unter dem fortgeschrittenen Teil der Arbeiter und der technischen Intelligenz ist im Rahmen des Produktionsaufgebotes die Bewegung zur raschen Einführung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, zur erhöhten Aufdeckung aller Reserven für die schnelle Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten weiter gewachsen.

Die Einführung der Erfahrungen der Brigade Fortmann in einer großen Zahl von Betrieben, die in

Initiative der Lichtenberger Elektrodrehwerk, der Arbeiter der Zentralwerkstatt „Marie Hoop“ in Zwickau und der Arbeiter anderer Betriebe sind dafür bereiter Ausdruck. widet sich zugleich die sozialistische Einstellung zur Arbeit weiter vorwärts.

Unter diesem Gesichtspunkt empfehlen wir allen Parteileitungen und allen Parteiorganisationen, das Programm und den Aufruf zur Steigerung der Arbeitsproduktivität der Parteifunktionäre des VEB Grubenmaschinenbau „F. Mas“ in Karl-Marx-Stadt zur Weiterführung des Produktionsaufgebotes im Jahre 1963 weiterzuentwickeln und daraus für ihren Verantwortungsbereich eigene Schlußfolgerungen zu ziehen.

Das gilt in besonderem Maße für die Parteifunktionäre, die im Mittelpunkt der Verpflichtungen der Arbeiterfunktionäre, der Arbeit der Abteilungs- und Betriebssektionen, der Gewerkschaftsgruppen und der Betriebsvereinigungen der Arbeiter die systematische, schrittweise entsprechende dem bilanzierten Plan diese Technik stehen muß.

In diesem Zusammenhang sei an den Brief erinnert, den das Zentralkomitee am 10. März 1962 in Verantwortung der Grubendirektion des FDGB an den Bundesvorstand gerichtet hat und in dem dargestellt wurde, worauf es jetzt ankommt. Es geht, wie es in diesem Brief heißt, darum, „dem Willen der Arbeiterklasse in höherem Maße zu entsprechen und es zu tun. Das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine solche grundlegende ökonomischen Fragen wie die schnelle Steigerung der Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Herbeiführung eines richtigen Verhältnisses der Arbeitsproduktivität zum Lohn, nicht nur mit den fortgeschrittenen Teilen, sondern mit der gesamten Arbeiterklasse in Angriff zu nehmen“.

In Auswertung des 14. Plenums gibt es auch eine Schritte zur Verbesserung der Arbeit der Nationalen Front und zur Entfaltung des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens in den Wohngebieten. Eine beachtliche Zahl von Ausschüssen der Nationalen Front wurde durch leitende Kader der Partei und der Massenorganisationen gestützt.

Man hat begonnen, die Arbeit der Kader der Nationalen Front zu verbessern und eine Reihe von Betriebskulturhäusern öffneten ihre Türen auch der Bevölkerung der Wohngebiete.

Gute Vorbereitung entscheidet über den Erfolg der Parteivahlen

Die in diesem Jahr durchzuführenden Bundesratswahlen und die Wahlen wurden von den leitenden Parteiergane gründlich vorbereitet, als in die vergangenen Jahren. So beschäftigte sich z. B. die 12. Tagung der Bezirksleitung Dresden sehr gründlich mit der Wahlrekrutierung, dem Beschluß des Zentralkomitees vom 16. Januar 1962 und dem Interview des Genossen Ulbricht. Ausgehend von den Beschlüssen des 14. Plenums schätzten die Genossen die Lage im Bezirk die und setzten sich mit falschen und unklaren Auffassungen auseinander. Die Bezirksleitung verpflichtete alle Kreisleitungen und Grundorganisationen, im Vorfeld der Parteivahlen das politische Gespräch über solche Probleme wie: Vaterland, Frieden, Sozialismus und die deutsche Nation, Vaterland, Frieden, Sozialismus und

50X1-HUM

50X1-HUM

stungen: — unter den verschiedenen Bevölkerungs-
schichten zu führen. Weiter wurde festgelegt, daß die
Leistungen der Grundorganisationen mit Hilfe der Kreis-
leitungen in Seminaren und Mitgliederversammlungen
das Interview des Genossen Walter Ubricht behandeln
und daraus Schlussfolgerungen für die Verbesserung
der politischen Massenarbeit ziehen mit dem Ziel, den
Wirksamkeit des eigenen Kampfes und der Lösung unserer öko-
nomischen Aufgaben zu erläutern.

Die Stadtleitung Leipzig führte zur politisch-ideo-
logischen und organisatorischen Vorbereitung der Wahlen
ein Seminar mit 100 Parteisekretären der wichtigsten
Betriebe der Stadt Leipzig und der 1. Sekretäre der
Kreisleitungen durch. Die Parteileitung des VVB
Lehrmaschinenwerk berichtete dem Seminar über ihre
eigenen Erfahrungen in der Durchführung der Beschlüsse
des 14. Plenums und über die Vorbereitung der Partei-
wahlen. Mit Hilfe dieser Methode wurde ein großer
Kreis von Genossen gründlich mit den Beschlüssen des
Zentralkomitees vertraut gemacht. Ähnliche Seminare
fanden in mehreren Bezirken statt.

In einigen Bezirken wie Berlin, Leipzig und anderen
fanden in Vorbereitung der Wahlen Formen, Beratungen
mit Arbeitern, Genossenschaftsbauern, Angehörigen der
Intelligenz, Frauen und Jugendlichen statt. Einige Kreis-
leitungen wie z. B. Altenburg, führten Seminare und
Exkursionen durch, um die Erfahrungen der Beaten an
Ort und Stelle zu studieren. Den Grundorganisationen
wurde die Aufgabe erteilt, bestimmte Neuerungen
des im Vorlaufs der Wahlen durchzusetzen.

Sehr richtig gingen einige Bezirksleitungen bei der
Vorbereitung der Parteiwahlen davon aus, knapp und
konkret alle Maßnahmen festzulegen, die eine spezifi-
sche Durchführung der Wahldirektive und der Be-
schlüsse des Zentralkomitees vom 14. Januar 1953 bis
in die Grundorganisationen hinein sichern. Dahingegen
schieden z. B. die Bezirksleitung Erfurt und die Kreis-
leitungen Calau, Haldensleben und andere solche Wahl-
kreise aus, die den Umfang einer dicken Broschüre
füllten, in denen lange Auszüge aus den Materialien
des 14. Plenums und aus der Wahldirektive des Zen-
tralkomitees wiederholt wurden und die bis ins Detail
gehende Aufgaben enthalten. Ganz abgesehen davon,
daß die Ausarbeitung solcher Wahlpläne eine große
Anzahl Genossen tage- und wochenlang an den
Schreibtisch fesselte, worunter die Arbeit mit den
Genossen verständlicherweise leiden muß, birgt
auch solche Methode die Gefahr der Verwässerung der
Beschlüsse des Zentralkomitees in sich und fördert
nicht die eigene Initiative und Verantwortung der
Kreisleitungen und Grundorganisationen.

Es hat sich auch als gut erwiesen, daß in allen Bezir-
ken und Kreisen die Rechenschaftslegung in einer Reihe
von Parteigruppen und Grundorganisationen vorge-
nommen wurde, um dadurch anderen Grundeinheiten die
besten Erfahrungen übermitteln zu können.

Man hat auch die Kreisleitung Gera-Stadt festgelegt,
die vorantreibt über ihren eigenen Beschluß zu einem
kleinen Wahl-Papier, denn an diesen Versammlungen
sollen nicht nur die Funktionäre der Kreisleitung teil-
nehmen, sondern auch Genossen, die noch keinen Schritt
aus dem Wald. Und ein richtiger Beschluß bringt noch
keine Änderung. Der Scheitern in der Führung
zeigt der Kreisleitung zeigt sich auch darin, daß man
die eigenen Erfahrungen nicht etwa in den wichtigsten
Betriebsbetrieben, sondern in den Grundorganisationen
der Intelligenz, der Straßenreinigung, des VEB Al-

stoffe usw. sammeln wollte. Erst das Eingreifen der
Bezirksleitung veränderte das und die Parteiparolen
wurden jetzt strikter durchgeführt.

Auf die Verlierer kommt es an

Obwohl die Wahlen zu den Parteileitungen erst ange-
laufen sind und es noch zu früh ist, sie umfassend an-
zuschauen, können bereits einige gültige Schlussfolgerun-
gen gezogen werden. Die gründlichere Vorbereitung der
Parteiwahlen durch die Bezirks- und Kreisleitungen
drückte sich in einem höheren Niveau der ersten Be-
richtersammlungen aus. In vielen dieser Berichts-
sammlungen standen die Beschlüsse des Zen-
tralkomitees im Mittelpunkt der Rechenschaftsberichte
und Diskussionen. Fortgeschrittene Grundorganisa-
tionen haben den Rechenschaftsbericht und die Ent-
scheidung durch besonders Arbeitsgruppen vorbereitet,
die bestimmte Probleme der Parteiarbeit im Betrieb
untersuchen und dazu Schlussfolgerungen ausarbeiten.
Dort, wo man die Sache richtig anpackt, werden viele
Parteimitglieder in die praktische Parteiarbeit einbe-
zogen, und die Beschlüsse sind lebensnaher und kon-
kreter. Die Parteileitungen orientieren richtig auf die
Verbesserung der politischen Massenarbeit und die
Erhöhung der führenden Rolle der Partei im Bereich
der Grundorganisationen. So zeigten z. B. die Wahlver-
sammlungen in den Parteigruppen des Schwer-
metallwerks „Karl Liebknecht“ Magdeburg, Eisen-
werk „1. Mai“ Tannenberg, Betonwerk Düren im Kreis
Genthin und in anderen Betrieben, daß diese Partei-
gruppen ihre führende Rolle richtig verstehen. In diesen
Betrieben steht die Mehrheit der Genossen an der
Spitze des Produktionsaufgebotes und bei der Er-
reichung höherer ökonomischer Ergebnisse.

Durch die Zusammenarbeit der Mitglieder der Partei-
gruppe mit den Arbeitern der Presse im Walzwerk
wurde erreicht, daß 80 000 Federnägeln zusätzlich
in der gleichen Zeit und für das gleiche Geld hergestellt
und durch Maßnahmen der Kleinmechanisierung sechs
Arbeitskräfte eingespart wurden.

Die Lösung der ökonomischen Aufgaben, besonders
die Weiterführung des Produktionsaufgebotes und die
Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fort-
schritts mit Hilfe des Planes. Neue Technik nehmen in
vielen Wahlversammlungen einen breiten Raum ein.
Wenn eine große Zahl von Grundorganisationen und
Parteigruppen ökonomische und technische Probleme
ihrer Betriebe mit großer Sachkenntnis beraten konnte,
so hatte das vielfach seine Ursache darin, daß diese
vorher mit einem Kreis erfahrener Facharbeiter, Meis-
ter und Angehörigen der Intelligenz durchgearbeitet
worden waren.

In den stattgefundenen Wahlversammlungen von
Grundorganisationen auf dem Lande standen im Mit-
telpunkt Maßnahmen der guten genossenschaftlichen Auf-
beit und — allerdings nur zum Teil — die stärkere
Unterstützung der Landwirtschaft als Voraussetzung für
eine gesunde Futterwirtschaft. In der LPG Bodwils
im Kreis Torgau, setzten sich die Genossen mit den
unterschiedlichen Hektarerträgen, besonders bei Kar-
toffeln und Mais, in der Parteivahlversammlung aus-
einander und wiesen nach, daß diese Ergebnisse nicht
an Witter, sondern an der schlechten Feldbestellung
lagen. So wurde der Mais auf schlechten Feldern aus-
gesät und bei weitem nicht so gepflügt wie z. B. die
Pottgruben. Leider gibt es noch viele ähnliche Grund-
organisationen, die der Landwirtschaft wenig oder gar
keine Beachtung schenken und sich ausschließlich mit

50X1-HUM

50X1-HUM

den Fragen der betrieblichen Produktion und ihren damit zusammenhängenden Planungsbedürfnissen, ohne weitestgehende Maßnahmen zur Schaffung der notwendigen Voraussetzungen zu treffen.

In vielen Wahlversammlungen herrschte eine kritische Atmosphäre, und die in den Betrieben und landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften vorhandenen Schwächen und Widersprüche wurden deutlicher sichtbar. Viele Genossen traten auch unbedingter gegenüber Mängeln und Fehlern auf, und in vielen Fällen kritisierten sie die schlechte Organisation und Leitung der Produktion. Es zeigte sich auch, daß es für die Parteiarbeitung außerordentlich schwierig ist, wenn in den Parteigruppen die Rolle eines jeden Parteimitglieds im Produktionsprozeß und in der politischen Massenarbeit gründlich eingeschätzt wird. So wurde in der Parteigruppe Dreher im VEB Landmaschinenbau Torgau an jeden Genossen die Frage nach der Beteiligung gegenüber dem Staat gestellt und gemeinsam diskutiert, wie die Genossen ihre Verpflichtungen im Produktionsprozeß erfüllen. Damit im Zusammenhang sprachen die Genossen darüber, welche Reserven es im Betrieb gibt. So wurden z. B. bisher im Durchschnitt je Schicht und je Kollege 28 Radflanschen bearbeitet. Jetzt hat ein Kollege nachgewiesen, daß es möglich ist, in der gleichen Zeit und bei besserer Qualität 75 Radflanschen herzustellen. Die Parteigruppe schätzte weiterhin kritisch ein, daß einige Genossen nicht immer die besten Leistungen vollbringen. Offen wurde darüber gesprochen, daß der eine oder andere mit seinen Leistungen deshalb zurückbleibt, um von Arbeitskollegen nicht schief angesehen und — aus richtiger Auffassung heraus — nicht als „Lohnraber“ betrachtet zu werden.

Die Mehrheit der Grundorganisationen und Parteigruppen beschloß in ihren Wahlversammlungen konkrete Maßnahmen zur Verstärkung der politischen Massenarbeit, zur Lösung der ökonomischen Aufgaben in ihrem Bereich zur besseren Verteilung der Parteikräfte und zur Vorbereitung der besten Arbeiter und Angehörigen der Intelligenz als Kandidaten unserer Partei.

Die Aufgaben der Parteiorganisationen an den Universitäten und Schulen

Das gilt auch für den Beginn der Wahlen in den Parteiorganisationen, die besondere Verantwortung für die Entwicklung des geistigen Lebens und die Ausbildung von Kadern in unserer Republik haben, für die Parteiorganisationen an den Schulen, wissenschaftlichen und literarischen Institutionen. Unsere Parteiorganisationen an den Universitäten und Hochschulen verstehen es allem besser, die politisch-ideologische Erziehungsarbeit und die konkreten Aufgaben in Forschung, Lehre und Studium richtig zu verstehen und auf die Vorbereitung der Arbeit in allen Bereichen ihrer Verantwortung einzurichten.

Das Verständnis für die Grundfragen unserer Politik, für die Richtigkeit der Lehre des Marxismus-Leninismus und ihrer schöpferischen Anwendung auf die bestehenden historischen Bedingungen unseres Kampfes durch unsere Partei wird um so größer, wenn bei den Parteiwahlen die Auseinandersetzungen mit dem kapitalistischen Idealismus und mit falschen Auffassungen verstärkt werden. So hat sich in der Friedrich-Schiller-Universität Jena unter Führung der Parteiorganisation eine lebhaft diskutierte über wissenschaftliche und politische Probleme entwickelt. In dieser Diskussion geht es um solche Probleme wie den Gegensatz von Wissenschaft und Religion, das richtige wissenschaft-

liche Denken, die gesellschaftliche Verantwortung der Wissenschaftler der Deutschen Demokratischen Republik und die Bedeutung des Studiums der marxistischen Gesellschaftswissenschaft. Die Universitätsleitung der Parteiorganisation veröffentlichte in ihren letzten Nummern interessante Beiträge von parteilosen Wissenschaftlern und Genossen zu diesen Problemen.

Kennzeichnend ist, daß die gesamte Universitätsöffentlichkeit an dieser Diskussion regen Anteil nimmt und sie interessiert verfolgt. Dieser Meinungsstreit ist in mehrfacher Hinsicht für die Parteiarbeit lehrreich. Er führte zu einer wesentlich höheren Aktivität in der gesamten Parteiorganisation, da er an alle Genossen, besonders an die Gesellschaftswissenschaftler, die hohe Anforderung stellt, sachlich, gründlich und überzeugend unsere wissenschaftliche Weltanschauung und Politik darzulegen. Damit zeigen die Genossen in Jena, wie eine Parteiorganisation den wissenschaftlichen Meinungstreit über wichtige Probleme effektiv ausnützt und dadurch ein höheres Niveau in Lehre und Forschung und in der politischen Erziehung und Bildung der Studenten erreicht.

Die im Volkswirtschaftsplan des wissenschaftlichen Fortschritts gestellten Aufgaben standen in den meisten der bisher durchgeführten Wahlversammlungen im Vordergrund. Dabei wurden die Ursachen für die bisherigen Versäumnisse sehr kritisch analysiert und Maßnahmen zu ihrer Überwindung beraten. Das betrifft besonders solche Fragen wie die Konzentration der Forschung auf die volkswirtschaftlichen Schwerpunkte und die schnellere Überführung ihrer Ergebnisse in die Praxis, die Herstellung der Einheit von politischer und fachlicher Bildung, die optimale Nutzung aller Ausbildungs- und Forschungsmöglichkeiten, die Ausbildung und Erziehung der Studenten und des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie den termingerechten Abschluß des Studiums oder der Ausbildung. An Hand der konkreten Ergebnisse in der Forschung, in der Lehre und im Studium wurde die Verantwortung aller Genossen für die richtige Durchführung der Politik unserer Partei in ihrem Bereich entwickelt und eine lebhaft parteiideologische Diskussion um die Rolle des Genossen als Vorbild für alle anderen Mitarbeiter geführt.

Die bisher durchgeführten Wahlversammlungen an den Universitäten und Hochschulen zeigen aber auch, daß es noch beträchtliche Unterschiede im Niveau der Parteiarbeit zwischen den verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen gibt. Nicht überall werden die Parteiwahlen dazu benutzt, die noch vorhandene Lücke und Isolierung in der Arbeit mit den Angehörigen der wissenschaftlichen Einrichtungen zu überwinden. Es gibt solche Erscheinungen, wie z. B. an einigen Fakultäten der Humboldt-Universität Berlin, an Parteiorganisationen an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und an anderen Hochschulen, wo die Parteiarbeit noch sehr schwach ist, wo die Parteipolitik standhaft und überzeugend vertreten wird.

Die Parteioptionen an den Universitäten und Hochschulen müssen daher der sozialistischen Erziehung der Genossen noch größere Aufmerksamkeit widmen, sie müssen die besten Erfahrungen der Parteioptionen verdichten und anwenden sowie Erscheinungen des Schwächens und der Oberflächlichkeit überwinden.

Die ersten Ergebnisse der Parteiwahlen an den Schulen und anderen Einrichtungen der Volkshochschule zeigen gleichfalls eine höhere Aktivität der Genossen zur Klärung der politischen Grundfragen und bei der Durchführung der Parteibeschlüsse. Die an den Ein-

50X1-HUM

50X1-HUM

bestimmten geführten ideologischen Auseinandersetzungen über die Härten und Leiden von Westländern und Leiden, Schicksal und Kampf sowie die große politische und demagogische Auswirkung in den die-
 jentlichen Elitenstrukturalen haben viele Parteikor-
 porationen weiter gefördert und ihre politische Wir-
 kung unter den Lehrern und Erziehern erhöht. Aus
 vielen Schulbuchverleihen und Diskussionen der
 Wahlkreiseinsammlungen ist ersichtlich, daß durch
 die gute Verbindung von Politik und Pädagogik höhere
 Leistungen in der Schul- und Erziehungsarbeit er-
 reicht werden konnten.

In Ausführung des 14. Plenums haben viele Partei-
 vermittlungen an den Schulen Anstrengungen unter-
 nommen, um die Qualität der politischen Bildung
 und Schulung weiter zu erhöhen. Man macht sich
 sehr viele Gedanken darüber, wie die gesellschaftlich-
 politische und produktive Arbeit in den Bildungs- und
 Erziehungsbereichen stärker einbezogen werden kann, um
 die Lernvorgänge und die Erziehungsarbeit zu ver-
 bessern.

Bei der weiteren Durchführung der Wahlen in den
 Grundorganisationen der Volkshilfe sollen wir des-
 halb die ideologische Klärung dieser Fragen größte
 Beachtung schenken und ihnen helfen, die politischen
 Aufgaben mit der Aufgabenstellung des VI. Plä-
 nums und Kongresses sinnvoll zu verbinden. Stärker
 als bisher können in diesen Wahlbereichsveranstaltungen
 die besten Ergebnisse der Bildungs- und Er-
 ziehungsarbeit zur Grundlage der Auseinandersetzungen
 gemacht werden. Besondere Mühe ist den Partei-
 organismen an den erweiterten Oberschulen zu
 geben. Gerade an diesen Schulen ist das Parteikollektiv
 zu fordern, um den Kampf gegen überlebte bürgerliche
 Ausprägungen und Lebensgewohnheiten durch eine
 schrittweise, sozialistische Erziehung der Lehrer
 und Schüler wirksamer als bisher zu führen. An den
 Schulen und Erziehungsstätten sind vor allem solche
 Genossen in die Parteileitungen zu wählen, die eine
 verlässliche politische und pädagogische Arbeit leisten
 und das Vertrauen der Lehrer und Schüler genießen.

Staatliche Parteiarbeit bewährt sich

Allen, was sich bereits jetzt, zu Beginn der Partei-
 wahlen an Parteidritten und Mängeln zeigt, hängt
 direkt und unmittelbar mit der Arbeitsweise der leiten-
 den Parteikräfte zusammen. Im Grunde genommen ist
 die Durchführung und Durchführung der Wahlen auch
 die Schulungsbildung darüber, wie die leitenden
 Parteikräfte zu verstanden haben, die Bedeutung des
 14. Plenums über die Verbesserung der Parteiarbeit
 durchzuführen.

Schrittweise wie das 14. Plenum mit aller Deutlich-
 keit darauf hin, die Tätigkeit der leitenden Partei-
 organismen und deren Arbeitsstil zu verbessern, die Arbeit
 mit den ehrenamtlichen Kräften zu verstärken und
 den Parteipersonalapparat der Partei und Regie-
 rungsorganen einzuwickeln. Man kann mit Genü-
 gung feststellen, daß in der Vorbereitung und Durch-
 führung der Parteiwahlen die Parteileitungen und eine
 Reihe von Kreisleitungen vielfältige Formen der ehren-
 amtlichen Arbeit entwickelt haben. Es gibt schon reiche
 Erfahrungen und auch viele Beispiele dafür, daß die
 Mitglieder der gewählten Bezirks- und Kreisleitungen
 selber in die Vorbereitung, Durchführung und Kon-
 trolle der Beschlüsse einbezogen werden.

Über unsere Reihe Parteikräfte gehören jetzt Spe-
 zialisten, Fachkader und Neuerer der Produktion an.

Durch die differenzierte Arbeit mit dem Parteikader
 wird ein größerer Teil bewährter Genossen mit hohen
 politischen und fachlichen Qualitäten zur Durchführung
 der Aufgaben herangezogen. Auf Grund der stärkeren
 Mitarbeit leitender Parteimitglieder in den verschiede-
 nen Komitees der freien Massenorganisationen wurde
 begonnen — allerdings erst begonnen — die Partei-
 gleichheit und die Übernahme von Funktionen des
 Staatsapparats durch die Parteikräfte zu überwinden.
 Wo das gut gemacht wird, führt das zu einer besseren
 Koordination der Arbeit der Partei, der staatlichen
 Organe und gesellschaftlichen Organisationen und
 sichert die staatliche Durchführung der Beschlüsse
 von Partei und Regierung.

Die Bildung ehrenamtlicher Kommissionen und Ar-
 beitsgruppen bei den Bezirks- und Kreisleitungen er-
 möglicht es, die fortgeschrittensten Erfahrungen schen-
 ken zu verbreiten und die Lösung wichtiger Aufgaben
 nachdrücklich zu ergreifen. So wurde z. B. bei der
 Bezirksleitung Potsdam ein größerer Kreis ehrenamtlicher
 Parteikader in ehrenamtlichen Arbeitsgruppen zusam-
 mengefaßt und auf dem Gebiet des Maschinenbaus,
 der Metallurgie und der Chemie eingesetzt. Sie helfen
 bei der Ausarbeitung bestimmter Probleme im Bezirks-
 schiedsamt und unterstützen in bestimmten Betrieben die
 Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fort-
 schritts und die Maßnahmen zur schnelleren Steigerung
 der Arbeitsproduktivität.

Die Bezirksleitungen und auch eine ganze Reihe von
 Kreisleitungen haben angefangen, eine erfolgreichere
 Arbeit mit ehrenamtlichen Parteimitgliedern in
 Gang zu bringen. Der Einsatz dieser Genossen geschieht
 zur Anleitung von Grundorganisationen, besonders zur
 Unterstützung zurückbleibender Parteistellen, weiter
 zur Lösung bestimmter Aufgaben im Bezirk und in
 den Kreisen sowie zur Vorbereitung, Erläuterung und
 Durchführung von Beschlüssen in den Parteieinheiten.
 Die stärkere Hinwendung zur ehrenamtlichen Tätigkeit
 hat bereits die Reihen der ehrenamtlichen Agitatoren
 und Propagandisten wesentlich vergrößert.

Die Kreisleitung Worbis z. B. hat die politische Mas-
 senarbeit auf neue Art und Weise entwickelt. Gemein-
 sam mit den Freunden der Blockpartei und mit vielen
 Parteikräften arbeiten 18 Agitatorengruppen mit rund
 200 ständigen Teilnehmern in den Grenzgemeinden.
 Mitglieder der Kreisagitationskommission beraten mit
 ihnen gemeinsam die Argumentation zu politischen,
 wirtschaftlichen und kulturellen Fragen, die in diesem
 Kreis eine Rolle spielen. Jedes Mitglied dieser Agita-
 tionsgruppe hat ständig Kontakt mit einem festen
 Personenkreis. Die Agitation erfolgt vor allem im per-
 sönlichen Gespräch in den Wohnungen, in den Arbeits-
 gruppen und Brigaden der LPO, MTE, in den Betrieben
 usw. Auch die Angehörigen der bewaffneten Organe
 arbeiten in diesen Agitatorengruppen mit. Das Auftre-
 ten der Genossen und auch der parteilichen Agitatoren
 hat in den Grenzgemeinden das Vertrauensverhältnis
 zur Partei und unserem Staat enger werden lassen.
 Alle Fragen, z. B. als es zeitweilig Schwierigkeiten in
 der Versorgung gab, werden offen behandelt. Wens-
 liche ist, daß die Agitatoren nicht nur überzeugen, son-
 dern daß sie gleichzeitig Organisatoren sind und zu-
 sammen mit den staatlichen Organen und den Einwoh-
 nern Schwierigkeiten in kameradschaftlicher Zusam-
 menarbeit überwinden helfen. Die Agitatoren in diesen
 18 Grenzgemeinden sind wirkliche Vertrauensleute der
 Bevölkerung geworden.

Es versteht sich von selbst, daß sich die Büros der
 Bezirks- und Kreisleitungen sorgfältig und sehr auf-
 merksam gegenüber der ehrenamtlichen Arbeit ver-

M

50X1-HUM

[illegible]

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/01/05 : CIA-RDP80T00246A029600100001-2

50X1-HUM

...ung ihrer Arbeit zu helfen, gab es im Kreis Eisen-
burg viele Sitzungen, und oftmals endeten diese Sit-
zungen recht eigenartig. Es war keine Seltenheit, daß
wenn die Sitzungen gegen 16 Uhr beendet waren,
viele Delegierte hinter verschlossenen Türen der
Kreisleitung Skat spielten, während die Mitarbeiter
der Kreisleitung in den Grundorganisationen über
nicht als Parteifunktionäre eröffnet. Zur Abwech-
sel und wenn das Wetter schön war, fuhr man auch
zum Skat spielen ins Mühlthal. Es liegt uns fern, ein
Urteil über das Skatspiel zu fällen, um so weniger als
Eisenburg nicht weit von Alsbach entfernt liegt. Aber
sahen zu seiner Zeit und am entsprechenden Platz. Die
Türen der Kreisleitung sind jedenfalls nicht der rich-
tige Ort dafür. Es ist verständlich, daß dieses Verhalten
einerseits Delegierte zur Inkonsistenz gegenüber
Stärken und Schwachen im Verhalten anderer Genos-
sen führen mußte. Es gibt dort genug Beispiele dafür,
daß an die Stelle geduldiger und zäher Überzeugungs-
arbeit grobes Verhalten und der Holzhammer trat.
Durch eine Kontrolle wurde erst jetzt, nach den
14. Plenum, festgestellt, daß das Büro der Kreisleitung
Eisenburg, nämlich das 11. Jahrgang unserer Partei,
nicht nur eine Produktionsfunktion ausüben sollte,
sondern auch seinen Einfluß militärisch und
politisches mit unklarer Mittelstellung
für die Kreisleitung verlor. Es liegt auf
der Hand, daß ein solches Verhalten die Autorität der
Büro der Kreisleitung nicht stärken, sondern nur
untergraben konnte.

Wo es an Wachsamkeit mangelt, wo auf das partei-
liche Verhalten nicht geachtet und die Erziehung der
Kader vernachlässigt wird, kommt es zu solchen Er-
scheinungen politisch-moralischer Verwahrlosung, die zu-
dem noch die feindliche Tätigkeit begünstigt. So führte
die Chimie-Alkoholfabrik — damit beginnt es
schon — bei einigen Genossen des Büros der Kreis-
leitung, und des Staatsorgans in Eisenburg dazu,
daß sie moralisch verunglückten und politisch aufweiche-
ten. Und niemand wollte das bemerkt haben, weder
die Kreisleitung noch die staatlichen Organe, noch die
Bezirksleitung, obwohl genügend Instrukteure und de-
stas oder andere Sekretäre der Bezirksleitung die Kreis-
leitung aufsuchten.

In den Beschlüssen unserer Partei wird mit Behar-
rtheit darauf hingewiesen, daß es darauf ankommt,
die Menschen geduldig von der Richtigkeit der Politik
unserer Partei und Regierung zu überzeugen. Einige
Mitglieder des Büros der Kreisleitung Eisenburg
sahen aber abgesehen von diesem, Genosse Gloger, an-
dere hatten das nicht mehr betreffen. An die Stelle
der Überzeugung als Hauptmethode der Parteiarbeit
traten administrative, grobe Maßnahmen.

Solche und ähnliche Erscheinungen, wenn auch bei
weitem nicht so grob wie die angeführten, hatte
Genosse Ulbricht im Auge, als er in seinem Inter-
view mit „Neues Deutschland“ erklärte, daß uns als
Mitglieder der SED Prinzipienfestigkeit und zugleich
Elastizität, Unversöhnlichkeit und Geduld gegenüber den
Feinden auszeichnen muß, die noch nicht in allen Punk-
ten mit uns übereinstimmen, die erst morgen alles ver-
stehen werden. Deshalb sollen wir uns vor zwei Fehl-
ern hüten, nämlich vor rückwärtigen Auffassungen
oder feindlicher Hetze zurückzuweichen. Das ist der
eine Fehler. Feinde werden wie Feinde behandelt. Das
ist uns die Geschichte hart genug gelehrt. Der andere
Fehler ist der, vor Ungeheul Menschen, die noch nicht

so schnell mitkommen oder Fehler machen, einfach vor
den Kopf zu stoßen oder sie gar als Feinde zu behan-
deln.

Worauf kommt es bei der Weiterführung der Wahlen an?

Die leitenden Parteikräfte müssen die Direktive des
Zentralkomitees, das Interview des Genossen Ulbricht
und jetzt nach unserem Plenum das Dokument „Die
geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen
Republik und die Zukunft Deutschlands“ in den Mittel-
punkt der politischen Massenarbeit rücken, in der Par-
tei und vor den Parteigenossen die Probleme erläutern
und mit den Aufgaben verbinden, die im Betrieb, im
Dorf, in der Institution usw. zu lösen sind. Ganz richtig
haben das die Genossen der Kreisleitung in Aus-
sicht. Im Plenum der Kreisleitung wurde das Inter-
view im Zusammenhang mit den Aufgaben des Kreises
durch den 1. Kreiskreisrat ausführlich erläutert. Eine
Gruppe ehrenamtlicher Parteikräfte wurde zusammen
mit den Mitgliedern der Kreisleitung in alle Grund-
organisationen des Kreises entsandt. Durch die Einbe-
ziehung vieler Parteimitglieder aus den Grundorgani-
sationen der Betriebe, Verwaltungen und anderer In-
stitutionen als ehrenamtliche Instrukteure der Kreis-
leitung wurde in kurzer Zeit und im gesamten Kreis-
gebiet dieses wichtige Dokument nicht nur mit den
Parteimitgliedern, sondern auch mit vielen Parteigenos-
sen beraten und diskutiert.

Die Methode, die die Genossen anwandten, war un-
kompliziert. Die Leitungen der Grundorganisationen
versammelten ihre Mitglieder, Funktionäre der Massen-
organisationen, Wirtschaftsfunktionäre und auch Partei-
genossen. Der Parteisekretär verlas das Interview, und die
Kreisleitungsmittglieder oder die ehrenamtlichen Instruk-
teure halten in der Diskussion, die Probleme und
Schlußfolgerungen zur Verbesserung der politischen,
wirtschaftlichen und kulturellen Arbeit richtig heraus-
gearbeitet. Von großem erzieherischen Wert für die
Mitglieder und Funktionäre wie auch für die Partei-
genossen waren die kritischen Hinweise der Parteigenos-
sen selbst. Sie sagten offen ihre Meinung — es handelt sich
hier nicht um Wahlversammlungen —, so wie es im
Interview gefordert wurde und kritisierten einige Ge-
nossen und einige Erscheinungen bei Genossen, die im
sozialistischen Leben sind. Das sachliche Eingehen der
Grundorganisation auf die Kritik trug zur Erhöhung
der Autorität der Partei bei. Viele parteilose Arbeiter,
vor allem Produktionsarbeiter, brachten ihre Freude
und Zustimmung über das Vertrauen zum Ausdruck,
das ihnen die Partei durch die Teilnahme an den Aus-
sagen entgegenbrachte.

Wir dürfen uns jedoch nicht auf die Erläuterung der
Aufgaben beschränken. Es kommt darauf an, Punkt für
Punkt festzulegen, wie im Verantwortungsbereich jeder
Parteiorganisation und jeder Parteigruppe aus gut —
besser und aus schlecht — gut gemacht wird.

Die Parteioorganisation muß sich über die Lage in
ihrem Bereich klar sein, sie muß die hauptsächlichsten
Argumente und die Stimmung kennen und sich kämpferisch
damit auseinandersetzen; sie schärft das Pro-
duktionsangebot ein und legt fest, wie es weitergehen
soll. Man muß sich auch mit den unrealen Normen be-
schäftigen und wie man sie entsprechend der Direktive
des Zentralkomitees aus der Welt schafft. Wo Genossen
wie z. B. der Genosse Kerber im Turbowerk Heiden-
bach obendrein noch Mitglied der Kreisleitung ist, so
unredlicher Normerfüllung von 200 Prozent festhalten

50X1-HUM

muß man die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen und die Lage verändern. So wird z. B. die Parteigruppen in den Betrieben, Werkzeugmaschinenfabrik d. h. mit der vollig anomalen Lage der 700- und 800-jährigen Normenerfüllung auseinanderzusetzen und mit den Arbeitern zusammen diesen Zustand überwinden.

Die bisherigen Ergebnisse der Wahlen in den Parteigruppen lehren, daß die Entwicklung des politischen und organisatorischen Lebens in den Parteigruppen entscheidend für die Aktivität und Kampfkraft der Grundorganisationen ist. Deshalb müssen die leitenden Parteigruppen aus dem Bereich der 700- und 800-jährigen Normenerfüllung eine bessere Hilfe und Anleitung geben und mit ihnen gründlich die Probleme beraten. Die Hilfe der übergeordneten Leitungen für die Parteigruppen und die Grundorganisationen darf sich nicht auf die Ausarbeitung des Berichtes und der Beschlüsse der Parteigruppen beschränken. Man muß ihnen helfen, alle Mitglieder in die Arbeit einzubeziehen, jedem Genossen eine konkrete Aufgabe zu geben, die Kenntnisse und Fähigkeiten aller Genossen zu nutzen und die Kritik von unten zu entwickeln.

Mehr sachliche Arbeit und bessere Anleitung

Viel hängt dabei vom Stil und den Methoden unserer Führungsarbeit und der Anleitung ab. Obwohl wir in dieser Hinsicht zweifellos Fortschritte haben, gibt es noch manche Mängel, die nicht zu sein brauchen. So schreibt z. B. Genosse Schöbert aus Bitterfeld, der mit einer Brigade der Bezirksleitung Halle im Bezirk Neubrandenburg arbeitete, in seinem Bericht, wie er eine Anleitung des LPG-Vorsitzenden im Dorf Bismark, Kreis Pasewalk, durch Mitarbeiter des Kreises erlebte. Er schreibt:

„Uns fiel in Bismark eines Tages eine Gruppe von Personen auf, die im Büro der LPG saßen und sich gemütlich unterhielten. Es waren Mitarbeiter des Rates des Kreises Pasewalk, die auf ihren Leuten, den Oberagronomen Sawall, warteten. Beim Erblicken sah ich, wie man den LPG-Vorsitzenden ansetzte: Sie holten ihr Büchlein hervor und verpöbeln ihm im Telegrammstil. Klarheit! Das ging so vor sich: Du mußt die 2 Kuh bereinigen... Du mußt die individuellen Flächen bereinigen... und in dieser Art ging es weiter.“

Mit Recht antwortete ihnen der Vorsitzende, ob sie denn nicht bessere Anleitung sein könnten.

Ähnliches erlebte auch Genosse Gruppe, ein anderer Mitglied dieser Brigade, im Kreis Anklam. In seinem Bericht heißt es: „Ich meine, es gibt zu viel Reisende in unserer Republik, speziell von den Räten der Kreise und der Bezirke. Sie reisen mit einem Auto oder Motorrad von einer LPG zur anderen, blicken aber nicht drin. Und natürlicherweise bleibt von ihnen auch nichts drin.“

Diese Genossen bezeichnen die Art von Anleitung sehr drastisch als „Bucksackanleitung“. Denn mit solchen Methoden lassen sich beispielsweise die Beschlüsse des VII. Deutschen Bauernkongress nicht verwirklichen. Jede Anleitung hat doch nur dann ihren Sinn, wenn sie von einer klaren Zielstellung ausgeht, der Lage entsprechende, konkrete Maßnahmen vorsieht, von Dauer ist und eine echte Veränderung herbeiführt.

Eine andere Schwäche auf diesem Gebiet besteht immer noch in der Auffassung, man könne die politischen und ökonomischen Aufgaben hauptsächlich in Kampfabstimmungen und mit Hilfe von Kampfwochen und

Kampfmoneten lösen. Eine besondere Vorliebe dafür gab und gibt es offenbar im Bezirk Erfurt, aber auch anderswo. Da gab es in der Vergangenheit Wochen und Monate der „hohen Milchproduktion“, der „Färsen- und Saunenbedeckung“, der „hohen Schweinefleischproduktion“ und noch manches andere. Obwohl in Erfurt solche Kampagnen in der letzten Zeit schon weniger zahlreich waren, gab und gibt es dennoch zu viele, und jede ist kongresslos vom 23. I. bis 3. II. fand eine „Woche der Schulung und der Erfahrungsaustausch der Bürgermeister und LPG-Vorsitzenden“ statt. Aber muß dann die Schulung und der Erfahrungsaustausch der Bürgermeister und LPG-Vorsitzenden nicht eine ständige Einrichtung sein? Haben wir nicht gerade auf diesem Gebiet die Beständigkeit so notwendig wie das tägliche Brot? Der Monat März wird im Bezirk Erfurt als „Monat der Neuerer“ durchgeführt. Das Büro der Bezirksleitung hat den Betrieben zur Weiterführung des Produktionsaufgebotes im Jahre 1962 die Einrichtung einer „Woche der Bilanz“ empfohlen. Wie steht es aber mit der Durchführung der so notwendigen Dekadenkontrolle?

(Walter Ulbricht: Die sind eben zu viel in den Wochen!)

(Heiterkeit)

Zur Übernahme neuer Verpflichtungen und zur Fortführung der Bewegung „Lesen und Lernen“ wurde eine „Rote Rakete“ gestaltet und als Methode im Produktionsaufgebot sind Kampfabstimmungen in zurückgebliebenen Großbetrieben vorgesehen.

Fragen wir doch die Arbeiter des „8. Mai“ in Karl-Marx-Stadt, wieviel sachliche, beständige, ausdauernde Arbeit notwendig war, um zu den Festlegungen für die Fortführung des Produktionsaufgebotes im Jahre 1962 zu kommen?

Schließlich wird in der Stadt Erfurt nach einer Meldung der Zeitung „Das Volk“ vom 17. Februar die Durchführung der Beschlüsse des Frauenkommunales in das Konzept einer Großaktion „Alles für die Frauen“ gerwagt. Es ist ganz klar, so geht die Sache nicht.

Wir sind البته nicht gegen Kampagnen. Sie sind da notwendig, wo es sich um begrenzte, terminmäßige Aufgaben handelt wie z. B. bei den Wahlen zu den örtlichen Organen oder in Vorbereitung des 1. Mai oder zu einem besonderen politischen oder anderen Anlaß. Es ist jedoch ein Irrtum zu glauben, daß wir die weitere Stärkung unserer ökonomischen Grundlagen, die Erfüllung unserer Volkswirtschaftsplane, den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt, vor allem aber die politisch-ideologische Erziehungsarbeit, und andere auf dem Wege von Kampagnen, in „Kampfabstimmungen“, mit „Sturmwochen“ und „Kampfmoneten“ erreichen könnten. Die Bevölkerung muß Tag für Tag versorgt werden und nicht einmal normal und andere Male schlecht, sondern kontinuierlich, und der Volkswirtschaftsplan muß Monat für Monat gut erfüllt werden. Ich spreche schon gar nicht davon, daß wir durch die Häufigkeit im Gebrauch solcher Methoden und Benennungen diese für gewisse Situationen notwendigen Maßnahmen abnutzen und abwerten. Wir sind deshalb entschlossen für eine Versachlichung der Parteiarbeit. Laßt uns unsere Anstrengungen darauf richten, sie in dem Sinne zu versachlichen, daß wir mit größerer Kontinuität, Festigkeit und Ausdauer unsere Aufgaben durchführen. Heißt das etwa, daß unsere Arbeit jetzt weniger Anstrengungen erfordert? Nein. Unser Kampf ist kompliziert und schwierig. Er erfordert große An-

50X1-HUM

Es ist also einmal mehr erforderlich, durch die ehrenamtliche Arbeit Genossen mit Fachkenntnissen an die Leitungstätigkeit heranzuführen. Zu anderen Stellen, die Praxis, wie sie die Bezirksleitung Berlin anwendet, weiter ausgebaut werden. Im Jahre 1961 wurden hierzu durch Sonderlehrgänge 236 Partefunktionäre als Ingenieure, 32 als Meister und 83 Genossen Funktionäre an der ABF qualifiziert. Bei diesem Personalkreis handelt es sich überwiegend um Parteisekretäre oder Mitarbeiter des Parteiapparates.

Die Hauptschule zur Qualifizierung der Kader ist aber das Leben und die Arbeit selbst, wie ist die umfassende Universität. Deshalb müssen die leitenden Parteiorgane ihr Augenmerk der täglichen Ausbildung und Erziehung der Kader im Geiste einer hohen Verantwortung für die ihnen übertragenen Aufgaben, der kameradschaftlichen Unduldsamkeit gegenüber Mängeln und der aktiven Unterstützung alles Neuen und Fortschrittlichen widmen.

Die Hauptmethode der Erziehung der Kader aber ist die schärfste Aneignung der Lehren des Marxismus-Leninismus, die exakte Durchführung der Parteibeschlüsse und die Anwendung von Kritik und Selbstkritik. Im Ringen um die Verwirklichung der Beschlüsse des Zentralkomitees stählen sich die Kader, prüfen sie ihre Fähigkeiten und wachsen zu neuen, höheren Aufgaben heran. Dazu bedarf es der ständigen Anleitung und Kontrolle, des Verständnisses für und der Sorge um den Menschen von seiten der leitenden Parteiorgane.

Auf der Konferenz des Zentralkomitees der KPdSU über Probleme der Organisationsarbeit der Partei wurde darauf hingewiesen, daß die allererste Pflicht der Parteiparastationen darin besteht, eine solche Kontrolle und Überprüfung der Durchführung der Beschlüsse zu gewährleisten, daß jeder Leiter im Blickfeld bleibt. Die Kontrolle muß darauf gerichtet sein, daß die bedingungslose Erfüllung der Volkswirtschaftspläne, die weitere Vervollkommenheit des Arbeitsstils und der Arbeitsmethoden der Partei, Staats- und Wirtschaftsorgane, die Konsistenz und Beschaffenheit ihrer Tätigkeit sowie die aktive Unterstützung und Verbreitung der fortschrittlichen Erfahrungen gewährleistet sind.

Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Leitung unserer Wirtschaft

Bereits ausgehend, liebe Genossen, und um die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes zu sichern, faßt das Politbüro in der Berichtsperiode eine Reihe Beschlüsse, die prinzipielle Bedeutung haben, sorgfältiges Studium und exakte Anwendung verlangen.

Bekanntlich ist eine der Kernfragen bei der Erfüllung des Planes 1962 für die Industrie die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf 104,4 Prozent bei einer Entwicklung des Durchschnittslohnes der Produktionseinsatzkräfte auf 108,1 Prozent. Für die Lösung dieser komplexesten politischen und ökonomischen Aufgabe, die gleichzeitig im Mittelpunkt des Produktionsaufgebotes 1962 steht, gibt der Beschluß des Politbüros vom 27. Februar 1962 über die Linie der Normenarbeit 1962 den Partei- und Staatsorganen eine wissenschaftlich exakte Richtlinie für die Arbeit. Dieser Beschluß enthält eine klare Orientierung auf die Hauptaufgaben und schafft Klarheit über die konkrete Anwendung des Prinzips „Neue Technik — neue Norm“ sowie über die Arbeit mit den Bestzeiten, Bestzeitkatalogen, Zeitnormativen und dem Zeitausschlag — (Z).

Zur Verbesserung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und zur weiteren Festigung der wirtschaftlichen

Rechnungsführung sowie zur Erhöhung der straffen staatlichen Ordnung und Disziplin faßt das Politbüro des Ministerrates am 21. Dezember 1961 den Beschluß über die Durchführung von Rechenwirtschaftsleistungen in der zentralgeleiteten volkswirtschaftlichen Industrie. Dieser Beschluß legt das System der Kontrolle über die Erfüllung der quantitativen und qualitativen Kennzahlen des Planes in den zentralgeleiteten volkswirtschaftlichen Industrie- und Baubetrieben fest. Die Leiter dieser Betriebe haben periodisch und persönlich vor dem Leiter der übergeordneten Organe Bericht zu erstatten.

Der entfaltete Aufbau des Sozialismus erfordert eine wesentliche Verstärkung der systematischen Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse von Partei und Regierung mit dem Ziel der weiteren Festigung der Staatsdisziplin und der Vervollkommenheit und Vervielfachung des Parteiapparates. Der Beschluß des Politbüros vom 8. Februar 1962 „Über die Grundsätze für die weitere Entwicklung der Arbeit der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle“ enthält die wichtigsten Methoden der Arbeit der Organe der Staatlichen Kontrolle und bestimmt als den Hauptinhalt ihrer Tätigkeit vor allem die Lösung der ökonomischen Aufgaben, wie sie im Volkswirtschaftsplan beschlossen sind.

Mit der vom Politbüro und dem Ministerrat beschlossenen „Ordnung der zentralen Planung und Organisation der wissenschaftlich-technischen Arbeit in der DDR“ vom 8. Januar 1962 wird ein den sozialistischen Produktionsverhältnissen entsprechendes System der Leitung der naturwissenschaftlich-technischen Arbeit in der DDR geschaffen. Ihr Kernstück ist die systematische Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Organisation, die enge Verflechtung der Planung und Organisation der wissenschaftlich-technischen Arbeit mit der Leitung der Volkswirtschaft auf allen Ebenen und im Interesse der für die materiell-technische Basis des Sozialismus notwendigen Entwicklung der Produktivkräfte.

Der Bericht des Ministerrates über den Stand der Störfreimachung und die sich daraus ergebenden Schlussfolgerungen vom 28. Januar verallgemeinern die Erfahrungen des Kampfes um die Störfreimachung im Jahre 1961 und enthalten die Grundsätze für seine Weiterführung im Jahre 1962. Sie beziehen sich auf das Zusammenwirken der Staatlichen Plankommission, des Forschungsrates, des Volkswirtschaftsrates und des Ministerrates für Außenhandel und Inlandsdeutsches Handel — richtiger gesagt für den Handel zwischen den beiden deutschen Staaten — bei der Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1962, weiter bei der perspektivischen Veränderung des Produktionsprofils von Teilen der Industrie der DDR auf der Grundlage der Eigenproduktion der DDR und der materiellen Möglichkeiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Rahmen der engen Wirtschaftsgemeinschaft und der Zusammenarbeit mit anderen sozialistischen Ländern.

Vom Politbüro beziehungsweise dem Ministerrat wurde in einigen grundlegenden Dokumenten die Richtung für die Verbesserung der Arbeit in einigen wichtigen Wirtschaftszweigen ausgearbeitet.

Die vom Ministerrat am 1. Februar 1962 beschlossenen „Empfehlungen des Staatrates über Maßnahmen zur Verbesserung der Leitungstätigkeit und der Arbeit im Bauwesen“ legen die Hauptaufgaben für eine grundlegende Erhöhung des Niveaus der staatlichen Leitung, Planung und Organisation im Bauwesen fest. Sie verlangen insbesondere eine Verstärkung der wissenschaftlichen

50X1-HUM

50X1-HUM

ernsthaftigkeit der Leitung und die strikte Durchführung der Beschlüsse durch das Ministerium für Bauwesen sowie durch die Bezirke und Kreisbauämter.

Der Beschluß des Ministerrates über „Maßnahmen zur Lösung der Transportaufgaben“ vom 18. Februar trifft die notwendigen Festlegungen, um auf der Grundlage der breiten Entfaltung der Masseninitiative im Produktionsaufbau sowie durch das Zusammenwirken von Produktion und Transportwesen, durch Rationalisierung des Güterumschlages, durch Konzentration der Lademechanismen, durch Senkung der Umtriebskosten und Erhöhung der Qualität der Leistungsfähigkeit der Organe der Staatsmacht die Aufgaben im Transportwesen 1962 zu bewältigen.

In Vorbereitung befinden sich weitere grundsätzliche Beschlüsse, so eine „Ordnung über die Durchsetzung einer Investitionspolitik, die auf den höchsten volkswirtschaftlichen Nutzen gerichtet ist“, wobei die Betonung mehr auf der 2. Hälfte des Satzes liegt, eine „Ordnung über das Wesen und die Handhabung der „Beihilfe über das Wesen und die Handhabung der Produktionsabgabe“, um zu echten Kalkulationen und zur Abrechnung der Selbstkosten zu kommen. Es handelt sich hierbei um die komplizierte Frage des Renten und Preise.

Die Beschlüsse des VII. Deutschen Bauernkongresses exakt durchführen

Liebe Genossen! Nachdem sich das Politbüro eingehend mit der weiteren Festlegung der LPG beschäftigt hatte, fand entsprechend der Festlegung des 14. Plenums des Zentralkomitees der VII. Leidsche Bauernkongress statt, der einen neuen Abschnitt in der Entwicklung unserer sozialistischen Landwirtschaft einleitete.

Ich möchte dazu nur ein paar Bemerkungen machen, die über die Probleme, die in Magdeburg standen, den Rat der Genossen überbricht und auch im Hinblick auf die Genossen Meier bereits gesprochen worden ist.

Bereits die Vorbereitung des VII. Deutschen Bauernkongresses gestaltete sich zu einer bisher in der Geschichte unserer Bauernschaft nie dagewesenen großen demokratischen Aussprache über die Entwicklung und die weiteren Aufgaben unserer sozialistischen Landwirtschaft.

In mehr als 17 000 LPG nahmen über 800 000 Genossenschaftsbauerinnen und -bauern auf der Grundlage des Beschlusses der Partei für den Kongreß zur bisherigen Arbeit Stellung. Die Orientierung des 14. Plenums des Zentralkomitees, daß die gute genossenschaftliche Arbeit in jeder LPG unser Neuland ist, stand im Mittelpunkt der Diskussion.

Die so begonnene Aussprache wurde auf über 200 Kreisbauernkonferenzen, an denen Vertreter aller LPG teilnahmen, fortgesetzt. Kennzeichnend dabei war, daß viele Mitglieder der LPG, vor allem Genossenschaftsbauerinnen und Jugendliche, erstmals mit ihren Vorschlägen und kritischen Hinweisen auftraten. Eine besondere Rolle spielte dabei die Aussprache über das Kommando des Politbüros „Die Frau – der Frieden und der Sozialismus“. Rund 10 000 Bäuerinnen wurden als Mitglieder für die LPG neu gewonnen, und viele Genossenschaftsbauerinnen erhielten verantwortliche Funktionen in den Vorständen der LPG.

Der Kongreß selbst unterstrich die große gesellschaftliche Rolle der Frauen bei der weiteren Festlegung der LPG.

Man kann auch ohne zu übertreiben sagen, daß der VII. Deutsche Bauernkongreß zum Höhepunkt dieser großen demokratischen Bauernausprache wurde. Die Delegierten, auf den Kreisbauernkonferenzen gewählt, hatten sich gründlich auf den Kongreß vorbereitet, sie nahmen mit großem Verantwortungsbewußtsein und vorbildlicher Disziplin an der Arbeit des Kongresses teil. Die Diskussion hatte ein hohes Niveau, sie war offen und kämpferisch, gerade so, wie wir das gebrauchten.

In der Zustimmung, die das grundlegende Referat des Genossen Überbricht und die Reden des Vorsitzenden des Zentralen LPG-Beirates Rieke sowie des Ministers für Landwirtschaft, Reichelt, erhielten, wurde sichtbar, wie das Vertrauen der Genossenschaftsbauerinnen und -bauern in die Politik unserer Partei gewachsen ist.

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des 14. Plenums wurden die Hauptprobleme der weiteren Entwicklung unserer Landwirtschaft in den Mittelpunkt des Kongresses gestellt. Es wurde begründet, daß die weitere Festlegung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Genossenschaftsbauern vor allem die vorbildliche Erfüllung der Bündnisverpflichtungen der Genossenschaftsbauern notwendig macht. Überzeugend wurde nachgewiesen, wie sehr es im Interesse der Bauern selbst liegt, wenn sie weit mehr landwirtschaftliche Erzeugnisse zur Versorgung der Bevölkerung produzieren. Die Entwicklung der Landwirtschaft erfordert in erster Linie alle Kräfte der Genossenschaftsbauern und verpflichtet die Partei, den Staatsapparat und die Nationale Front sowie alle Mitarbeiter in den verschiedensten Volkswirtschaftszweigen zu gemeinsamen Anstrengungen.

Davon ausgehend wurde auf dem Kongreß zu recht gefordert, von der unwirtschaftlichen Subventionierung abzugehen und stattdessen den materiellen Anreiz für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion zu verstärken.

Im Mittelpunkt des gesamten Kongresses stand die Durchsetzung der guten genossenschaftlichen Arbeit und die Herbeiführung einer wirklich sozialistischen Ordnung in jeder LPG und gegenüber dem Arbeiter- und Bauern-Staat. Auf dem Kongreß wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß die gute genossenschaftliche Arbeit und hohe Wirtschaftlichkeit darin bestehen, die pflanzliche und tierische Produktion zu steigern, die Landwirtschaft weiter zu mechanisieren, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt breit anzuwenden und den Wettbewerb in und zwischen den LPG zu organisieren. Alles hat dem einen Ziel zu dienen, den Plan zu erfüllen und überzuerfüllen.

Viele Redner kritisierten die mangelhafte genossenschaftliche Arbeit, sie nahmen zur Nichterfüllung der Pläne, besonders beim Kartoffelanbau, Stellung. Sie wiesen mit aller Entschiedenheit darauf hin, daß alle Bauern mit ganzer Kraft die termingemäße Erfüllung der Pläne in allen Positionen sichern müssen, keine Rückstände in der Milchproduktion zulassen dürfen, den Boden richtig nutzen, planmäßig die Viehbestände erhöhen, die Technik besser auslasten müssen und legten dar, auf welche Weise dies zu erfolgen hat.

Eine große Rolle spielte auf dem Kongreß die Unterstützung der schwachen LPG, die Entsendung erfahrener Kader in diese Genossenschaften, vor allem in die Nordbezirke, sowie die Probleme der Qualifizierung der Genossenschaftsbauern.

Die Beratungen auf dem Kongreß machten sehr deutlich, daß man sich mehr um die Jugend auf dem Lande kümmern muß. Alle gesellschaftlichen Kräfte

50X1-HUM

missionen der Landwirtschaft helfen, ihrer Verantwortung für die Entwicklung des sozialistischen Dorfes besser gerecht zu werden. Das gilt gegenwärtig besonders für die Erfüllung des Kampfauftrages des Zentralkomitees der FDJ, der während des Kongresses verkündet wurde. Niemand darf glauben, daß mit der Zustimmung, die der Auftrag bei den parlamentarischen Delegierten des Kongresses fand, und nach die dort eingegangenen Verpflichtungen zur Verwirklichung dieses Auftrages bereits alle Probleme gelöst waren. Auf dem Kongreß wurde unterstrichen, besonders durch die Ausführungen des Präsidenten der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, Prof. Dr. Dr. Stubbe, welche große Verantwortung die Wissenschaft für die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft hat und wie notwendig es ist, daß sich die Wissenschaft eng mit der Praxis verbindet.

An Hand vieler Beispiele wurde bewiesen, daß es in der Produktion und mit der Entwicklung der LPG vorwärts geht, wenn richtig gehandelt wird. Deshalb wurden die Vorschläge zur Veränderung der Leistung der Landwirtschaft im Kreis und die Koordinierung der staatlichen Organe, Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen auf zentraler Ebene, die mit der Landwirtschaft zu tun haben, besonders lebhaft begrüßt.

Will man die ganze Bedeutung des VII. Deutschen Bauernkongresses erfassen, so braucht man nur die Vorschläge zu nehmen, die dieses Forum unserer Regierung unterbreitet hat. Diese Vorschläge beziehen sich auf Probleme der Leistung und Planung der Landwirtschaft, die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, den Übergang von unwirtschaftlichen Subventionierungen zum materiellen Anreiz für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion, die Mechanisierung und den Verkauf der Technik, die Entwicklung der pflanzlichen und tierischen Produktion und des ländlichen Bauwesens sowie die Entwicklung der sozialistischen Agrarwissenschaft und die Ausbildung von Fachkräften.

Die Hauptaufgabe besteht jetzt darin, die sorgfältige Durchführung der vom Kongreß gestellten Aufgaben mit den Parteiorganen zu verbinden und alle Kräfte der Arbeit, der staatlichen Organe, Massenorganisationen, wissenschaftlichen Einrichtungen und vor allem der Genossenschaftsbauern selbst auf die vorbildliche Durchführung der Frühjahrseinstellung zu konzentrieren.

Vor der Ernte steht die Saat. Die staatlichen Organe und die Parteiorganisationen sind daher verpflichtet, streng zu kontrollieren, daß jeder Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche bestellt wird. Wir verstehen unter einer solchen Kontrolle, daß die für die Landwirtschaft verantwortlichen Leiter und die Mitarbeiter der staatlichen Organe die Felder selbst in Augenschein nehmen und feststellen, wie sie bestellt sind. Wir meinen das im buchstäblichen Sinne des Wortes, in dem sie jeden Fußbreit Boden mit dem Fahrrad oder mit dem Motorrad abfahren und sich nicht allein auf solche statistischen Zahlen stützen, von denen gestern Genosse Ulbricht gesprochen hat.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Sicherung des Kartoffelpflanzgutes, der richtigen Organisation der Arbeit der Feldbaubetriebe, vor allem den Bedingungen für den Kartoffel-, Zuckerrüben- und Maisanbau sowie der vollen Ausnutzung der Technik zu schenken. Die Frühjahrseinstellung hat nun allen Parteiorganisationen und staatlichen Organen klar sein. Ist der erste Prüfungspunkt, wie die Beschlüsse des VII. Deutschen Bauernkongresses verwirklicht werden.

Die Wahrheit unseres Lebens in der Kunst gestalten

Nach dem 14. Plenum des Zentralkomitees hat es unter den Künstlern und Kulturschaffenden lebhaft Diskussionen über grundsätzliche Fragen unserer sozialistischen Kunstentwicklung gegeben. Das zeigt sich z. B. in der Diskussion über Fragen der sozialistischen Dramatik, unsere Filmwirtschaft, der Aufgaben unserer Literatur und besonders jetzt auch im Bereich der bildenden Kunst.

In der Berichtsperiode veröffentlichte das Präsidium des Verbandes Bildender Künstler Deutschlands die Diskussionsgrundlage zur Vorbereitung der V. Deutschen Kunstausstellung. Nach Meinung der Parteiführung wirft dieses Dokument interessante Probleme auf, die – sinnvoll übertragen – für alle Kunstbereiche Geltung besitzen. Daher ist es unser ernsthaftes Bestreben, daß in den Künstlerverbänden und in der gesamten Öffentlichkeit die Grundfragen unserer sozialistischen Kunst in stärkerem Maße, vor allem anhand der neu entstehenden Werke, diskutiert werden.

Der Besuch des Genossen Walter Ulbricht auf der Bezirkskunstausstellung in Leipzig und seine Ausführungen zu Entwicklungsproblemen der sozialistischen Kunst haben für alle Kunstbereiche prinzipielle Bedeutung. Worin besteht denn das Wesentliche der Leipziger Kunstausstellung und im Schaffen vieler bildender Künstler auch in den übrigen Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik?

Viele Künstler, vor allem auch junge Künstler, gewinnen in breiterem Maße einen sozialistischen Standpunkt bei der Beurteilung unseres Lebens. Die Wahl ihrer Themen beweist, daß sie den historischen Inhalt unserer Epoche klarer erkennen und damit auf sozialistischem Gebiet die Grundlagen des Bitterfelder Weges besser verstehen und ihre Themen künstlerisch moderner lernen. In den fortgeschrittensten Werken ist die früher oft noch anzutreffende bürgerlich-liberale Einstellung zu den Arbeitern in der künstlerischen Gestaltung bereits überwunden. Mit ihren besten Werken beweisen diese Künstler, daß die Darstellung der Wahrheit und Schönheit unserer Zeit nichts mit Schönfärberei zu tun hat. Sie lernen die Wahrheit unseres Lebens als revolutionären Prozeß der Veränderung des Denkens und Handelns der Menschen erkennen, sie fühlen, daß die Schönheit unserer Zeit im Kampf für den Sieg des Sozialismus liegt.

Eine andere wichtige Seite der Kunstdiskussion, nämlich die Stellung zu den realistischen Traditionen, gewinnt im künstlerischen Schaffen eine immer größere Bedeutung. Immer mehr Künstler beginnen zu erkennen, daß die künstlerische Meisterung der Menschen unserer Epoche nur möglich ist, wenn sie an die realistischen Traditionen unserer Kunst anknüpfen und die Fragen des sozialistischen Realismus theoretisch und im künstlerischen Schaffen klären. Es hat sich erwiesen, daß das Erbe der sogenannten Moderne, die oft nur das „theoretische Aushängeschild für künstlerisches Unvermögen“ ist, kein Weg für die künstlerische Bewältigung unserer Gegenwart ist und auch nicht sein kann.

Welchen großen Einfluß aber gute, lebendige Kunstwerke haben, beweisen die lebhaften Diskussionen unserer Werktätigen z. B. um die besten neuen Bücher, um die besten neuen Filme.

In diesen Kunstwerken erkennen die Werktätigen sich selbst, finden sie ihr Leben, ihren Kampf und ihre Probleme wieder, wobei das lebhafteste Interesse der

50X1-HUM

50X1-HUM

führt. Die Bezirksleitung Neubrandenburg hat ein gutes Beispiel für die Einbeziehung der sozialistischen Literatur, besonders des sowjetischen Romans „Der glühende Ring“, in die politische Massenarbeit gegeben.

Das Wohngebiet darf nicht mehr Stiefkind sein.

Wie im Kreis Werthe die Partei die politische, besonders aber auch die kulturelle Massenarbeit vorwärts bringt, zeigt das Beispiel der kleinen Gemeinde Neu-Weitz. Diese Gemeinde mit 1000 Einwohnern hat einen guten LPG Typ III und einen aktiven Dorfklub. Dieser Klub ist das politische und kulturelle Zentrum des Ortes. Die Dorfbibliothek hat 250 ständige Leser. Nach der 14. ZK-Tagung machten sich die Genossen Gedanken darüber, wie noch mehr Einwohner für das Lesen und Lernen gewonnen werden können. Der junge parteiliche Lehrer Rialas — er leitet die Dorfbibliothek — geht jeden Sonnabend zusammen mit einigen Jungen Pionieren mit der Bücherkiste von Haus zu Haus. Der Ort ist in vier Reviere eingeteilt, und alle 14 Tage werden die oft vorbereiteten Fachbücher und auch schöngeistige Literatur ins Haus gebracht. Das Ergebnis: In zwei Wochen wurden 120 neue Leser gewonnen. Die gute Massenverbindung der Partei und die Autorität der Nationalen Front zeigten sich auch darin, daß an der Elternratswahl 90 Prozent der Eltern teilnahmen und bis auf ein Kind alle Schüler im Pionierverband sind.

Das ist das neue Leben, das sind die neuen Menschen des einstmalig so rückständigen Eichsfeldes.

Die Wohnparteiorganisation 198 in Dresden-Ost hat in Durchführung des 14. Plenums die Massenarbeit verbessert und über den Ausschuß der Nationalen Front ein reges, vielseitiges und interessantes kulturelles und politisches Leben organisiert. Die Wohnparteiorganisation, der 35 Mitglieder, darunter 12 Hausfrauen angehören, stützt sich auf die aktive Mitarbeit der Genossen aus den Betriebsparteiorganisationen und auf angesehene parteilose Persönlichkeiten, wie z. B. den Professor Plase. Dieser leitet eine Interessengemeinschaft für Musik beim Klub der Nationalen Front. Hier besteht ein Klubrat mit 24 Mitgliedern, dem u. a. solche Persönlichkeiten wie der „Verdiente Arzt des Volkes“ Frau Dr. Lehmann, die Malerin Frau Fukall und andere angehören. Sehr vielseitig ist das Programm in diesem Wohngebiet. Die Genossen knüpfen an die vielfältigen Interessen und Neigungen der Einwohner an. Davon ausgehend werden im Klubrat langfristig die Veranstaltungen geplant. Gleichzeitig reagieren die Genossen sehr schnell auf aktuelle politische Ereignisse, und über den Ausschuß der Nationalen Front werden Form und Diskussionen organisiert. So z. B. von einem Obmann der Nationalen Volkskammer über die Beziehungen der Volkskammer. Es gibt besondere Veranstaltungen für die Frauen. Dazu gehören die Vorträge neuer Haushaltsgeräte, Modenschauen, Kosmetik-Vorträge und anderes mehr. Für Musikliebhaber wurde ein Techniskowaki-Abend mit Schallplatten veranstaltet. Exkursionen werden unternommen in „Ordnung Gewölbe“ und in den Zwinger. Es ist interessant, daß regelmäßig ein guter Besuch bei allen diesen Veranstaltungen zu verzeichnen ist.

Diese Beispiele machen so recht deutlich, daß die Wohnparteiorganisationen dann zur führenden Kraft im Wohngebiet werden, Einfluß auf die politische Massenarbeit nehmen und für ein vielseitiges, interessantes kulturelles Leben der Werktätigen im Wohngebiet sorgen.

gen, wenn die Kreisleitungen der Partei ihrer Arbeit besondere Aufmerksamkeit schenken und dazu übergehen, qualifizierte Genossen aus den Betriebsparteiorganisationen zur Arbeit in die Wohnparteiorganisationen zu delegieren.

Arbeit der Kulturhäuser und Klubs schneller verbessern

Das Nebeneinander in der Arbeit der Klubs und Kulturhäuser wird langsam überwunden, für unsere Begriffe aber noch viel zu langsam. Viele Bezirks- und Kreisleitungen haben Maßnahmen zur besseren Entfaltung des geistig-kulturellen Lebens und für eine qualifiziertere Arbeit der Klubs- und Kulturhäuser festgelegt. Die Bezirksleitungen Halle, Leipzig und Dresden haben lehrreiche Beispiele für die einheitliche Leitung der Klub- und Kulturhausarbeit, besonders aus Berlin hat besonders in den Kreisen Köpenick, Treptow und Pankow Beispiele geschaffen, wie — gestützt auf die Klub- und Kulturhäuser, besonders auch die Betriebe — das geistig-kulturelle Leben in den Wohngebieten mit Hilfe der Nationalen Front verändert und verbessert wird.

In einigen Bezirken, Kreisen und Betrieben gibt es besonders bei Gewerkschaftsleitungen noch immer Tendenzen, die betrieblichen Kulturhäuser nicht oder nur ungenügend für die Wohngebiete und die Arbeit der Nationalen Front wirksam werden zu lassen. Für solchen falsch verstandenen Betriebsegoismus darf es keinen Platz mehr geben. Die guten Beispiele der Kulturhäuser im Buna-Werk, des EKB, des Hauses der Textilarbeiter in Zittau müssen schnell verallgemeinert werden.

Eine gute Entwicklung haben auch einige Arbeiter- und Bauern-Theater genommen. Über die Tätigkeit des Dorftheaters Triebel wurde ja gestern im „Neuen Deutschland“ berichtet.

Es wird notwendig sein, die Lehren des 14. Plenums und die Gedanken unseres nationalen und patriotischen Dokumentes auf alle Bereiche der Kunst, Literatur und kulturellen Massenarbeit anzuwenden und die vielfältigen künstlerischen Mittel noch wirksamer zur Geltung zu bringen.

Das Kommuniqué „Die Frau — der Frieden und der Sozialismus“ geht alle an.

Unmittelbar nach der 14. Tagung des Zentralkomitees nahm das Politbüro ausführlich zu den Problemen und zu unserer Arbeit mit den Frauen und Mädchen Stellung. Wir gingen davon aus, daß bei der Verwirklichung der großen Aufgaben die Teilnahme aller Kräfte unseres Volkes, vor allem auch der Frauen und Mädchen, erforderlich ist. Nicht immer und nicht überall war und ist diese Erkenntnis vorhanden, weder bei vielen Parteileitungen noch bei einer großen Zahl der staatlichen Organe. Die Unterschätzung der Frau im gesellschaftlichen Leben ist dafür ein Ausdruck. Die Überwindung dieses Zustandes und die Schaffung einer dementsprechenden gesellschaftlichen Meinung über die Stellung der Frau im Sozialismus gehört mit zum sozialistischen Erziehungsprozeß in unserer Bevölkerung.

Aus diesem Grunde erachtete es das Politbüro für zweckmäßig, sich mit dem Kommuniqué „Die Frau — der Frieden und der Sozialismus“ an die Öffentlichkeit zu wenden mit dem Ziel, durch eine breite demokratische

50X1-HUM

50X1-HUM

stake Aussprache kammer werden zu schaffen, daß die Sicherung des Friedens und der Sieg des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik die politisch bewußte und vielseitige Mitarbeit aller Frauen und Mädchen einschließt. Diese Aufgabe zu erfüllen, verlangt die klassenmäßige Erziehung der Arbeiterinnen besonders durch die Partei und die Gewerkschaften wesentlich zu verbessern.

Es geht aber nicht nur um die Arbeiterinnen, sondern darum, allen Frauen und Mädchen bewußt zu machen, daß Weg und Politik von Partei und Regierung die Sicherung des Friedens zum Inhalt haben und die Deutsche Demokratische Republik das Glück und die Zukunft jeder Frau und Mutter der ganzen deutschen Nation verkörpert. Diese Erkenntnis wird auch zur weiteren Förderung und Entwicklung der Frauen im Beruf, beim Studium und im gesellschaftlichen Leben beitragen.

Das Kommuniqué des Politbüros „Die Frau - der Arbeiter und der Sozialismus“ und die Konferenz der Parteifunktionärinnen aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik haben unter breiten Kreisen der Bevölkerung einen großen Widerhall und bei den Frauen volle Zustimmung gefunden. Alle Büros der Partei und Kreisleitungen der Partei haben zum Beispiel das Politbüro Stellung genommen und das Kommuniqué bekanntgegeben, sowie Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung beantragt. Die Bezirksleitungen und auch die Mehrheit aller Kreisleitungen haben in ihrer Arbeit mit dem Kommuniqué die politisch-ideologischen Fragen, weiter das Produktionsaufgebot zur weiteren Festigung und Stärkung unserer Republik sowie die gesamte gesellschaftliche Arbeit in den Mittelpunkt gestellt.

In den meisten Werken seit der Veröffentlichung des Politbüros haben viele Leitungen der Partei, der Gewerkschaften, der Stadtparteien, der Nationalen Front und der Massenorganisationen praktische Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Arbeit auf diesem Gebiet in Schulen und auch in vielen LPG wurde in Versammlungen und Aussprachen geprüft, wie es mit der Förderung und Entwicklung der Frauen aussieht. Dabei ist oft entstanden dabei eine Frauenförderungsaktion. In einer ganzen Reihe von Grundorganisationen wurde die Stellung der Frau in der sozialistischen Gesellschaft bekannt.

Insbesondere der Volksrat haben sich zum Beispiel, das Politbüro Politbüro-Verfahren und -Maßnahmen bekanntgegeben, um zu sehen und ihnen die Verantwortung des gesellschaftlichen Lebens zu erklären.

Das Beispiel angestrichen der Wirkungsbeziehung ist der Nationalen Front in Berlin-Oberschönweide gemeinsam mit dem DFD eine Veranstaltung unter dem Motto „Das wünschen sich unsere Frauen“. Der Brief der Frauen, unter ihnen viele junge Frauen, in Beziehung ihrer Männer. Im Anschluß an die Veranstaltung fand eine lebhafte Diskussion mit den Männern und Frauen über das Kommuniqué statt. Bei dieser Veranstaltung und diesem Thema ging es aber hinaus um mehr, um unregelmäßige Wünsche und Forderungen entgegenzunehmen, sondern es ging um die Klärung der Probleme. Es ist daher verständlich, daß das z.B. im Rechenschaftsbericht zur Neuwahl der Parteifunktionäre in der LPG „Unterschiede“, Hartmann, Grottel, Grottel, und auch in anderen Fällen die Bedeutung der Frauen für die Entwicklung der Partei und der Gesellschaft betont wird. Wer das Kommuniqué

und nur als Gebot versteht von Seiten des Staates und der Wirtschaft, hat es ebensoviele richtig verstanden, wie in dem Film, wo man glaubt, die Arbeit zur Verwirklichung des Kommuniqués in Form einer kurzweiligen Kampagne durchführen zu können. Noch unverständlicher ist aber, daß die „Lebzeiten Bundeswehr“ diese Forderungen nach popularisierter Zuständigkeit nicht nur doch die elementaren Grundlagen unserer Staatstheorie weiter stärken, um schließlich den Wohlstand der Menschen weiter heben zu können.

Das Politbüro hält es auch nicht für richtig, das Gespräch über die im Kommuniqué aufgeworfenen Fragen nur auf Probleme der Qualifizierung und Förderung sowie auf die Errichtung des Lebens der berufstätigen Frauen zu beschränken. Natürlich spielen diese Fragen im Leben der Frauen eine große Rolle, und wie sollen und wollen sie nicht unendlich sein. Aber es geht vor allem um Klarheit über die Perspektive unserer Entwicklung und über die grundsätzliche Stellung der Frau in der Deutschen Demokratischen Republik. Es genügt auch nicht, das Gespräch über das Kommuniqué vorwiegend nur mit Frauen zu führen. So vertreten z.B. einige Funktionäre im Maschinenbau des Bezirks Karl-Marx-Stadt die Meinung, daß die Auswertung des Kommuniqués für sie nicht nötig sei, da ja im Maschinenbau fast nur Männer arbeiten. Offensichtlich ist es so, daß nicht nur in einem Betrieb, sondern vielerorts noch nicht klar ist, daß sich das Kommuniqué nicht nur an die Frauen, sondern an alle Schichten der Bevölkerung und vor allem auch an die Männer wendet, denn Überreste aus der kapitalistischen Vergangenheit und gerade in dieser Hinsicht gibt es noch Überzeugen.

Einige Betriebsgewerkschaftsleitungen tragen sich jetzt erneut mit dem Gedanken, bei den BGL Frauenkommissionen zu schaffen. Ohne diesen Genuß die Absicht zu unterstellen, etwa die Verantwortung der Gewerkschaften für die Arbeit mit den Frauen allein auf die Frauen abwälzen zu wollen, muß man doch sagen, daß solche Versuche nicht richtig sind. Die Gewerkschaftsleitungen als Ganzes sollen sich mit verantwortlich fühlen für die Verwirklichung des Kommuniqués im Betrieb.

Ähnliche Bedenken gibt es auch im Staatsapparat, wo wiederum die Meinung vorherrscht, mit der Festlegung einiger Maßnahmen für die weiblichen Angehörigen der Staatsapparates selbst sei dem Politbürobescheid vollumfänglich Genüge getan. Das genügt aber nicht, und die Tatsache, daß der Rat der Bezirke Karl-Marx-Stadt, in dessen Gebiet rund 80 Prozent aller arbeitsfähigen Frauen berufstätig sind, daß dieser Bezirk auch nicht zum Kommuniqué des Politbüros Stellung genommen hat, ist ein sehr ernstes Verstoß.

Es wird jetzt darauf ankommen, daß in den Wahlversammlungen unserer Partei die Ergebnisse bei der Verwirklichung des Kommuniqués eingeschätzt werden. Die Wahlberichtsversammlungen sollen mithelfen, die Genossen noch besser zu befähigen, in Betriebs- und Brigaderversammlungen sowie in den Versammlungen der Nationalen Front die politisch-ideologischen Probleme des Kommuniqués aufzuwerfen. Gleichzeitig soll mit den Wahlen erreicht werden, daß sich die Zusammensetzung der Leitungen der Partei insgesamt des Anteils befähigter Genossinnen verbessert und es auch innerhalb der Partei zur Klärung besonders mit solchen Genossen kommt, die sich bisher ungenügend um die gesellschaftliche Entwicklung ihrer eigenen Frauen kümmern.

50X1-HUM

50X1-HUM

Der Friede wird bewahrt sein

In der Berichtsperiode setzen wir unsere auf die Sicherung des Friedens und des Sozialismus gerichteten militär-politischen und militärischen Maßnahmen entsprechend den gegenwärtigen Bedingungen in Deutschland fort. Die Aufgaben, die sich aus dem Vertrag vom 26. September 1961 für alle Gebiete des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ergeben, gilt es in allen Bereichen voll zu verwirklichen, wobei unsere ganze Aufmerksamkeit der ständigen Erhaltung der Kampfkraft aller bewaffneten Organe unserer Arbeiter-und-Bauern-Macht geschenkt werden muß.

Das Politbüro beschloß die Grundsatze für die politische und militärische Arbeit der Nationalen Volksarmee im Ausbildungsjahr 1966. Der Nationalen Volksarmee wurden die Aufgaben gestellt, die politische und militärische Ausbildung der Armeangehörigen weiter zu verbessern, die Waffenbrüderschaft mit den sozialistischen Armeen, vor allem der rahmenreichen Sowjetarmee weiter zu vertiefen und die Gefechtsbereitschaft entsprechend den Bundesverpflichtungen des Warschauer Vertrages zu erhöhen, daß unsere sozialistischen Kampfverbände und der weitere Ausbau des Sozialismus jederzeit militärisch gesichert wird.

Die bisher erfolgten Überprüfungen ergaben, daß die Angehörigen der Nationalen Volksarmee unter dem ständigen Einfluß der Armeeparteiorganisationen große Leistungen vollbringen, um an der Seite der Bruderstaaten die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik und die Westgrenze des sozialistischen Lagers zu Land, zu Wasser und in der Luft unter allen Bedingungen zuverlässig zu verteidigen.

Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die bewirkt, daß jedem männlichen Staatsbürger die allgemeine Wehrpflicht und nationale Verantwortung für den Schutz der friedlichen Arbeit und die gesicherte Zukunft unserer Bürger. Dieses Gesetz, das vom Willen aller in der Nationalen Front des demokratischen Sozialismus vereinten Parteien und Kreise unserer Bevölkerung getragen wird, stärkt die sozialistische Kampfbereitschaft. Selbst die Bonner Monopolpresse mußte hinnehmen, daß mit diesem legitimen Akt unsere Volksmacht die Autorität und Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik in der Welt gestärkt wird.

Wir sind überzeugt in der Lage, die Jugend und die erwachsenen männlichen Bürger systematisch militärisch auszubilden und die Nationale Volksarmee unter Beachtung der notwendigen materiellen und ökonomischen Erfordernisse kontinuierlich aufzubauen. Die Erziehung der aufgerufenen wehrpflichtigen Jahrgänge wird völlig normal und erfolgreich. Pflichtbewußt stehen sich die Jugendlichen bei den Erfassungsbefragungen.

In Zusammenarbeit mit der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht erreichen wir eine Verstärkung der kontinuierlichen Wehrerziehung der Bevölkerung. In Formaler Form und anderen Veranstaltungen, mit vielfältigen Mitteln der Publizistik sowie im täglichen politischen Gespräch erläuterten intensive Funktionen der Volksvertretungen sowie Offiziere der Nationalen Volksarmee Wesen und Ziele unserer Staatspolitik, des inneren und äußeren Nationalen Volksarmes und beantworteten die Fragen der Bevölkerung.

Im Mittelpunkt der Diskussionen standen Grundprobleme des Charakters der beiden deutschen Staaten, der weiteren Entwicklung in Deutschland und unserer Militärpolitik.

Manche Bürger verstehen die notwendigen militärischen Konsequenzen, die sich für uns aus der realen Einschätzung der Politik der Bonner Uffiziere, die die atomare Aggression organisieren und die Angewandten der Bonner Wehrmacht zum Krieg und Bruchfrieden gegen unseren Arbeiter-und-Bauern-Macht - für Völkern aller guten Deutschen - stellen, nicht. Es gilt daher, die Überzeugung bei unserer Bevölkerung zu vertiefen, daß das Vaterland, der Frieden und der Sozialismus um so gesicherter sind, je stärker jeder Bürger mit aller Fähigkeit und Leidenschaft die Deutsche Demokratische Republik politisch-ökonomisch und auch militärisch stärkt.

Das Politbüro lenkt die Aufmerksamkeit des Sozialismus auf die Notwendigkeit, die bisher erreichten Erfolge in der sozialistischen Wehrerziehung weiter auszubauen. Dabei sind besonders die wertvollen Erfahrungen zu nutzen, die wir in Verwirklichung des Beschlusses des Sekretariats des ZK bei der Vorbereitung und Durchführung des 64. Jahrestages der Sowjetarmee und des 6. Jahrestages unserer Nationalen Volksarmee gewonnen haben. Diese Maßnahmen bewährten sich als unverzichtbar, sorg und brennende Wehrerziehung zwischen der Nationalen Volksarmee und der Sowjetarmee und festigten die Verbundenheit und das Vertrauensverhältnis unserer Völker mit einer Armee.

Die internationalen Aufgaben der DDR sind weiter zu vertiefen

Gemeinsam mit Kampagnen zum Schutz. Das wichtigste Ereignis in unserer außenpolitischen Beziehungen während der Berichtsperiode war das Treffen zwischen Genossen Walter Ulbricht und Genossen Gorbatschow in Moskau. In diesem Verlauf die wichtigsten Fragen der gegenwärtigen internationalen Lage und der weiteren Entwicklung der brüderlichen Beziehungen beraten wurden.

Dieses Treffen fand ein nachhaltiges Echo in der Weltöffentlichkeit. Völlig zu Recht wurde vermerkt, daß die von den Imperialisten lancierten Meinungen über angebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den führenden Repräsentanten der beiden Staaten Mißverständnisse waren und nur die Wünsche und Absichten der imperialistischen Politik offenbarte. Die Freundschaft zwischen unseren beiden Staaten und lebendig im gemeinsamen Kampf für die Sache des Sozialismus-Kommunismus, für die Festigung des Friedens, für die Beilegung der Überreste des großen Weltkrieges, für den Abschluß eines Friedensvertrages und die Lösung der Weltberufungs auf dessen Grundlage. Die enge Gemeinshaft der nationalen Wirtschaft und Zusammenarbeit vertieft unsere Freundschaft und Zusammenhalt weiter. Im trübseligen Weltbild der Imperialisten war die Unterzeichnung des Handelsabkommens zwischen der DDR und der UdSSR und die Gewährung eines Warenkredits der Regierung der UdSSR an die Regierung der DDR.

Der große Erfolg der Leipziger Messe

Im Rahmen unserer internationalen Beziehungen hat der diesjährige Leipziger Frühjahrsmarkt auf vielen Gebieten eine besondere Bedeutung zu. Die Leipziger Messe wurde trotz aller Versuche unserer Feinde, die

50X1-HUM

50X1-HUM

Ich habe einmal mehr als Gegner des freien Welt Handels und der friedlichen Koexistenz entlarvt, zu einem großen ökonomischen und politischen Erfolg. Ich habe mich als ein wahrer Weltanschlagplatz des friedlichen Handels erwiesen. Die große Bedeutung der Leipziger Frühjahrsmesse wurde vor allem auch durch die Aufmerksamkeit der Genossen Ulbricht, Mahajan, Cyrankiewicz, Rumencuk, Burdakov aus Rumänien und Fock aus Ungarn unterstrichen.

Auf der Messe wurde vor der gesamten Weltöffentlichkeit deutlich: Die Deutsche Demokratische Republik als erster Arbeiter- und Bauern-Staat in Deutschland besitzt eine stabile ökonomische Grundlage und ist derartig dabei, ihre Position weiter zu stärken und damit ihre internationale Autorität zu erhöhen.

Trotz einer respektierten Doykothese und gewisser Übernahmen von Seiten der Bonner Ultras und der Manager der NATO hatte die Leipziger Frühjahrsmesse eine Bedeutung aufzuweisen, wie sie in ihrer 100-jährigen Geschichte niemals zu verzeichnen war. Mit Ausnahme von 10 Ländern und Besuchern aus 14 Staaten hat die Internationalität der Leipziger Frühjahrsmesse bei der Internationalität der Leipziger Frühjahrsmesse einen bisher nicht gekannten Umfang erreicht. Die Bonner Doykothese traf lediglich Westdeutschland und hatte für die Kaufleute der Schweiz Auswirkungen. Die westdeutschen Zeitungsdirektoren mußten bereits während der Messe und heute stärker als zuvor einsehen, daß außer der noch größeren Bedeutung einzelner Firmen aus den NATO-Staaten, besonders aus England, ebenfalls solche Länder wie Japan und Mexiko auf der Messe vertreten waren. Die gewöhnliche Presse stand unter dem Druck der Tagesblätter: „Die Leipziger Messe ist nach internationaler gemessen“, die Leipziger Messe ist eine der „größten der Welt“, wie die New York Times schreibt, „von Leipzig aus gesehen, ist die DDR eine „stärkere Welt“, wie die Figaro feststellt. In dem noch kleineren Vorzeichen dafür vor, daß die „Leipziger Messe“ schreibt: „Jedem, wenn in Leipzig ein Messestermin nahe, überkommt uns in der Bundesrepublik Wut und Kälte.“, wenn sich die herrschenden Kreise in Bonn von den Grundätzen der friedlichen Koexistenz oder zumindest von den Grundsätzen der Fairness leiten lassen wollen.

Was den tatsächlichen Leistungsstand unserer Industrie anbelangt, so stehen die Leipziger Frühjahrsmesse und die Stellung unserer Arbeiter und Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler, die Erfolge unserer sozialistischen Gemeinschaftsarbeit sichtbar. Die Anstrengungen – die Arbeit unserer sozialistischen Brigaden und Rotarmistischer – haben sich gelohnt. Zahlreiche neue und Weiterentwicklungen, die an den gemeinsamen Weltstand der Technik heranreichen und die Wissenschaften, sind deutsche Beiträge für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in der Deutschen Demokratischen Republik. Es gibt aber keinen Grund, auszuweichen, denn vieles bleibt noch zu tun, um in allen Industriezweigen den Höchststand zu erreichen.

Wenn wir Rückschau auf die Lehrschau der Stand der Entwicklung vom Jahre 1958 halten, so können wir mit Recht feststellen, daß wir auf dem Gebiet der Mechanisierung, des Baukastensystems und der Einordnung der Typen und Baugruppen einen Schritt vorangekommen sind. All das wird besonders sichtbar an den Krängelmaschinen unserer Maschinenbau, an den Krängelmaschinen unserer Werkzeugmaschinen, in der Mähdrescherbau und der Verkettung der einzelnen Maschinen, was bei der Erhöhung des Anteils der automatisierten

ten und automatisch arbeitenden Werkzeugmaschinen haben wir zweifelslos Fortschritte erzielt.

Einen hohen Leistungsstand im Hinblick auf das wissenschaftlich-technische Niveau der Krängelmaschinen stellen ebenfalls die Betriebe des polygraphischen Maschinenbaus, viele Betriebe der Werkzeugmaschinen-Industrie, und des Textilmaschinenbaus und einer Reihe anderer Industriezweige.

Wenn die diesjährigen Messeergebnisse sowohl im Export als auch im Import etwas niedriger lagen als zur Frühjahrsmesse 1961, so hat das vor allem zwei Ursachen: Einmal wurden schon vor der diesjährigen Frühjahrsmesse Verträge in einem weit höheren Umfang abgeschlossen als das vor der Frühjahrsmesse 1961 der Fall war. Und zum anderen haben unsere Außenhandelsunternehmen in Zusammenarbeit mit der Industrie begonnen – vielleicht ist es richtig zu sagen, endlich begonnen – die Devisenrentabilität ein wenig konsequenter zu verbessern.

Dadurch wurden eine Reihe von Abhängigkeiten nicht zu Ende geführt, weil gewisse Abhängigkeiten von Paris noch nicht voll anerkannt wurden.

Es kann festgestellt werden, daß entsprechend den Wünschen von Partei und Regierung, insbesondere in Verwirklichung unserer gemeinsamen Forderungen der 14. Plenarsitzung der Leipziger Frühjahrsmesse 1961 beim Export Preisverbesserungen erzielt wurden. Dieser ungünstige Rentabilitätsfaktor konnte verbessert werden. Die Mengen bei automatisierten Werkzeugmaschinen im Durchschnitt um 3 bis 4 Prozent, bei Elektrowerkzeugen um 2 und 4 Prozent sowie bei Bauelementen um 3 und 10 Prozent höher als gegenüber den Vorjahrespreisen.

Überall dort, wo eine enge Zusammenarbeit zwischen unseren Industriebetrieben und den Organen des Außenhandels begonnen wurde, konnten höhere ökonomische Ergebnisse erzielt werden. Daraus ergibt sich die eindeutige Schlussfolgerung, in Zukunft enger Zusammenarbeit und besser handeln zu lernen. Wir haben doch als Deutsche Demokratische Republik bei- seite nichts zu verhandeln, und unser Außenhandel ist keine „Wut“.

Trotz aller Versuche unserer Feinde können wir mit Genugtuung feststellen, daß die diesjährige Frühjahrsmesse ihre Kraft und Stärke unter Beweis gestellt hat. Leipzig war in der Tat seine Messe wert.

Die Besuche von Bundesratsmitgliedern des Verbands der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik nach Ceylon, Antagien und Burma waren ein Beitrag zur weiteren Entwicklung unserer staatlichen Beziehungen. Die Aussprachen der Delegation mit den führenden Persönlichkeiten der betreffenden Länder bekräftigten, daß die Friedenspolitik der Deutschen Demokratischen Republik den Wünschen der friedliebenden Menschen der anderen Länder entspricht. Wir können mit Genugtuung feststellen, daß die von den westdeutschen Kriegspolitikern und Neokolonialisten mit großem Aufwand betriebene Verleumdungskampagne gegen die Deutsche Demokratische Republik nicht das wachsende Bestreben der Staatsmänner der nichtsozialistischen Welt, eine reale Vorstellung von der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Politik zu erhalten, eindämmen konnte. Es setzt sich die Erkenntnis durch, daß die friedlichen Bemühungen der Deutschen Demokratischen Republik den Interessen der Weltfriedens und damit den Interessen aller Völker dienen.

50X1-HUM

sogar den Behörden des klerikalen Bonner Polizeistates ausliefert. Damit wird aber in Westdeutschland und für die Arbeiterklasse keine Frage gelöst.

Seine Stimmung unter den SPD-Mitgliedern mußte der SPD-Vorsitzende, Herr Ollenhauer, am 11. März auf dem Parteitag des SPD-Bezirks Südbayern erfahren. Unter dem Befehl des Delegierten des Parteitages wurde die Politik der SPD-Führung einer vernichtenden Kritik unterzogen. Die Funktionäre der SPD in Südbayern, so wurde Herrn Ollenhauer erklärt, seien nicht mehr imstande, ihren Mitgliedern eine plausible Erklärung für die Haltung der Partei in Fragen der westlichen Politik zu geben.

Der SPD-Unterbezirksvorstand Frankfurt (Main) forderte in einem Antrag an seine Delegiertenversammlung, sie solle beschließen, den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion zur ernsthaften Prüfung jeder Verhandlungsmöglichkeit aufzufordern. Das gelte vor allem für das Aide-memoire der Sowjetregierung. Wichtigste Aufgabe der SPD, so heißt es in diesem Antrag, sei es, die Bundesregierung, die jahrelang alle Ansatze zu außerparlamentarischen Verhandlungen in der Deutschlandfrage abgelehnt habe, zu Verhandlungen zu zwingen.

Sogar in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion meinten 28 SPD-Abgeordnete nicht mehr mit, als ihre Fraktionsführung befahl, dem Herrn Strauß und seinen Mitregierenden für die weitere Aufrüstung der westdeutschen NATO-Armee Unterstützung zu gewäh-

ren. Andere Organisationen der SPD sprachen den Bundestagsabgeordneten, die gegen die Unterstützung der Strauß'schen Politik stimmten, die Anerkennung aus.

Die wahre Stimmung unter einem offensichtlich großer werdenden Kreis sozialdemokratischer Funktionäre, Mitglieder und Anhänger und auch westdeutscher Gewerkschafter zeigte sich besonders deutlich auf der kürzlich in Leipzig durchgeführten deutschen Arbeiterkonferenz wie auch in der Aussprache mit einigen Hundert westdeutschen Sozialdemokraten. Hier in Leipzig konnten diese Vertreter der westdeutschen Arbeiterklasse frei, offen und ungeschminkt ihre Meinung sagen.

Es ist schon so, und weder die Lügen noch die Halliraden der Imperialisten können diese Wahrheit aus der Welt schaffen: Wer heute wissen will, was wirkliche Demokratie ist, nämlich alles für das Volk, alles mit dem Volk und alles durch das Volk zu tun, der muß zu uns in die Deutsche Demokratische Republik kommen, der muß bei uns in die Schule gehen.

Vor uns, liebe Genossinnen und Genossen, stehen große verantwortungsvolle und komplizierte Aufgaben. Wir werden sie lösen und unseren Verpflichtungen vor der Geschichte und unserer Arbeiterklasse gerecht werden, wenn wir sie mit der Kraft und Autorität der gesamten Partei und der Nationalen Front der demokratischen Deutschland zur Grundlage des Handelns der Millionen Bürger unserer Republik für unsere große, schöne gemeinsame sozialistische Sache machen.

50X1-HUM

50X1-HUM

Page Denied